



AIB

2V 7426 E

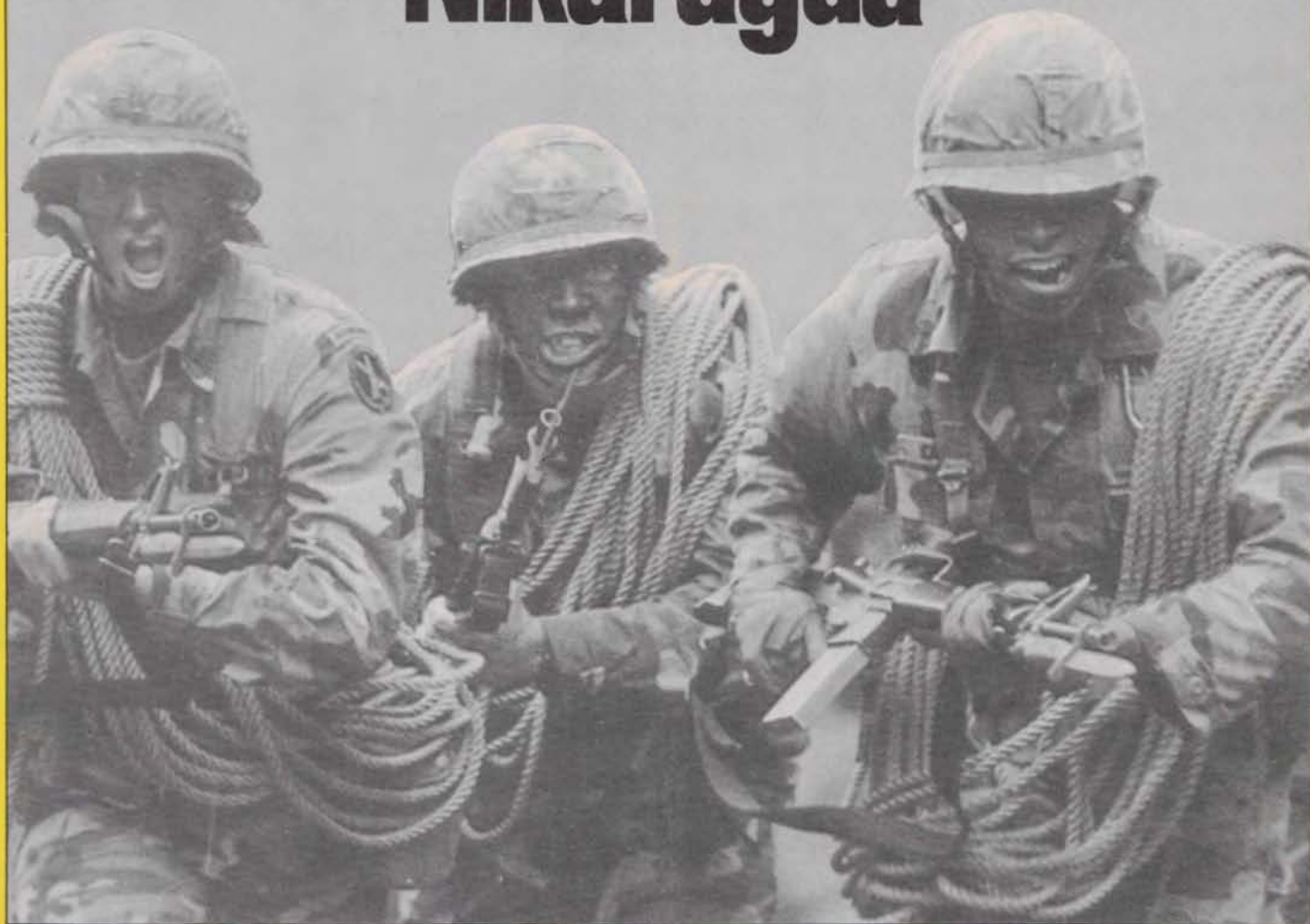
2,50 DM

September

9/1983

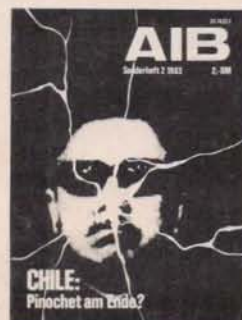
Antiimperialistisches Informationsbulletin

US-Aufmarsch gegen Nikaragua



CHILE-Sonderteil: Pinochet am Ende?

Obervolta • Äthiopien • Türkei • El Salvador



Inhalt

AIB-Aktuell:	
Die Bonner Wende schreitet voran	3
Nikaragua	
Der Aufmarsch der USA	4
El Salvador	
Gespräch mit Comandante Maria Antonia	8
Obervolta	
Sankara kehrt zurück	10
Äthiopien	
Kampagne gegen den Hunger	13
Türkei	
„Freie Wahlen“ der Junta	16
CHILE-Sonderteil:	
Pinochet am Ende?	17
Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria	19
Sichtweisen der chilenischen Linken	24
Interview zum Verschwundenenproblem	31
G. Stuby: Das Symbol Chile und wir	32
H. O. Vetter: Lehrstück Chile	36
Abschlussklärung des Kongresses „Für Chiles Freiheit“	38
Sommerlager Salvador Allende	39
Aktions- und Materialspiegel	40
Frieden und Dritte Welt	
Die NATO-Interventionsstrategie und der Part der BRD	42
Informationsordnung	
Das Varieté der Manipulationen	48
Solidaritätsbewegung	
Lateinamerika- Wochen in Wien	50
Rezension	
Hunger und Waffen	51
Infodienst	52
Kurzinformationen	53



Nikaragua S. 4

Das sandinistisch regierte Land steht auf der Abschußliste Washingtons ganz oben. Mit dem Aufmarsch von US-Kriegsschiffen und Kampftruppen rund um Nicaragua und der Einübung einer Seeblockade tat die Reagan-Administration gefährliche neue Schritte in Richtung Krieg. Wir berichten über die explosive Lage und dokumentieren die aktuellen Verhandlungsvorschläge Nikaraguas und der Contadora-Gruppe.



CHILE-Sonderteil: Pinochet am Ende? S. 17

10 Jahre nach dem Militärputsch gegen die Regierung Allende scheint das Ende der Pinochet-Diktatur greifbar nahe. Eine landesweite Protestbewegung weckt Hoffnungen in einen Sieg der Opposition. Von ihren Alternativen und von unserer Verantwortung für das Symbol Chile handelt unser Chile-Sonderteil.



Obervolta S. 10

Im westafrikanischen Obervolta schienen am 17. Mai 1983 mit der Absetzung von Premierminister Thomas Sankara die linken Militärs ausgebootet. Doch der Schein trug. Anfang August d.J. schlugen sie mit einem Putsch erfolgreich zurück. Sankara feierte ein Come back als Staatschef. Wir beleuchten die Hintergründe und stellen die Positionen Sankaras und seiner Mitstreiter vor.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM; Luftpost Europa 35,— DM; übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg. Telefon (064 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Brönnner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: G. Diederichs, I. Flach, P. Garcia, P. Grund, P. Jordan, V. Klose, M. Kolter, F. Makubikidza, K. Maurer, U. Rupp, L. Schmitz, J. Weber, B. Weng
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 12. August 1983

Anzeigen: Konkret, Koordinationskreis Dritte Welt, Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag, rds GmbH

„Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist!“ Diese alte deutsche Volksweisheit – angewendet auf das Bonner Sommertheater in diesem Jahr – vermag einigen Aufschluß darüber zu geben, in welche Richtung die Dritte-Welt-Politik der Herren Kohl, Genscher, Zimmermann und Warnke gegenwärtig entwickelt wird.

Erst empfing Bundeskanzler Helmut Kohl in der zweiten Juni-Hälfte als erster westlicher Regierungschef eine Delegation der abgehalfterten Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) aus Namibia. Sodann lief Mitte Juli der zwischenzeitlich ausrangierte Chef der salvadorianischen Christdemokraten, Napoleon Duarte, zum Besuch in der Bundeshauptstadt auf. Ungewöhnlich genug für einen Innenminister, begab sich Friedrich Zimmermann (CSU) in der zweiten Juli-Hälfte höchstpersönlich an den Bosphorus, um den türkischen Junta-Generälen seine harte Linie in der Ausländerpolitik klarzumachen.

Mehr als alles andere signalisieren diese Begegnungen und ihre Ergebnisse, wohin die Reise gehen soll. Während Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bei Pressekonferenzen gern über den geringen finanziellen Spielraum seines Hauses Klage führt, der den von ihm gewünschten „Korrekturen“ und neuen „Akzenten“ Grenzen setze, wird die konservativ-reaktionäre Wende auch in der Dritte-Welt-Politik zielstrebig vorbereitet und praktiziert. Die Herkunftsländer der erwähnten Bonn-Besucher dieses Sommers sind politisch herausragende Testfälle.

Erstes Beispiel: DTA-Chef Dirk Mudge zeigte sich beim Abflug „sehr zufrieden“. Zwar sei Kohl noch nicht zu einer Neuordnung der Außenpolitik gekommen, aber immerhin: in Kürze wollen Beamte des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Namibia Möglichkeiten einer „Entwicklungshilfe“ noch vor der Unabhängigkeit der südafrikanischen Kolonie sondieren, was die Befreiungsbewegung, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), vorsorglich prompt als „Mißachtung des internationalen Rechts“ gebrandmarkt hat.

„Menschenrechtsförderung“ in Mittelamerika?

Zweites Beispiel: Seinem salvadorianischen Parteifreund Napoleon Duarte versicherte Helmut Kohl die Absicht der Bundesregierung, „sehr bald“ wieder einen Botschafter nach San Salvador zu entsenden und die von der sozialliberalen Koalition gestoppte Entwicklungshilfe wieder aufzunehmen. Dies solle nach Ansicht des Auswärtigen Amtes als Ausdruck des Willens der Bundesregierung verstanden werden, den „Demokratisierungsprozeß“ in dem mittelamerikanischen Land zu unterstützen.

Laut J. Warnke ist die Entsendung eines Bonner Botschafters im Hinblick auf die im November d.J. erwarteten Wahlen noch in diesem Jahr geplant. Denn die Aufgabe der Bundesregierung in Mittelamerika, so Warnke schon am 20.5.1983 auf einer Sondersitzung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sei die Förderung einer „positiven Menschenrechtsentwicklung“ in den jeweiligen Ländern. Und diese Entwicklung zeige in El Salvador eine positive Tendenz (!) und in Nicaragua selbstverständlich eine negative.

Unverkennbar zielt diese unglaubliche Aufwertung des Völkermordregimes in El Salvador mittels der Denunziation der Sandinistas darauf, im Gegenzug die Bonner Entwicklungshilfe für Nicaragua abzubrechen. Nicht anders können



Hauswandparole in einer westdeutschen Großstadt

die fortgesetzten Warnungen der Bundesregierung an die Regierung in Nicaragua verstanden werden, die dortige Entwicklung stelle die Voraussetzungen dieser Hilfe (nämlich, so Warnke zuletzt im August-Heft der Münchener Zeitschrift Europa, „ein Mindestmaß an politischem Pluralismus, an Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft und an echter Blockfreiheit“) zunehmend in Frage.

Drittes Beispiel: Innenminister Zimmermann („Wir müssen die Zahl der Ausländer vermindern“) ließ in Ankara keinen Zweifel daran, daß seine Regierung entschlossen ist, die für 1984 geplante Verschärfung der Ausländergesetze, von der die in der Bundesrepublik lebenden Türken besonders hart betroffen wären, noch in diesem Herbst durchzusetzen. Dies befremdete zwar die türkische Öffentlichkeit und schuf auch für die Generäle ein heikles Problem. Doch diese sind andererseits so auf das Bonner Wohlwollen angewiesen, daß sie die bittere Pille in Form von angestrebten 20.000 Bundesrepublik-Rückkehrern wohl schlucken müssen.

Die in Bonn geplanten Mittel dazu: Verschärfung der Zugangssperre, nach der Kinder künftig nur noch bis zum 6. statt wie bisher zum 16. Lebensjahr zu ihren Eltern in die BRD kommen dürfen; Beibehaltung des Visumszwangs für Türken, mit dem allein in einem Jahr die Zahl der Asylbewerber von 57.000 auf 1.400 heruntergeschraubt werden konnte; schnellere Abschiebung türkischer Staatsbürger, ungeachtet der Unterdrückungsmaßnahmen, die sie in ihrem Heimatland erwarten.

Überhaupt funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ankara in „Sicherheitsfragen“ und in Sachen „Terrorismusbekämpfung“ bestens. Zu den bereits vorliegenden 135 Auslieferungsanträgen bekam Zimmermann von den türkischen Behörden noch einmal 180 neue überreicht. Der türkischen Polizei waren erst vor kurzem 15 Mio DM aus Bonner Kassen zugeflossen, was für eine herzliche Übereinstimmung zwischen Zimmermann und seinem türkischen Kollegen Cetiner sorgte.

Übrigens: Vielleicht stärker als auf anderen Gebieten ist die Wende auf dem Feld der Ausländerpolitik über das Stadium der Andeutungen und der Vorbereitungen hinaus und wird praktisch durchgeführt: Ohne einen Entscheid der Straßburger Menschenrechtskommission abzuwarten, ließ die Rechtskoalition Kohl/Genscher am 11. August d.J. 46 türkische Asylanwärter in ihr Heimatland abschieben.

Sie wurden bei der Ankunft in Istanbul sofort verhaftet. Auf alle wartet die Folter in den Militärgefängnissen. Etliche müssen mit dem Vollzug der Todesstrafe rechnen. Kommentar des Justizministeriums (FDP): Die Abschiebung sei sowohl „rechtlich“ wie „moralisch“ einwandfrei. Weitere Auslieferungen an die Folterjustiz der türkischen Generäle sind gegenwärtig in Vorbereitung.

Nico Biver **Der Aufmarsch der USA**

Am 19. Juli d.J., dem 4. Jahrestag der sandinistischen Revolution, gab das Pentagon die Entsendung einer Kriegsflotte in die Gewässer vor der atlantischen und pazifischen Küste Nikaraguas bekannt. Die Reagan-Administration tat damit weitere Schritte in Richtung Krieg.

Der entsandten US-Armada, die aus 19 Schiffen mit insgesamt 16.456 Mann Besatzung besteht, gehören die Flugzeugträger „Coral Sea“ und „Ranger“ mit 140 Flugzeugen an. Zusammen mit den 15-20 regelmäßig in der Karibik operierenden Kriegsschiffen haben die USA seit dem Vietnamkrieg (1964-73) die größte Flotte in einer Region zusammengezogen.

US-Kampftruppen rundherum

Auf honduranischem Boden sollen 5.675 US-Soldaten bis mindestens März 1984 stationiert werden. Nach offiziellen Angaben dient dieser Aufmarsch gemeinsamen Manövern mit 6.000 honduranischen Soldaten. Außerdem ist der Ausbau von 3 Flugplätzen in Honduras vorgesehen, damit dort Großraumtransportflugzeuge landen können. Neben Landmanövern an der honduranischen Küste und Blockadeübungen gegen Nikaragua soll die Kriegsflotte auch vor den Küsten Grenadas und Surinams kreuzen.

Ende Juli d.J. wurde ein Beschluß Ronald Reagans bekannt, der die Errichtung von Lagern mit US-Kriegsmaterial und einer Marine- und Luftwaffenbasis für 150 Mio Dollar in Honduras sowie die Steigerung der Militärhilfe für die Region um 40-60% vorsieht.¹

Vertreter der Reagan-Administration beeilten sich, den friedlichen Charakter der Manöver zu betonen. So erklärte

Außenminister George Shultz am 5. August d.J., „Amerika“ habe nicht die Absicht, die sandinistische Regierung zu stürzen: „Die Manöver dienen grundsätzlich der Ausbildung honduranischer Streitkräfte.“² Gleichzeitig solle der Aufmarsch, so argumentierte man in Washington, Nikaragua von einem Angriff auf seine Nachbarn abhalten.

Mit diesen sog. Manövern versucht die Reagan-Administration mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Einmal soll damit, in Kombination mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, der Druck auf Nikaragua weiter erhöht werden. Durch Kreditsperren, Einschränkungen der Exporte und eine aufgezwungene Aufrüstung soll Nikaragua dazu gezwungen werden, seine sozialen und wirtschaftlichen Reformprogramme einzustellen.

Durch Einflußnahme der USA sind die Kredite von multilateralen Finanzorganisationen von 213 Mio Dollar im Jahr 1979 auf 22 Mio in diesem Jahr zurückgegangen. Privatbanken stellten nur noch 11 Mio Dollar zur Verfügung. Trotz dieser erschwerten außenwirtschaftlichen Bedingungen setzt die sandinistische Führung ihre Reformpolitik fort. In seiner Rede am 19. Juli gab Staatschef Daniel Ortega vor 135.000 Menschen in Leon bekannt, daß der Großteil der Schulden der Kleinbauern gestrichen werden soll. Bereits vorher war eine Beschleunigung der Agrarreform angekündigt worden. Dem weiteren Ausbau der Massenbasis der Revolution förderlich ist auch die Freilassung von 46 Miskitos am 3. August d.J. Sie waren wegen konterrevolutionärer Aktivitäten zu Gefängnisstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt worden. Anlässlich ihrer Entlassung erklärte Innenminister Tomas Borge, daß die aus „Unkenntnis der Traditionen“ begangenen Irrtümer gegenüber den Miskitos berichtigt würden.³ Gleichzeitig trifft Nikaragua verstärkte Verteidigungsvorkeh-



Der Flugzeugträger Ranger führte die US-Flotte an, die Ende Juli d. J. vor der Pazifikküste Nikaraguas auftauchte

rungen. So wurde beschlossen, Territorialmilizen zu gründen, die für die Verteidigung der Städte und strategischer Punkte zuständig sind und ab Oktober d.J. die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Am 3. August d.J. erklärte Verteidigungsminister Humberto Ortega, daß Nicaragua seine Türen allen lateinamerikanischen Freunden öffnen werde, die sich angeboten haben, „das Gewehr für die erste Revolution in Mittelamerika in die Hand zu nehmen“.⁴

Innenpolitisch ist es keineswegs, wie von der Reagan-Administration erwartet, zu einer Verringerung der Unterstützung für die Regierung gekommen. In ihrer ersten Erklärung zum Konflikt seit Februar d.J. verurteilte die „Demokratische Koordination Ramon Sacasa“, der drei bürgerliche Parteien, der Unternehmerverband COSEP und zwei rechte Gewerkschaften angehören, die Präsenz der US-Kriegsflotte. Und sie betonte die Übereinstimmung der Friedensvorschläge der Contadora-Gruppe und der Sandinistas.

Die feste Verankerung der Revolution im Volk und die bisherige Erfolglosigkeit der „Contras“ sind der Hauptgrund, warum die USA sich jetzt auf eine direkte militärische Intervention eigener Kampftruppen vorbereiten.

Unter dem Deckmantel der Manöver haben die USA Streitkräfte in Mittelamerika stationiert, die ein sofortiges Eingreifen erlauben. Durch den Ausbau von Flughäfen und den Aufbau von Lagern mit Kriegsmaterial können schnell weitere US-Truppen eingeflogen werden.

Die Koordinierung der „Contras“

Parallel dazu werden aber auch die Voraussetzungen für die Variante eines Krieges ohne direktes militärisches Eingreifen der USA verbessert, indem die Position der honduranischen Armee und der „Contras“ gestärkt wird. Bereits heute ist die honduranische Armee die größte Mittelamerikas. Sie verfügt über 30.000 Mann, 138 Flugzeuge und 21 Hubschrauber. Der Ausbildungsstand der Truppen wird durch das im Juni 1983 errichtete Regionale Ausbildungszentrum (CREM), wo 114 US-Militärberater tätig sind, und durch die anwesenden US-Truppen verbessert.

Gleichzeitig sollen auch die „Contras“ zu einer schlagkräftigen Armee umgeformt werden. Durch ihre Überfälle töteten sie zwar seit Jahresbeginn ca. 600 Nicaraguaner, meist Zivilisten, doch wurden in der gleichen Zeit 1.386 von ihnen außer Gefecht gesetzt. Aus diesem Grund soll ihre Stärke von mittlerweile 10.000 Mann auf 15.000 Mann ausgebaut und ihre Ausbildung verbessert werden. Zu diesem Zweck will der CIA weitere 50 Mio Dollar bereitstellen.

Den von Kostarika aus operierenden „Contras“ der Revolutionär-Demokratischen Allianz (ARDE), die von Edén Pastora und Alfonso Robelo geführt werden, waren bisher auch keine Erfolge beschieden. Ende Juni d.J. stellten sie ihre Überfälle ein, um eine stärkere internationale Unterstützung zu erzwingen.

Nach vier Tagen nahmen sie ihre Aktionen freilich wieder auf, nachdem ihnen – laut E. Pastora – angeblich lateinamerikanische Staaten Hilfe zugesagt haben sollen. Wahrscheinlicher aber ist, daß die CIA-Mittel, die sie über die in Honduras operierenden Somozisten erhalten, wieder reichlicher fließen. Darauf deutet auch die beiderseits verkündete Koordinierung der Aktionen aller „Contras“ hin. Hatte E. Pastora noch am 3. Juni d.J. erklärt: „Es sind die Somozagardisten..., die weiterhin unsere Bauern im Norden ermorden“, so sprach er nach der Wiederaufnahme der Kämpfe von „heroischen Kämpfern“, denen er seine „brüderlichen Grüße“ schickte.⁵

Obwohl die „Contras“ sogar dazu übergegangen sind, Mitglieder von Linksparteien in Kostarika zu ermorden, hat die Regierung dieses Landes bisher nur zaghafte Schritte gegen



Honduranische und US-Fallschirmjäger im Manöver „Big Pine“ nahe Maroon

sie unternommen. Dies ist nicht nur durch die Schwäche der Sicherheitskräfte bedingt, sondern auch durch die starke wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes von den USA. Offiziell hat Kostarika erklärt, daß es sich zu den Konflikten in der Region neutral verhalte. Präsident Luis Alberto Monge wandte sich gegen jede Form von Interventionismus: „Wir sind entschlossen, Kriegshandlungen gegen Nicaragua, die von unserem Territorium ausgehen, zu verhindern...“⁶

Ob dies der Regierung Kostarikas gelingt, ist indessen von untergeordneter Bedeutung, weil die Hauptpartner im US-Kriegsplan die honduranische Armee und die „Contras“ im Norden sind. Einem Kriegsbeginn durch die USA stehen jedoch noch erhebliche Hindernisse im Weg. Eine Kriegserklärung oder eine Berufung auf den Rio-Verteidigungspakt der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) aus dem Jahr 1947 würde sowohl gegen internationales als auch US-amerikanisches Recht verstoßen. Dies hätte unabsehbare internationale Auswirkungen.

Deshalb wird es notwendig sein, eine Provokation ähnlich dem Tongking-Zwischenfall, der 1964 zum Kriegsbeginn gegen Vietnam genutzt wurde, zu inszenieren.

Bereits jetzt kommt es regelmäßig zur Beschießung nikaraguanischen Territoriums durch die honduranischen Streitkräfte und zur Verletzung nikaraguanischen Luftraums und seiner Hoheitsgewässer durch honduranische und US-amerikanische Schiffe und Flugzeuge. Sollte eine solche Provokation Erfolg haben, könnten die USA auf Bitten der honduranischen Regierung in den Krieg eintreten. Sie könnten sich aber auch auf die Verhängung einer Quarantäne beschränken und so Waffentransporte nach Nicaragua verhindern oder durch eine Blockade alle Transportwege abschneiden. Der Krieg würde dann von den bestens gerüsteten „Contras“ und eventuell der honduranischen Armee geführt – bis den Nicaraguanern die Munition ausginge.

Bevor es jedoch zum Krieg kommt, muß die Reagan-Administration einige Hindernisse im eigenen Land aus dem Weg räumen. Nach wie vor wendet sich eine große Mehrheit der Bevölkerung der USA gegen die Mittelamerikapolitik ihres Präsidenten. In einer vom 28. Juli bis 1. August 1983 durchgeführten Umfrage sprachen sich 62% gegen jeglichen Versuch der Regierung Reagan aus, die nikaraguanische Regierung zu stürzen. Auf ähnlichen Widerstand stößt R. Reagan im Repräsentantenhaus, wo am 28. Juli d.J. eine Resolution verabschiedet wurde, in der die sofortige Einstellung der Hilfe an die „Contras“ gefordert wird.

10-Punkte-Vorschlag der Contadora

Auf einem Treffen in Cancun/Mexiko haben die Staatsoberhäupter der Länder der Contadora-Gruppe, Belisario Betancour (Kolumbien), Miguel de la Madrid (Mexiko), Ricardo de la Espriella (Panama) und Luis Herrera Campins (Venezuela) am 17. Juli d.J. einen Vorschlag für eine Friedensregelung in Mittelamerika vorgelegt.

Die Contadora-Gruppe ist nach einer panamaischen Insel benannt, auf der sich die Außenminister dieser vier Länder am 9. Januar d.J. zum ersten Mal trafen, um einer Verhandlungslösung in Mittelamerika den Weg zu bereiten.

Der 10-Punkte-Vorschlag, der sich an alle Konfliktparteien richtet, hat folgenden Wortlaut:

- Verpflichtung zur Beendigung aller bestehenden Konfliktsituationen;
- Verpflichtung zum Einfrieren der Offensivwaffen auf dem bestehenden Niveau;
- Verpflichtung zur Aufnahme von Verhandlungen über Abkommen zur Kontrolle und Verminderung der gegenwärtigen Rüstungsarsenale bei Schaffung angemessener Überwachungsmechanismen;
- Verpflichtung zum Verbot von Militäreinrichtungen fremder Länder auf eigenem Territorium;
- Verpflichtung zur Vorankündigung von Truppenbewegungen in Grenznähe, wenn diese Kontingente die im Abkommen festgelegte Zahl überschreiten;
- Verpflichtung je nach Sachlage zur Durchführung gemeinsamer Grenzpatrouillen oder internationaler Überwachung der Grenzen durch Beobachtergruppen, die von den Beteiligten gemeinsam ausgewählt werden;
- Verpflichtung zur Bildung von gemischten Sicherheitskommissionen mit dem Ziel, Grenzzwischenfälle zu verhindern oder auch beizulegen;
- Verpflichtung zur Schaffung interner Kontrollmechanismen zur Verhinderung des Waffenumschlags vom Territorium eines Landes der Region auf das eines anderen Landes;
- Verpflichtung zur Förderung eines Klimas der Entspannung und des Vertrauens in diesem Gebiet, wobei Äußerungen und andere Handlungen, die das für das erforderliche politische Vertrauen unerläßliche Klima gefährden könnten, zu unterlassen sind;
- Verpflichtung zur Koordinierung direkter Kommunikationssysteme zwischen den Regierungen zur Verhinderung von bewaffneten Konflikten und zur Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen politischen Vertrauens.

(Quelle: Barricada, Managua, 20.7.1983)

Um die eigene Bevölkerung umzustimmen, hat sich das propagandistische Trommelfeuer der Reagan-Administration weiter verstärkt. Neben dem Vorwurf, daß Nicaragua als verlängerter Arm der Sowjetunion und Kubas die Sicherheit der Region und der USA bedrohe, werden die Sandinistas vor allem angeklagt, die Menschenrechte zu verletzen. Wegen der Enteignung zweier jüdischer Unternehmer, die eng mit Somoza liiert waren, wird Nicaragua sogar des Antisemitismus geziehen.

Da diese Vorwürfe Grund genug sind, die somozistischen „Freiheitskämpfer“ zu unterstützen, ist die Anschuldigung, Nicaragua liefere Waffen an die salvadorianische Befreiungsbewegung, etwas in den Hintergrund getreten.

Um dieser Propaganda größeres Gewicht zu verleihen, hat R. Reagan am 19. Juli d.J. die Bildung einer Mittelamerika-Kommission bekanntgegeben, die unter dem Mantel der Neutralität agieren soll: Bei der Gründung forderte er die 12 Mitglieder auf: „Helfen sie uns das amerikanische Volk zu warnen, daß wir zum ersten Mal seit Gedenken wirklichen Gefahren an unserer Grenze gegenüberstehen.“⁷

Zwar gehören ihr Mitglieder sowohl der Republikanischen als auch der Demokratischen Partei an, doch sind sie im rechten Spektrum angesiedelt. Ihr Vorsitzender, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, der ihr ein gewisses Prestige verleihen soll, bringt für diesen Job seine im

Vietnamkrieg und beim Putsch in Chile erworbenen Erfahrungen ein.

Er bemühte sich sogleich, der Reagan-Administration bei deren Verharmlosung ihres militärischen Eingreifens in Mittelamerika unter die Arme zu greifen. H. Kissinger erklärte, daß die Kommission versuchen müßte, „einen Beitrag zu leisten, um eine andere Krise wie in Vietnam zu verhindern... Ich denke, es ist unabdingbar, daß wir die bitteren Debatten, die die Vietnam-Periode charakterisierten, vermeiden...“⁸

Wie alle anderen Vertreter der US-Administration versichert auch Henry Kissinger, daß es nicht zu einem neuen Vietnam kommen dürfe. Das soll nicht besagen, es dürfe nicht zu einem Krieg kommen, sondern, daß man diesen Krieg, anders als in Indochina, gewinnen müsse. Der Unterschied zu Vietnam – so die Verfechter dieser These – bestehe darin, daß die politischen und strategischen Interessen der USA direkt bedroht seien. Ein „besseres“ Vorgehen erfordere kein schrittweises, sondern ein massives Eingreifen, Zustimmung in der Bevölkerung und Klarheit über die Ziele.

Das Einlullen der US-Bevölkerung und Weltöffentlichkeit nach dem Motto: „Wenn ihr ruhig bleibt, tut es nicht so lange weh“, betreibt die Reagan-Administration auch gegenüber verschiedenen Friedensinitiativen.

In der Öffentlichkeit gibt sich das Weiße Haus zwar den Anschein, als begrüße es die Friedensvorschläge der Contadora-Staaten und selbst die Nikaraguas und Kubas. In der Praxis tut es jedoch alles, um diese Verhandlungen zu torpedieren.

Am 17. Juli d.J. legten die Staatsoberhäupter der Contadora-Staaten in Cancun/Mexiko einen Vorschlag für eine Verhandlungslösung in Mittelamerika vor (siehe Kasten). Er sieht u.a. vor, alle Waffenlieferungen in die Region einzustellen und alle Militärberater abzuziehen.



US-Offiziere und honduranische Armeeeinheit an der Grenze zu Nicaragua

Am 19. Juli d.J. machte die nikaraguanische Regierung ein Verhandlungsangebot (siehe Kasten), das u.a. einen Nichtangriffspakt mit Honduras und eine Einstellung der Waffenlieferungen an alle Parteien in El Salvador vorsieht. Gleichzeitig begrüßte Nicaragua den Vorschlag der Contadora-Gruppe.

Daß die Regierung Reagan postwendend eine Kriegsflotte in die Region entsandte, stellte ihre Friedensbeteuerungen bloß als eine Beruhigungsspielle für die Weltöffentlichkeit, die fast einhellig die Contadora-Initiative unterstützte. Zurecht erklärte Sandinistaführer Victor Tirado, daß die Reagan-Administration „die Flagge der Verhandlungen“ nur schwenke, um ihre Entscheidung, „mit Truppen in Nicaragua zu intervenieren“,⁹ zu verschleiern. Dies wird auch daran klar, daß auf der gemeinsamen Tagung der Außenminister der Contadora-Gruppe und der restlichen Staaten Mittelamerikas vom 28.-30.7.1983 in Panama die Washingtoner Schützlinge Honduras, Guatemala und El Salvador ein Vor-

ankommen der Verhandlungen auf der Basis der Cancun-Vorschläge verhinderten. Dies ist nicht verwunderlich, denn das Überleben ihrer Regimes hängt von der nordamerikanischen Waffenhilfe ab.

In einem Brief an den panamesischen Präsidenten unterstützte Kubas Ministerpräsident Fidel Castro den Verhandlungsvorschlag der Contadora-Gruppe.¹⁰ Am 28. Juli d.J. fügte er hinzu, daß ein globales Abkommen „den Rückzug der kubanischen Militärberater und sogar eine Einstellung der Waffenlieferungen“ beinhalten könne.¹¹

Diese Verhandlungsbereitschaft benutzte die Reagan-Administration noch als nachträgliche Rechtfertigung des US-Flottenaufmarsches. Obwohl Nicaragua noch vor Bekanntgabe der Militärmanöver seine Verhandlungsbereitschaft erklärt und Kuba bereits am 1. Juni d.J. seine Bereitschaft bekundet hatte, seine Berater abzuziehen, erklärte R. Reagan, die militärische Drohung habe die beiden Länder nachgiebig gemacht.

Torpedierung der Contadora-Initiative

Diese Beurteilung des Aufmarsches der USA wird international von kaum jemandem geteilt.

Die Nichtpaktgebundenen forderten eine Unterbrechung der Manöver und sagten dem Verhandlungsvorschlag der Sandinistas ihre Unterstützung zu.

Die Sozialistische Internationale unterstützt zwar die Contadora-Initiative und wendet sich gegen eine militärische Intervention, doch treten bei ihr Differenzen über die Haltung gegenüber den Sandinistas auf. In einem Brief an die Sandinistas hatte Willy Brandt, Felipe Gonzalez, Carlos Andres Perez und Daniel Oduer Anfang Juli d.J. gefordert, bereits im Jahr 1984 Wahlen abzuhalten. Gegen dieses Schreiben protestierten die Sozialdemokraten Schwedens und Frankreichs. Der französische Außenminister Claude Cheysson kritisierte während einer Lateinamerikareise die US-Manöver, lehnt jedoch weitere Waffenlieferungen an Nicaragua ab, um angeblich die Friedensbemühungen zu fördern.

Die Kohl/Genscher-Regierung hat sich, wenn auch halbherzig, hinter die Drohpolitik der USA gestellt. Staatsminister Mertes mochte in den US-Manövern „keine Vorboten eines Krieges“ sehen. Entwicklungsminister Jürgen Warnke machte ebenfalls klar, daß man mit den USA an einem Strang zieht: „Die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua setzt ein Mindestmaß an politischem Pluralismus, an Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft und an echter Blockfreiheit voraus.“¹² Dies sei heute in Frage gestellt.

Daß der Kriegskurs der USA auch der Bonner Rechtskoalition Kopfschmerzen bereitet, da damit auch deren angeblich friedliche Absichten bei der Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zweifelhafter werden, zeigte sich am 9. August d.J. Da nämlich wandte sich der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer, nach einer Mittelamerikareise gegen die Manöver vor Nicaraguas Küsten und forderte die bundesdeutschen Christdemokraten auf, die Entwicklungshilfe an Nicaragua fortzusetzen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. New York Times, New York, 22.7.1983
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.8.1983
- 3) Informationsdienst El Salvador, 5.8.1983
- 4) Mittelamerika-Informationsdienst, 5.8.1983
- 5) Afrique Asie, Paris, Nr. 301/1.8.1983
- 6) Le Monde (LM), Paris, 29.7.1983
- 7) Newsweek, New York, 1.8.1983
- 8) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 27.7.1983
- 9) U.S. News & World Report, Washington, 15.8.1983
- 10) Siehe: Mayoria, Stockholm, 4.8.1983
- 11) LM, 31.7./1.8.1983
- 12) FAZ, 9.8.1983

Nicaraguas Verhandlungsangebot

Auf einer Massenkundgebung am 19. Juli d.J. in Leon, die anlässlich des 4. Jahrestages der sandinistischen Revolution stattfand, erläuterte Staatsoberhaupt Daniel Ortega einen neuen Verhandlungsvorschlag der nicaraguanischen Regierung und ihre Haltung zur Initiative der Contadora-Gruppe:

Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus akzeptiert, daß der Beginn des Verhandlungsprozesses, der von der Contadora-Gruppe gefördert wird, einen multilateralen Charakter hat, damit es keine Entschuldigungen mehr gibt und damit jene, die ihr Interesse am Frieden bekundet haben, konkrete Schritte unternehmen können, um einen Prozeß zu entwickeln, der die Basis für ihn bilden kann. ...Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung schlägt vor, daß Diskussionen über die folgenden grundlegenden Punkte sofort begonnen werden:

1. Verpflichtung, die herrschende kriegerische Situation durch den sofortigen Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Nicaragua und Honduras zu beenden;
2. Völlige Einstellung aller Waffenlieferungen durch irgendein Land an die Konfliktparteien in El Salvador, damit dieses Volk seine Probleme ohne innere Einmischung lösen kann;
3. Völlige Einstellung jeder militärischen Unterstützung an Kräfte, die irgendeine mittelamerikanische Regierung bekämpfen, in Form von Waffenlieferungen, Ausbildung oder der Benutzung eines Territoriums, um Angriffe oder irgendeine andere Form der Aggression zu unternehmen;
4. Verpflichtung, welche die absolute Achtung der Selbstbestimmung der mittelamerikanischen Völker und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes sicherstellen;
5. Einstellung der wirtschaftlichen Aggressionen und Diskriminierungen gegen irgendein mittelamerikanisches Land;
6. Keine Installierung ausländischer militärischer Stützpunkte auf mittelamerikanischem Territorium sowie die Einstellung von Militärmanövern mit Beteiligung ausländischer Streitkräfte im mittelamerikanischen Raum.

Der Fortschritt bei der Lösung dieser Punkte wird automatisch dazu beitragen, daß andere Punkte, die ebenfalls die mittelamerikanischen Staaten beunruhigen und die auf der Tagesordnung der Contadora-Gruppe stehen, diskutiert werden mit dem Ziel, eine annehmbare und dauerhafte Lösung für die Sicherheit und Stabilität der Länder der Region zu finden.

(Quelle: Barricada, Managua, 20.7.1983)

reisedienst deutscher studentenschaften

ards
studenten-, schüler- und jugendreisen



Im Brennpunkt: Mittelamerika

Reisen nach Cuba/Grenada

Herbst 83:	4.-17.10.1983	2.490,- DM
Frühjahr 84:	(4. Jahrestag der Revolution auf Grenada) 28.2.1984-19.3.1984	3.250,- DM

Reisen nach Cuba/Nicaragua

Weihnachten/Sylvester 83:	27.12.1983-8.1.1984	2.490,- DM
---------------------------	---------------------	------------

Alle Reisen nach Cuba/Nicaragua, Cuba/Grenada inkl. politisch-kulturellem Programm und Reiseleitung.

Fordern Sie unser ausführliches Programm an.

Verlängerungswoche auf Cuba jeweils 400,- DM.

Lange Reihe 22 · 2000 Hamburg 1 · Tel.: (0 40) 24 12 57

Interview mit Comandante Maria Antonia

Die FMLN schaffte sich Vorteile (1)

Nach monatelangen spektakulären Offensivaktionen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) traten im Juli d.J. die Regierungstruppen zu einer großangelegten Gegenoffensive an. In einer Stärke von 15.000 Mann peilen sie vorrangig die „Säuberung“ der landwirtschaftlich wichtigen Provinzen Usulután und San Vicente an, in denen die Guerilla zuletzt große Positionsgewinne verbuchen konnte. Daß dieser neuerliche militärische Lösungsversuch das Regime in San Salvador weiterzubringen vermag, muß freilich stark bezweifelt werden. Das zeigt die Gesamtlage im Lande, die FMLN-Comandante Maria Antonia vom Frauenbataillon Silvia im Gespräch mit dem AIB beschreibt. Das bringt auch die Uneinigkeit im Regierungslager über den Termin der (ursprünglich zum Dezember 1983 vorgezogenen) Präsidentschaftswahlen zutage. Und das signalisiert die erstmalige Kontaktaufnahme der Reagan-Administration mit der FMLN/FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front), die mit der Begegnung von US-Sonderbotschafter Stone und FMLN-Repräsentant Ruben Zamora am 31.7.1983 in Bogota zustandekam.

AIB: Wird die militärische Offensive der FMLN, die sich vom Oktober 1982 bis Juni 1983 hinzog, von Ihnen als durchgängig erfolgreich bewertet? Gilt das auch für die militärische Kampagne zu Ehren der getöteten Comandante Ana Maria, welche am 7. April d.J. eröffnet worden war?

MARIA ANTONIA: Die Offensive verlief durchwegs positiv für uns. Seit Beginn der Offensive im Oktober 1982 (siehe auch Interviews mit Ana Maria und O. Armando Acevedo in: AIB 6 und 7-8/1983; d. Red.) vermochten wir das militärische Kräfteverhältnis fortlaufend zugunsten der FMLN zu verändern. Seitdem hat sich die Offensive in einem Zuwachs von militärischen Aktionen gezeigt.

FMLN-Schläge gegen Eliteeinheiten

Diese Aktionen haben ihren Höhepunkt in der Kampagne „Comandante Ana Maria – Wir versprechen, daß wir siegen werden!“ erreicht, einer Kampagne, in der die militärischen Aktionen im ganzen Land zunahmen. Sie reichten von Sabotageaktionen im Bereich der Wirtschaft, des Transports usw. über Angriffe gegen kleine Posten des Feindes, die Besetzung von Landstraßen bis hin zur Umzingelung von mobilen Einheiten des Feindes, zu militärischen Aktionen strategischen Charakters.

AIB: Können Sie vielleicht Beispiele nennen?

MARIA ANTONIA: Beispielsweise die Sprengung von Brücken in den vom Feind kontrollierten Gebieten, so von sechs Brücken in der Region Morazan vom Mai d.J. Dadurch wurde eine Zersplitterung der Kräfte des Feindes erreicht und sie dadurch langsam aufgerieben.

Gleichzeitig wurden Einheiten des Feindes geschlagen, insbesondere Eliteeinheiten (Atlatl, Atonal, Ramon Belloso; d. Red.), die die einzige wirkliche Kraft des Feindes sind,



um uns zu besiegen. Mitte Juni d.J. haben wir die ideologisch und militärisch am besten ausgebildete Eliteeinheit des Feindes in Morazan zerschlagen, die Brigade Atlacatl. Mehr als 80 ihrer Leute fielen und wir haben von dieser Einheit zum ersten Mal Kriegsgefangene gemacht. Dies wird von Soldaten des Gegners als Zeichen einer künftigen Niederlage betrachtet, d.h. es demoralisiert die Regierungstruppen.

Im Laufe dieses Jahres haben wir die Eliteeinheit Atonal zerschlagen. Wir haben dem Bataillon Ramon Belloso schwere Verluste zugefügt und nun der Brigade Atlacatl. D.h. diese drei Einheiten, die in den USA ausgebildet wurden und die die militärische Hoffnung des Feindes verkörpern, sind sehr stark von der FMLN geschwächt worden.

Dadurch befinden sich die Regierungstruppen in einer sehr schwierigen inneren Lage. Sie haben eine sehr niedrige Kampfmoral, sehr große innere Widersprüche. Sie sind militärisch im Nachteil, was sie zwingt, zur Defensive überzugehen. Deswegen haben sie viele taktische Positionen geräumt und sahen sich gezwungen, ihre Kräfte zu konzentrieren.

AIB: Heißt das Konzentration auf die großen Städte?

MARIA ANTONIA: Ja, z.B. in Morazan, in Usulután, faktisch im ganzen Land...

AIB: Auch im Westen des Landes?

MARIA ANTONIA: Da weniger. Hauptsächlich im Zentrum, den mittleren Regionen und im Osten des Landes. Denn die militärische Hauptaktivität der FMLN konzen-

triert sich auf diese Gebiete.

Wir können sagen, daß der Feind hier, in den meist umkämpften Gebieten, schließlich seine letzten Positionen verlassen hat, woraus folgt, daß einige Zonen unbesetzt, ohne feste Kontrolle bleiben.

AIB: Dabei handelt es sich doch um die sog. „umkämpften Zonen“ in El Salvador?

MARIA ANTONIA: In der Tat haben diese Gebiete erst einmal nichts mit den befreiten bzw. kontrollierten Gebieten gemein. In vielen dieser Gebiete gab es Dörfer, die praktisch leer, nur vom Feind besetzt waren.

Angesichts des Rückzugs des Feindes fingen die Bewohner an, wieder zurückzukehren, und diese ganzen Gebiete wurden rasch wiederbevölkert. Das heißt nicht, daß die ganzen Gebiete vorher völlig unbewohnt waren. Einige Ortschaften waren völlig verlassen, in anderen war ein Teil der Bevölkerung geblieben.

Wir erleben jetzt ein neues Phänomen, das der Wiederbevölkerung. Das bedeutet, daß es jetzt für das Militär kaum mehr möglich ist, seinen Plan mit der Bildung strategischer Dörfer durchzuführen.

AIB: Sie meinen das neue Programm der USA, strategische Dörfer ähnlich jenen im Vietnamkrieg (1964-73) zu schaffen?

Das Phänomen der Bevölkerungs-Rückkehr

MARIA ANTONIA: Genau. Aber um das zu machen, brauchen sie die Bevölkerung.

Wenn aber diese Bevölkerung in die verlassenen, weil stark umkämpften Zonen zurückkehrt, zeigt das, daß der Plan Reagans im Landesinnern durch die Bevölkerung selbst zu nichte gemacht wird. Denn die Bevölkerung, die jetzt in diese Gebiete zurückkehrte, ist sofort in unmittelbarem Kontakt zu der FMLN getreten. Sie zeigt damit auch ihre Unterstützung und Sympathie für die FMLN.

Die Tatsache, daß sie jetzt zurückkehren, in unmittelbarem Kontakt zur FMLN treten und sie unterstützen, zeigt uns, daß sich diese Bevölkerung jetzt aktiv am Kampf der Befreiungsorganisationen beteiligt. Das stärkt die Basis der FMLN/FDR. Und diese Bevölkerung wird von den Befreiungsorganisationen als zivile Bevölkerung behandelt. Man hat allerdings in diesen Landstrichen mit der Bildung von Volksmachtorganen begonnen.

AIB: Versucht die FMLN nicht sofort, diese Gebiete in kontrollierte Gebiete umzuwandeln?

MARIA ANTONIA: Nein. Künftig können sich diese Gebiete natürlich in kontrollierte Zonen verwandeln, aber jetzt hat die Bevölkerung gerade erst angefangen, die Volksmachtorgane zu schaffen und damit eine wirkliche Demokratie in diesen Gebieten zu ermöglichen.

Es handelt sich dabei um Bürgermeister, Priester, Richter dieser Dörfer, die ebenfalls in unmittelbarem Kontakt und Dialog mit unseren Organisationen treten. Das erlaubt, daß die FMLN ihre politische, administrative und militärische Kontrolle erweitert, wodurch sie im Bereich von Verwaltung, Politik und bewaffneten Organen zu einer wirklichen Kraft wird.

Der Rückzug des Feindes aus diesen Gebieten ist eigentlich eine Sache seiner Schwäche bzw. inneren Widersprüche. Denn er bedeutet einen weiteren militärischen Sieg für die FMLN, da in jedem Krieg das Territorium eine entscheidende Frage ist. Und wenn eine Armee wie die salvadorianische, die für die Verteidigung des Gebietes ausgebildet wurde und jahrzehntelang die Doktrin der Landesverteidigung vertreten hat, das Gebiet verlassen muß, um sich zu verteidigen, ruft das große interne Widersprüche innerhalb dieser Armee hervor.

Dies trägt dazu bei, daß die Kampfmoral innerhalb der Armee weiter sinkt und ihre Angehörigen sehen ihre völlige Niederlage herannahen.

AIB: Die USA haben jetzt ein neues Konzept entwickelt, nämlich in allen 14 salvadorianischen Provinzen 350 Mann starke Eliteeinheiten zu formieren und dazu überzugehen, generell in kleinen Einheiten zu kämpfen. Läßt sich diese Position vom neuen Verteidigungsminister E. Vides Casanova im Militär überhaupt durchsetzen?

MARIA ANTONIA: Das Hauptproblem der faschistischen Armee in El Salvador ist genau das Problem, wie die Anlage der Kriegführung zu sein hat.

Zwist im Militär über die Kriegführung

Dies rief große innere Widersprüche innerhalb der Armee hervor. Ein Beispiel dafür ist die Ablösung des Verteidigungsministers General García durch General Vides Casanova Mitte April d.J. im Bestreben, die beste Methode der Kriegführung gegen die FMLN zu suchen.

Hier tun sich auch Widersprüche zur Reagan-Administration auf. Denn eine Gruppe von salvadorianischen Offizieren wollte die massive Konzentration aller Truppen, um die FMLN anzugreifen. Einige andere hohe Offiziere sind mit der Counter-Insurgency-Kampagne (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) der Reagan-Administration einverstanden.

Aber viele sind nicht damit einverstanden. Denn um diese Counter-Insurgency-Kampagne erfolgreich durchführen zu können, bräuchten sie eine reale Unterstützungsbasis, d.h. die Unterstützung der Bevölkerung, die sie nicht haben. Aus diesem Grund sagen einige, es sei besser, die massive Truppenkonzentration einzusetzen, während sich die Counter-Insurgency-Strategie in El Salvador nicht durchführen lasse, weil man keine Unterstützungsbasis dafür habe.

AIB: Muß man deshalb davon ausgehen, daß sie jetzt beide Strategien anwenden?

MARIA ANTONIA: Im Moment versuchen sie, um sich zu einigen, eine Kombination beider Strategien anzuwenden: massive Angriffe und Einsatz kleinerer Eliteeinheiten. Nach einigen Großangriffen wurden Eliteeinheiten eingesetzt. Aber weder die massive Truppenkonzentration noch die Kombination massiver Truppenkonzentration mit der Counter-Insurgency-Taktik hat für die salvadorianische Armee bisher Erfolg gebracht. In beiden Fällen hat sie große Verluste erlitten.

Wird fortgesetzt



PODER POPULAR (wörtlich übersetzt: Volksmacht) ist zum Schlüsselbegriff für das neue Selbstbewußtsein eines Volkes im Kampf gegen die Macht der herrschenden Oligarchie und der Militärs geworden.

PODER POPULAR stand in den beiden letzten Jahren für die Erfahrung einer befreiten, an den Grundbedürfnissen ausgerichteten Lebensweise der Bevölkerung in den kontrollierten Zonen.

PODER POPULAR steht heute aber auch für den Befreiungskampf im ganzen Land, d.h. für die Vermittlung dieser Erfahrungen an die Bevölkerung in den von den Militärs beherrschten Gebieten.

Es geht heute um die vollständige Entmachtung der herrschenden Schichten in El Salvador, denn nur so können umfassende Verbesserungen für die Menschen dort durchgesetzt werden. Die US-Regierung versucht mit allen Mitteln, dem Befreiungsprozess entgegenzuwirken. Reagan fordert für 1983 ca. 110 Mill. Dollar Militärhilfe für dieses kleine Land, das nicht größer als das Bundesland Hessen ist! Um so wichtiger wird es sein, die Befreiungsbewegung gerade jetzt politisch und finanziell zu unterstützen!

Unterstützen auch Sie den Aufbau des neuen El Salvador durch eine Spende.

**Spendenkonto:
Info-Stelle
El Salvador e.V.**

**Stichwort:
PODER POPULAR
PSchA Köln 332276-507**

Nyandi Boukari Sankara kehrt zurück



Thomas Sankara (l.), Führer der Linken Militärs; Unterernährung, eines der größten Probleme Obervoltas

Am Morgen des 4. August 1983 hatten sie den Beschluß gefaßt, auf die Hauptstadt Ouagadougou zu marschieren. Sie wollten ein für allemal Schluß machen mit einem Regime, das seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 in seine eigenen Taschen und die seiner neokolonialen französischen Ziehväter wirtschaftete.

Sie, das waren die jungen progressiven Unteroffiziere Thomas Sankara, Blaise Compoaré, Jean-Baptiste Lingani, Henri Zongo, viele einfache Soldaten und zivile Untergrundkomitees. Nachdem ihnen Informationen zugegangen waren, daß die Rechten planten, sie am 5. August d.J. zu liquidieren, mußten sie schnell handeln.

Um 18 Uhr setzte sich die Eliteeinheit der voltaischen Armee, die Garnison von Pô, unter dem Kommando von B. Compoaré in Bewegung. Vorher hatte sich die Mehrheit der anderen Garnisonen ihren Zielen angeschlossen und teilweise ihre Offiziere abgesetzt.

Nach der Festnahme von Präsident Jean-Baptiste Ouédraogo begab sich T. Sankara zu dem bereits von Zivilisten besetzten Radiosender und kündigte an, daß ein Nationaler Revolutionsrat (CNR) die Macht übernommen habe.

Sankara warf J.B. Ouédraogo vor, sich „den Interessen der Feinde des Volkes, der ausländischen Beherrschung und des Neokolonialismus“ unterworfen zu haben. Er rief das Volk auf, „überall Komitees zur Verteidigung der Revolution zu gründen, um sich am patriotischen Kampf zu beteiligen, um die inneren und äußeren Feinde daran zu hindern, dem Volk zu schaden“.¹ Am folgenden Tag, zogen Tausende durch die Hauptstadt, um diesen „Coup à la Rawlings“ (linker Offizier und Staatschef in Ghana, siehe AIB 7-8/1980 und 4/1983) zu feiern.

Freudenkundgebungen hatte es bei den vier vorausgegangenen Umstürzen nie gegeben. Sie hatten an der Natur des neokolonialen Regimes nie etwas geändert.

Obervolta war zwar 1960 formell unabhängig geworden, doch ohne seine engen Bindungen an Frankreich aufzugeben. Noch heute ist die Währung an den französischen Franc gebunden, ist Frankreich der größte Handelspartner, wird der moderne Wirtschaftssektor von französischen Konzernen kontrolliert, werden hohe Offiziere und Oberschullehrer in Frankreich ausgebildet.

Erster Sachwalter dieser französischen Interessen war Maurice Yaméogo, Führer der Demokratischen Voltaischen

Union (UDV). Die UDV war die lokale Sektion der 1946 gegründeten Afrikanischen Demokratischen Sammlungsbewegung (RDA). Sie wird noch heute stark beeinflusst von der ebenfalls zum rechten Flügel der RDA gehörenden Demokratischen Partei der Elfenbeinküste (PDCI) unter Félix Houphouët-Boigny.

M. Yaméogo hatte gleich nach seinem Machtantritt die anderen Parteien verbieten lassen. Er erregte mit seiner unsocialen und repressiven Politik immer stärkeren Protest, vor allem bei den traditionsreichen Gewerkschaften, die sich nicht in das Einparteiensystem eingliedern ließen.

Waren bereits im Jahre 1956 15.000 Mitglieder (72,5% aller Lohnabhängigen) gewerkschaftlich organisiert, so sind es heute 40.000 (50% aller Lohnabhängigen).² Entsprechend dem Wirken der französischen Gewerkschaften in den Kolonien, sind sie in Richtungsgewerkschaften gespalten: die Afrikanische Föderation der Gläubigen Arbeiter (CATC), die sich später in Nationale Konföderation der Voltaischen Arbeiter (CNTV) umbenannte, die Voltaische Organisation der Freien Gewerkschaften (OVSL), die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angegliedert ist, und der Gewerkschaftsverband der Voltaischen Arbeiter (USTV), die sich 1975 dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) anschloß.

Die Gewerkschaftsbewegung organisierte Ende 1965 Massendemonstrationen gegen die Regierung Yaméogo, der am 3. Januar 1966 – nach der Androhung eines Generalstreiks – die Macht an das Militär unter Sangoulé Lamizana abgab. Unter der Bedingung, daß Lamizana Präsident bleiben müsse, löste er sein Versprechen ein, 1970 Wahlen abhalten zu lassen.

Neben der jetzt von Joseph Ouédraogo und Gérard Ouédraogo geführten UDV-RDA kandidierte die 1958 gegründete Partei der Afrikanischen Vereinigung (PRA). Sie stützte sich ebenfalls auf feudale Kräfte, die Kompradorenbourgeoisie und Teile der bürokratischen Bourgeoisie, doch hatte sie ihren Anhang unter anderen ethnischen Gruppen. Die 1959 gegründete Nationale Befreiungsbewegung (MLN) des Dr. Joseph Ki-Zerbo, die sich später – nach der Vereinigung mit einigen Splittergruppen – in Progressive Voltaische Union (UPV) und dann in Progressive Voltaische Front (FPV) umbenannte, stützte sich vor allem auf das städtische Kleinbürgertum. Diese reformistische Partei, die sich auf die christliche Soziallehre beruft, verfügt über Einfluß im

USTV.

Die Wahlen von 1970 endeten mit einem Wahlsieg der UDV-RDA, doch sollten die demokratischen Verhältnisse nicht von langer Dauer sein. Die Korruption und die Jagd der einzelnen bürgerlichen Parteien und vieler Militärs nach Pfründen führten zu einer chronischen Instabilität, die Anfang 1974 durch einen neuen Militärputsch unter S. Lamizana vorübergehend beendet wurde. Seine unsoziale Politik und seine Ankündigung, eine Einheitspartei gründen zu wollen, führten im Dezember 1975 zu einem einheitlichen Generalstreik.

Die Gewerkschaften forderten nicht nur die Erhöhung der Löhne und eine Aufklärung der Unterschlagung von Geldern für die Betroffenen der Sahel-Dürrekatastrophe, sondern auch die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Das Ausmaß dieses Massenkampfes war auf die Tätigkeit von zwei radikalen Organisationen zurückzuführen.

Im September 1974 war es zur Gründung der kämpferischen Voltaischen Gewerkschaftskonföderation (CSV) unter Soumane Touré gekommen, die bald zur stärksten Gewerkschaft werden sollte. Bereits seit Anfang der 70er Jahre wirkte die Afrikanische Unabhängigkeitspartei (PAI) im Untergrund. Sie versteht sich als marxistische Organisation und steht sowohl in Verbindung zur CSV als auch zur später gegründeten legalen Patriotischen Liga für die Entwicklung (LIPAD). Diese versucht vor allem, die Bauern, die noch immer unter dem Einfluß der Stammesfürsten stehen, zu politisieren.

Der Streik vom Dezember 1975 führte jedoch nicht zum Sturz der Regierung. Durch einige Zugeständnisse, die Bildung einer Verfassungskommission und die Aufnahme von Führern der MLN und USTV in die Regierung konnte der Volkszorn zeitweise besänftigt werden. „Der alte General hat einmal mehr die Arbeiter betrogen, diesmal unterstützt von den opportunistischen Intellektuellen (des MLN) und Volksverrätern“, erklärte die PAI in einem Flugblatt.³

Ende 1977 wurde eine neue Verfassung durch eine Volksabstimmung angenommen und anschließend fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Mit Unterstützung der UDV-RDA, die im Parlament eine knappe Mehrheit erhalten hatte, wurde S. Lamizana erneut zum Präsidenten gewählt.

Im Parlament hielt neben der FPV auch noch die Nationale Union zur Verteidigung der Demokratie (UNDD) Einzug, die für die Wiederherstellung der Bürgerrechte von M. Yaméogo eintritt. Da laut Verfassung nur drei Parteien erlaubt waren, mußten sich die kleineren an sie angliedern.

Wandel im Militär

Wie unter der ersten demokratisch gewählten Führung sollten auch diesmal die Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien weitergehen.

Ein mehrwöchiger Streik der Lehrer, der sich am 4. November 1980 zu einem Generalstreik ausweitete, schwächte die unpopuläre Regierung noch weiter. Am 25. November 1980 putschte das Militär unter Führung von Oberst Saye Zerbo, der damit einem Umsturz durch linke Unteroffiziere zuvor kam.

Das Militärkomitee für die Wiederaufrichtung und den Nationalen Fortschritt (CMRPN) stieß zunächst auf Unterstützung, da es versprach, die gewerkschaftlichen Rechte zu garantieren und eine „wirkliche Demokratie“ zu errichten.⁴

Doch blieben die Maßnahmen der Regierung, die sich aus vielen Ministern vorheriger Regierungen zusammensetzte, in ihren Anfängen stecken. Als sie dann daranging, das Streikrecht einzuschränken, begann ihre Basis zu schwinden.

Aufgrund ihrer Proteste gegen diese Maßnahme wurde Ende

Positionen der linken Militärs

T. Sankara über Wirtschaftspolitik und Verstaatlichungen:

Die Obervoltaer dürsten gegenwärtig nach sozialer Gerechtigkeit. Nur diese soziale Gerechtigkeit wird es erlauben, ein Klima zur Befreiung des Bewußtseins zu schaffen, um neue, demokratische und volksverbundene Errungenschaften zu entwickeln. Erst dann wird es einer Regierung möglich sein, die feste wirtschaftliche Basis des neuen Obervolta aufzubauen...

Nur die Interessen des voltaischen Volkes werden uns bei den Maßnahmen leiten, die wir mutig und ohne Unterstützung treffen müssen mit dem einzigen Willen, diesem Volk das zurückzugeben, was sein Recht ist, was ihm zusteht.

T. Sankara über die Gewerkschaften:

Wir erwarten von den Gewerkschaften, daß sie uns die Anliegen der Arbeitenden übermitteln, dabei jedoch immer die Interessen aller Schichten der breiten Volksmassen berücksichtigen... Die Gewerkschaften sind also für uns sehr wichtige Bestandteile bei der Veränderung des Bewußtseins, um ein demokratisches Obervolta zu erreichen.

B. Compaoré über die Armee:

In unseren jungen Gesellschaften spielt die militärische Institution eine noch wichtigere Rolle als in den industrialisierten Gesellschaften, unglücklicherweise in den meisten Fällen, um ausländische Interessen zu verteidigen und die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, selbst wenn sie im Gegensatz zu den wirklichen Interessen des Volkes steht. Wir glauben in Obervolta, daß „ein Soldat ohne politische Bildung ein potentieller Krimineller ist“. Indem wir den Soldaten politisch erziehen und indem wir ihm helfen, ein festes politisches Bewußtsein zu erlangen, wird er selbst imstande sein, die wirklichen Interessen des Volkes zu erkennen und wirksam zu verteidigen.

Was unterscheidet ihn andernfalls von einem gewöhnlichen Söldner im Dienste der Besitzenden?

T. Sankara über die Nichtpaktgebundenen:

Im Gegensatz zur restriktiven und einfältigen Definition der Nichtpaktgebundenheit, die der Imperialismus uns aufzwingen will, hat sie nichts zu tun mit einer arithmetischen gleichen Distanz zwischen den zwei Blöcken, die die Welt dominieren...

Wir können niemals jenen, der ein Volk unterdrückt, es ausraubt und massakriert, wenn es für seine Befreiung kämpft, auf eine Stufe stellen mit jenem, der diesem Volk in seinem Befreiungskampf uneigennützig und beharrlich hilft...

B. Compaoré über die Beziehungen zu Frankreich:

Gewiß streiten wir nicht ab, daß unsere Interessen sich manchmal von denen Frankreichs unterscheiden oder vielmehr von den Sonderinteressen einiger neokolonialer Niederlassungen... Aber es ist für uns schwer zu glauben, daß die Sozialisten soweit gehen könnten, die Aufrechterhaltung bestimmter zweifelhafter Praktiken zu verteidigen, etwa den systematischen Rückgriff auf eine Machtpolitik, um staatliche Märkte zu erhalten, das Berechnen überhöhter Preise, Einkünfte aus ungerechtfertigten Situationen, ungleiche Verträge, und, warum nicht, die politische Herrschaft über unsere Angelegenheiten...

T. Sankara über die Beziehungen zu Libyen:

Ich glaube, und habe keine Angst es zu sagen, daß Oberst Ghaddafi ein großer Staatsmann ist, der, unterstützt und getragen von seinem Volk, wichtige Dinge verwirklicht hat...

Wir sorgen uns auch um das Glück und die Entwicklung unseres Volkes. Die Erfahrungen anderer können uns beim Aufbau Obervoltas, den wir erfolgreich zu Ende zu führen gedenken, nicht gleichgültig sein, sei es auch nur, um Lehren aus ihren Erfolgen und Mißerfolgen zu ziehen. Es ist heute zu einfach, Ghaddafi zu ideologischen Zwecken als Popanz zu benutzen, um dem Fortschritt der afrikanischen Völker den Weg zu verbauen... Glaubt man den Pseudoanalytikern..., so sind die afrikanischen Völker heute unfähig, nach dem Fortschritt ... zu sterben, ohne „Agenten Ghaddafis“ zu sein...

Ich meinerseits bin der Agent von niemandem. Oder besser: Doch! Ich bin der Agent von jemandem, der Agent des voltaischen Volkes.

(Quellen: Afrique Asie, Paris, Nr. 288/31.1.1982, Nr. 293/11.4.1983, Nr. 300/18.7.1983 und Nr. 302/15.8.1983)

Obervolta-Daten



Territorium: 274.200 qkm

Bevölkerung: 6,91 Mio Einwohner (1980). Vor allem Mossi (48,4%) und andere Volta-Völker (23,7%), Mandé-Stämme (17,2%) sowie Peul, Tuareg und Nomaden (10%), ca. 1000 Europäer, meist Franzosen

Hauptstadt: Ouagadougou, 300.000 Einwohner

Religion: ca. 1/3 Moslems, 1/10 Christen, der Rest Naturreligionen
Sprache: die Amtssprache ist Französisch, Volta-Semi-Bantu-Sprachen, westsudanesische Sprachen und Ful als Umgangssprachen

Währung: CFA-Franc; 1 CFA-Franc = 0,0067 DM (Stand März 1983)

Wirtschaft und Soziales: Obervolta ist ein rückständiges Agrarland, das weitgehend von französischem Kapital beherrscht wird. Auf dem Lande sind feudale und halbfeudale Produktionsverhältnisse noch weit verbreitet.

Mit einem Bruttosozialprodukt von 210 Dollar pro Kopf gehört Obervolta zu den 25 ärmsten Ländern der Welt. 82% der Erwerbspersonen sind in der Landwirtschaft, 13% in der Industrie und 5% im Dienstleistungssektor beschäftigt.

Hauptexportprodukte sind Tierprodukte, Baumwolle und Erdnüsse. Haupthandelspartner sind Frankreich, die Elfenbeinküste und die Bundesrepublik Deutschland. Obervolta ist sowohl das Land mit der niedrigsten Lebenserwartung (39 Jahre) als auch mit der niedrigsten Alphabetenrate (5%) der Welt.

Geschichte:

11./12. Jhdt.	Entstehung der Mossi-Reiche Wagadugu, Yateŋga und Gourmantche
1896	Beginn der Eroberung durch Frankreich
1919	Bildung der Kolonie Obervolta
1946	Entstehung der voltaischen Sektion der Afrikanischen Demokratischen Sammlungsbewegung (RDA)
1958	Gewährung der inneren Autonomie
1960	Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit unter Maurice Yaméogo
1966	Machtübernahme der Armee unter Sangoulé Lamizana nach einem Generalstreik
1970	Wahlsieg der UDV-RDA
1974	Erneute Machtübernahme durch S. Lamizana
1978	Wahlsieg der UDV-RDA R. Lamizana wird zum Präsidenten gewählt
1980	Ein Militärrat unter Oberst Saye Zerbo übernimmt die Macht nach einem Generalstreik
1982	Erneuter militärischer Umsturz. Staatsoberhaupt wird Jean-Baptiste Ouédraogo, Premierminister wird Thomas Sankara
1983	Im Mai Entmachtung der linken Militärs Anfang August Machtübernahme durch einen Nationalen Revolutionsrat unter T. Sankara

1981 die CSV verboten. Ein Generalstreik, der im April 1982 von sechs Basisorganisationen der CVS ausgerufen wurde, war zwar wegen der drohenden Repression und der ablehnenden Haltung der anderen Gewerkschaften nur ein halber Erfolg, doch verstärkte er den Druck auf das Regime. 12 Hauptleute traten aus dem Rat der Voltaischen Streitkräfte zurück, und der Staatssekretär für Information, Thomas Sankara, der wiederholt die Presse zur Kritik aufgerufen hatte, gab sein Amt auf. Die drei legalen Gewerkschaften forderten außerdem am 1. Mai 1982 die Rückkehr zur

Demokratie.

Doch das Regime machte wenig Anstalten, der zunehmenden Unzufriedenheit im Volk und der Armee Rechnung zu tragen. Diesmal kamen jedoch die linken Hauptleute einem Rechtsputsch zuvor. Ermutigt durch das Beispiel des ghanaischen Hauptmanns Jerry Rawlings, hatten sie sich bereits 1980 organisiert, Kontakte zu zivilen Gruppen geknüpft und einen Staatsstreich vorbereitet.

Wie in Ghana und in anderen afrikanischen Staaten hatte auch in Obervolta ein Wandel in der Armee stattgefunden. Junge Unteroffiziere waren aufgerückt, die nicht mehr wie die höheren Ränge in der Kolonialarmee, sondern im eigenen Land ausgebildet worden waren und das Elend des Volkes, aus dem sie kamen, kennengelernt hatten.

Nach der erfolgreichen Machtübernahme am 7.11.1982 unter der Führung von T. Sankara, B. Compoaré und H. Zongo wurde ein Volkserlösungsrat (CSP) gegründet, dem 121 von den Mannschaften gewählte Mitglieder angehörten. Sie wählten J.B. Ouédraogo zum Präsidenten und T. Sankara im Januar 1983 zum Ministerpräsidenten.

Im CSP waren weiterhin rechte Kräfte vertreten, darunter der ehemalige und neue Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Gabriel Somé Yorian. Nichtsdestotrotz machte sich die neue Regierung, der auch Anhänger der LIPAD angehörten, an die Umsetzung ihres Programms, das die Einführung einer „wirklichen sozialen Gerechtigkeit“, die Garantie der „individuellen und kollektiven Freiheiten“ und die Förderung der „ökonomischen und kulturellen Entwicklung“ vorsah.⁵ Das Streikrecht wurde voll wiederhergestellt und die CSV wieder zugelassen. Korrupte Politiker und Militärs ließ man festnehmen und die Mehrheit der hohen Offiziere pensionieren.

Bald wurde jedoch deutlich, daß die linken Offiziere nicht nur eine „Moralisierung“ des öffentlichen Lebens wollten, sondern durch grundlegende Umgestaltungen und durch die Einbeziehung der Landbevölkerung eine Rückkehr zu den alten Machtverhältnissen für immer verhindern wollten. Dies rief nicht nur die inneren Nutznießer des alten Regimes auf den Plan, sondern auch einige Nachbarstaaten und Frankreich, die das Gespenst einer „roten“ oder „libyschen“ Gefahr an die Wand malten.

Während eines Obervolta-Aufenthaltes von Guy Penne, dem Afrikaberater des französischen Präsidenten F. Mitterrand, kam es deshalb am 17. Mai 1983 zu einem Rechtsputsch unter Leitung von G.S. Yorian. T. Sankara und andere linke Mitglieder der Regierung wurden verhaftet oder entlassen, der CSP aufgelöst und die Rückkehr zu einem zivilen Regime angekündigt, während J.B. Ouédraogo weiterhin Präsident blieb.

Jedoch gelang es den Putschisten nicht vollständig, die Macht zu erringen. B. Compoaré konnte sich zu seiner Eliteeinheit in Pô (165 km von der Hauptstadt) durchschlagen. Die Aufklärungsarbeit in der Armee und die Hoffnungen, die im Volk geweckt worden waren, kamen nun in einem starken Widerstandspotential zum Tragen. Zu diversen Unterstützungsdemonstrationen für das rechte Regime kamen nie mehr als 100 Menschen, während die Linken mehrmals Tausende mobilisieren konnten.

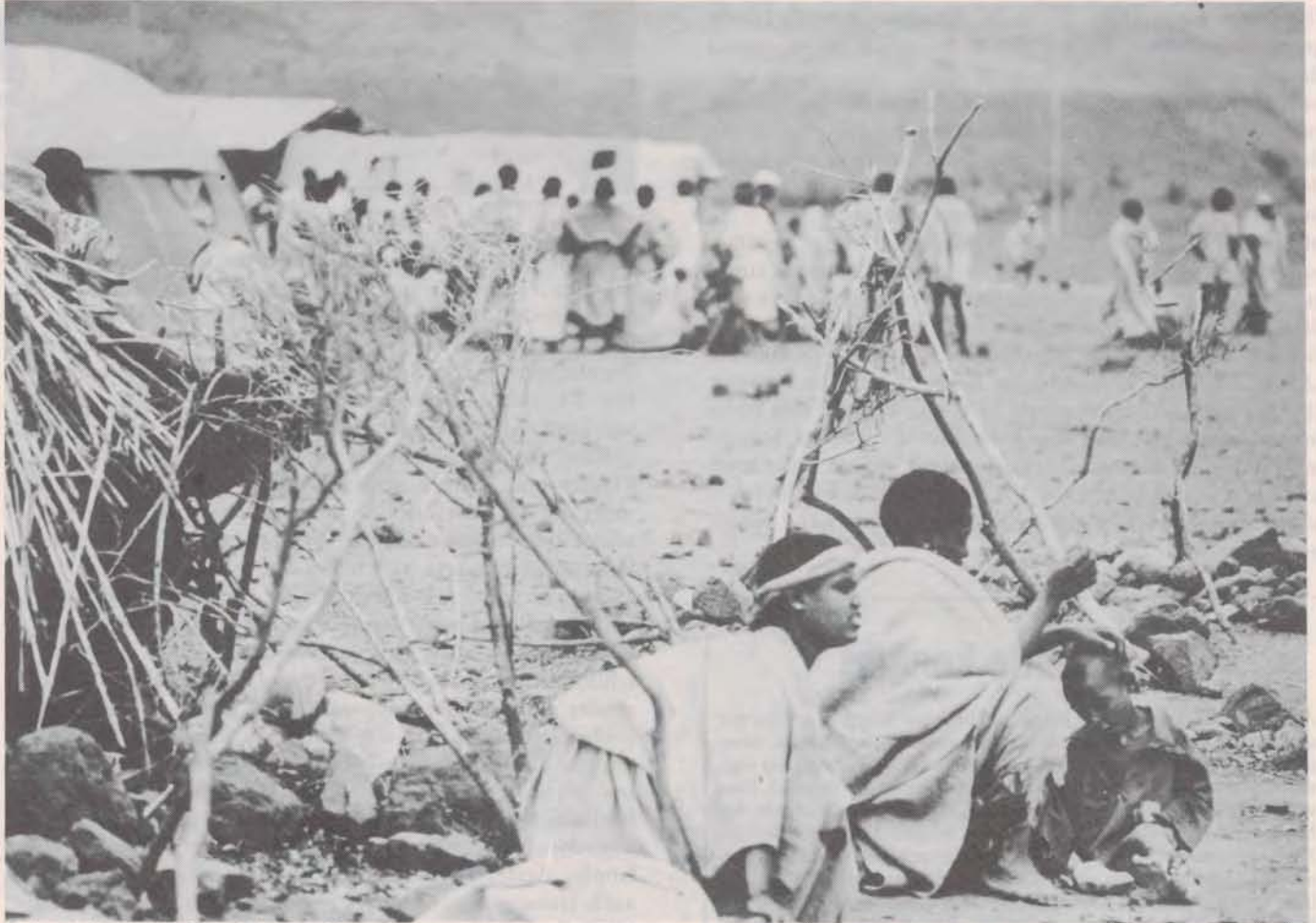
Als am 4. August d.J. die linken Hauptleute erneut zuschlugen, brach das Regime wie ein Kartenhaus zusammen.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 6.8.1983
- 2) Vgl. C. Mährdel (Hrsg.), Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd.3, Köln 1983, S.91; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.5.1983
- 3) Afrique Asie (AA), Paris, Nr. 124/13.12.1976
- 4) AA, Nr. 257/18.1.1982
- 5) Africa Research Bulletin, Political Social and Cultural Series, Exeter, Nr. 5/15.6.1983

Vene Maier/Hans-Jörg Schlechter

Die Kampagne gegen den Hunger



In einem Auffanglager für Hungerflüchtlinge in Nordäthiopien

„13 months of sunshine“: Überall im Land, in den Cafés, den Restaurants, den Bars, im Bahnhof von Addis Abeba und in der African Hall, im Rathaus von Jimma und der Hotelhalle in Gondar hängen die Plakate und versprechen dem Touristen, getreu dem äthiopischen Kalender, „13 Monate Sonnenschein“.

„13 months of sunshine“: Dieser Slogan, mit dem Touristen ins Land geholt werden sollen, wird aber zur Qual von Millionen Menschen, wenn er tatsächlich seine volle Wahrheit entfaltet. Wenn im Norden des Landes, in den Regionen Gondar, Eritrea, Tigre und Wollo, nicht wenigstens zwei Monate im Jahr Wolken den Himmel bedecken und ihr Wasser übers Land verteilen, dann verliert die Bevölkerung ihre Existenzgrundlage, die Tiere verenden, die Ernten verdorren.

Mit der Dürre kommt die Not, der Hunger, die Krankheit und Apathie. Wohl verzweifelt, aber schicksalsergeben stehen zur Zeit 5 Mio äthiopische Bauern vor dieser neuerlichen Naturkatastrophe.

Der Wind wirbelt den Staub auf, treibt ihn über die Hochfläche von Ibenat. In Rudeln drängen sich die Menschen zusammen, suchen Schutz vor den Böen und warten auf den

Regen, warten auf die nächste Lebensmittelverteilung. Ibenat ist eines der Sammellager der äthiopischen Hilfsorganisation Relief and Rehabilitation Commission (RRC) für die Dürreopfer der Region Gondar.

3,5 Mio Menschen sind von der Dürre im Norden betroffen. Seit 3 Jahren gingen die Ernteerträge zurück, bis schließlich die letzte Ernte zur Gänze ausfiel.

Das amharische Hochland im Norden ist überbevölkert, die Wälder kahlgeschoren, die Flüsse ausgetrocknet, die Erde erodiert. Im April 1983 lagerten noch 8.000 Menschen in Ibenat, bauten aus Stangen und Stroh ihre provisorischen Hütten, kaum geschützt vor Sonne und Wind. Heute befinden sich noch 1.500 Menschen im Lager.

Ibenat ist eine Versorgungsstation für Tausende von Menschen, denen die Nahrungsmittel ausgingen. Tagelang waren sie unterwegs, schleppten die halbverhungerten Kinder und Alten mit sich. In den Rot-Kreuz-Zelten wurden die Kinder aufgepäppelt, die Kranken versorgt. Adane Mamuye, der RRC-Verantwortliche für Gondar, ein ehemaliger Lehrer, klagt uns sein Leid: „Im Februar/März konnten wir gerade noch ein Massensterben verhindern. Unser Hauptproblem ist, daß wir die Menschen nicht erreichen können. Es gibt

kaum Straßen oder Wege. Wir müssen die Leute mit Eseltrucks und Flugzeugen versorgen. Die Transportkosten werden dadurch doppelt so hoch wie der Wert der Waren, die geliefert werden."

Wagayehu Sahilu, ehemaliger Staatssekretär im Gesundheitsministerium, heute Chef-Administrator und Krisenmanager in Gondar, faßt das staatliche Hilfsprogramm zusammen: „Wir müssen die Menschen bis zur nächsten Ernte durchfüttern, müssen Straßen und Brunnen bauen, aufforsten und durch Umsiedlungsprogramme den Bevölkerungsdruck von der Region nehmen."

Die letzte große Dürre hat es in Äthiopien vor 10 Jahren gegeben. Schätzungsweise 200.000 Menschen gingen damals daran zugrunde. Als das Ausmaß dieser Tragödie im Land bekannt wurde, war dies der letzte Anstoß für die Bevölkerung in Addis Abeba und den größten Städten, sich gegen das Regime des selbsternannten Abkömmlings von König Salomon und der Königin von Saba, Haile Selassie, zu erheben, und ihn samt seines Feudalclans zu stürzen.

90% Bauern gab es im feudalen Äthiopien, 93% der Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben. „Mein Vater“, erzählt uns Abraham, unser 35-jähriger bärtiger Kollege vom Serto Ader, dem Zentralorgan der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE), „hätte für seine Verdienste im Kampf gegen die Italiener (faschistische Okkupation von 1935-41; d. Red.) eine Stelle in der regionalen Verwaltung der Provinz Wollega bekommen sollen. Er hat sie nicht bekommen, weil er nicht lesen und nicht schreiben konnte. Das ist der Grund, warum ich – als einziges von 7 Kindern der Familie – schon mit 7 Jahren in die Schule gehen konnte."

Hungerhilfe konkret

Als vor nicht ganz einem Jahrzehnt bekannt wurde, daß das mit den Westmächten verbundene Kaiserregime Haile Selassies internationale Hilfssendungen in Millionenhöhe in den Taschen des eigenen Clans verschwinden ließ, war dies ein handfester Skandal. Heute – angesichts einer Dürrekatastrophe ähnlichen Ausmaßes in den Nordprovinzen Äthiopiens – kürzt die Reagan-Administration die Nahrungsmittelhilfe für das in Ungnade gefallene nordostafrikanische Land. Und kaum eine Stimme des Protestes erhebt sich.

Dabei gilt die mit dem Kampf gegen die Hungerkatastrophe befaßte Hilfs- und Wiederaufbauorganisation Relief and Rehabilitation Commission (RRC) als effektivste Hilfsorganisation in Schwarzafrika. Sie verfügt jetzt über 120 Lastwagen, hat eine Reihe von Auffanglagern errichtet und verteilt die einlaufende Hilfe direkt an die vom Hunger Betroffenen. Internationale Nothilfe kam bisher vor allem vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft (EG), der Sowjetunion und den USA. Die Größenordnungen der Krisenhilfe der beiden letztgenannten Länder beliefen sich in diesem Jahr auf 9.500 t (UdSSR) bzw. 5.500 t (USA) Reis.

Die meisten Hilfsleistungen der USA wurden bislang über die katholische Hilfsorganisation Catholic Relief Service vergeben. Deren Mittel wurden von der Reagan-Administration indessen zu Beginn des Jahres um 2-3 Mio Dollar gekürzt. „In der Vergangenheit“, so ihr äthiopischer Direktor, Reverend Thomas Fitzpatrick, „bestand die US-Politik darin, den begünstigten Ländern mehr zu geben, aber nicht darin, Nahrungsmittelhilfe in Zeiten des Hungers zu kürzen. Das ist jetzt das erste Mal, daß unser Programm aus politischen Gründen gekürzt wurde..."

Zusätzlich eingeschränkt wurde die Äthiopienhilfe dadurch, daß die EG ihre Lieferungen zwischenzeitlich aussetzte. Der Grund: Exilorganisationen hatten die Behauptung lanciert, Hilfslieferungen würden zweckentfremdet an die Sowjetunion weitergeleitet. Inzwischen ist dies jedoch u.a. vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes und vom Deutschen Caritasverband dementiert worden.

Da für den kommenden Herbst mit einer neuen Zuspitzung der Lage gerechnet wird, hat der Informationskreis Äthiopien dazu aufgerufen, die Spendenaktion des Schauspielers Karl-Heinz Böhm „Menschen für Menschen“, Konto-Nr. 700.000 bei allen Banken, Stichwort „Hungerhilfe für Äthiopien“, zu unterstützen.



Miliz in Debre Markos

Zu seiner Zeit in die Schule gehen, das hieß, täglich 3 1/2 Stunden Fußmarsch hin und 3 1/2 zurück. Später, auf der Mittelschule, 75 km entfernt von seinem Dorf, wurde es noch etwas härter: Der Vormittag war fürs Lesen reserviert, der Nachmittag zum Schlafen, die Nacht zum Arbeiten.

Nur 4 Kinder dieses Bezirkes, der insgesamt 40.000 Einwohner zählt, gingen damals in die Schule. Für alle anderen bestand das Leben nur aus Arbeit, täglich 14-16 Stunden, Frauen und Kinder eingeschlossen. Die Bauern mußten nicht nur 75% der Ernte an den Grundbesitzer abführen, sie mußten auch sonst alle Arbeiten für ihn verrichten, sein Haus reparieren, sein Vieh hüten, Waren transportieren.

„Das war eine Art Arbeitssteuer. Nicht nur wir Bauern mußten zahlen, auch unsere Familien, Frauen und Kinder, jeder mußte zahlen. Das war das Leben, das wir führten“, schildert Atenaf Seged Warku, Bauer aus Kaffa, jetzt Vorsitzender einer Service-Kooperative bei Jimma, seine Vergangenheit. „Unser Leben war düster, wir waren blind. Wir hatten nur die Bedürfnisse zu essen und uns am Leben zu halten. Wenn jemand krank wurde, war er ohne Hilfe, ohne Medizin, und er starb, wenn er nicht stark genug war. Heute können wir uns um solche Sachen kümmern, wir haben eine Klinik, Ärzte, Medikamente. Kranke werden versorgt und auch transportiert, wenn es sein muß auch in eine Spezialklinik.“

Utura Gabiba von der Bauernkooperative Wanenata in Yirgalem in Sidamo drückt sich sehr schlicht aus, um die Veränderung im Leben der Mitglieder zu beschreiben: „Wir wurden ein zweites Mal geboren: Vor der Revolution war alles weg, jetzt bleiben unsere Produkte für uns. Wir müssen weniger arbeiten und haben trotzdem mehr zum Essen. Wir arbeiten, was wir können, die Jungen mehr, die Älteren weniger, aber jeder bekommt, was er braucht.“

Das ganze Land ist auch heute noch ein reines Agrarland. Die Industrien, die errichtet werden, sind praktisch ausschließlich auf die Landwirtschaft abgestellt.

Die momentan größten Projekte sind zwei Zementfabriken, die von der Sowjetunion bzw. der DDR gebaut werden. Neben dem Straßenbau hat die Errichtung von Lagerhäusern im ganzen Land Vorrang. Noch konnte der landwirtschaftliche Ertrag landesweit zwar nicht gesteigert werden – die Abschaffung des Zehent (Naturalabgaben an den Grundherrn) wird durch den gestiegenen Eigenkonsum der Bauern fast ausgeglichen –, aber die Überschüsse aus den fruchtbaren Regionen können mangels geeigneter Lagerung und fehlender Transportmöglichkeiten trotzdem nicht in jene Gebiete gebracht werden, die unter Mangel leiden.

90% der Devisen, die Äthiopien erwirtschaftet, fließen aus



dem Export von Kaffee, Häuten, Fellen und Ölsaaten ins Land. Der Preisverfall für Kaffee frißt gestiegene Ernteerträge fast völlig auf. So exportierte Äthiopien 1978 57.800 t Kaffee im Wert von 250 Mio Dollar. 1982 wurden für eine Menge von 83.716 t sogar einige Mio Dollar weniger eingenommen. Das Außenhandelsdefizit stieg in diesem Zeitraum drastisch; es beläuft sich derzeit auf 400 Mio Dollar.

Hauptmann Kasahun ist Mitglied des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (DERG), des Zentralkomitees der COPWE und oberster Verwaltungsbeamter von Kaffa. Er erläutert uns die wirtschaftliche Generallinie: „Die einzigen Produkte, die wir auf dem Weltmarkt verkaufen können, sind landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft hat Vorrang vor dem Ausbau der Industrie. Um die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen, ermuntern und unterstützen wir die Bauern bei der Bildung von Kooperativen, errichten Staatsfarmen und schulen die Bauern im Einsatz von Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und modernen landwirtschaftlichen Methoden.“

Es ist Sonntag in Jimma, ein wolkenloser Morgen. Auf den Zuschauerbänken des Sportplatzes versammeln sich 500-600 Menschen, die meisten mit Regenschirmen in der Hand. Um 12.00 Uhr plätscht ein Regenguß nieder, eine halbe Stunde später dampft der Platz unter den Sonnenstrahlen. Seit 5 Stunden sitzen die Einwohner eines der 20 Kebeles von Jimma auf ihren Plätzen, hören das Referat über die politisch-ideologischen Notwendigkeiten und den Bericht des Kebele-Vorsitzenden.

Genosse Paulus, 30 Jahre, COPWE-Chef von Jimma und Umgebung: „Die Teilnahme ist nicht obligatorisch, aber wer kommt, findet sich weiter vorne auf den Listen, die über die Vergabe von Kindergartenplätzen, den Kauf verbilligter Lebensmittel oder die Zuteilung von Brennholz entscheiden. Worauf es ankommt, ist, daß die Leute lernen, mitzureden, zu kritisieren, zu entscheiden.“

„Die grenzenlose Vergötterung des eigenen Vorteils, die unser Land zur Armut geführt und in den Augen der Welt gedemütigt hat, wird ausgerottet. Das höchste Ziel wird deshalb von nun an das Gemeinwohl sein.“ So lautet der zweite Punkt der Deklaration, die der Militärat am 20. Dezember 1974 zur Erläuterung seiner allgemeinen politischen Grundsätze erließ.

„Opfer zu bringen, sind wir in Äthiopien ja gewöhnt. Neu ist, daß wir es jetzt für uns tun, daß wir etwas zu verteidigen haben, daß wir für unsere Zukunft kämpfen, für den Sozialismus.“ So David Yacob, COPWE-Kader in Awassa, der Hauptstadt von Sidamo, Sohn von nomadisierenden Bauern aus dem Ogaden.

Und wie kam der Sozialismus nach Äthiopien? „Durch unser Handeln: Als wir den Bauern Land gaben, sagten wir: Seht, das ist Sozialismus! Als sich die Bauern in Verbänden und Kooperativen organisierten, sagten wir: Seht, das ist Sozialismus! Jedes Ochsendgespann, jedes neue Lagerhaus, jede Servicestelle und jeder Kindergarten wird von den Menschen mit der Revolution gleichgesetzt“, sagt Genosse Liben, der ehemalige Lehrer aus Tigre, jetzt Organisationschef der COPWE in Kaffa.

„Wir arbeiten zusammen, wir leben zusammen, wir gestalten unsere Zukunft gemeinsam“, faßt Utura Gabiba die Situation in seiner Kooperative in Worte. „Wir haben vor, eine neue Ortschaft zu bauen, wo alle unter gleichen Bedingungen leben, wir unsere Schule haben, Geschäfte, Ärzte, Licht, Wasser – alles, was notwendig ist.“

Eines der herausragendsten Merkmale Äthiopiens im Jahr 1983 ist der Hunger. Aber es ist nicht nur der physische Hunger in den Dürregebieten, der zur Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Es ist ebenso der Hunger nach Wissen, nach Bildung, nach Fortschritt und Entwicklung, der das Leben in Äthiopien prägt.

Nach einer langen Nacht des Kaisers und des Feudaladels ist in Äthiopien ein neuer Morgen angeborchen. Es ist noch nicht der helle Tag, noch drücken Armut und Unterentwicklung das Land und die Leute nieder. Aber ein Anfang zur Überwindung der Rückständigkeit ist gemacht. „Wir sitzen gerade erst beim Frühstück“, meinte Abraham einmal im Gespräch, „der Sozialismus ist noch ein Stück weit weg – aber auf dieses Dinner bereiten wir uns schon langsam vor.“

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 2/1983

Die Ursachen der Verschuldung der Entwicklungsländer ● Die Außenpolitik des Internationalen Währungsfonds ● Die Umschuldungen ● Fallbeispiele (Jamaika, Zaire und Ghana) ● Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Reform des Weltwährungs- und Finanzsystems ● Glossar währungs- und finanzpolitischer Begriffe
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM

Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

Peripherie, Nr. 12/Frühjahr 1983

Fernando Mires: Chile: Die Kirche und das Volk ● Bingham Tembe: Integrationismus und Afrikanismus: Zur Geschichte schwarzer Kirchenbewegungen Südafrikas ● Alexander Schölich: Ein neues Pfingstwunder im Vorderen Orient? ● Walter Rotholz: Politisch-religiöse Bewegungen im Nahen Orient des 20. Jahrhunderts ● Irene Löffler: Hexerei, Staat und Religion

Einzelpreis 8 DM; Abo 28 bzw. 50 DM

Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

blätter des iz3w, Nr. 111/August 1983

US-Stützpunkte auf den Philippinen, Clark Air Base und Subic Naval Base ● Nachrichten und Berichte zu: Guatemala, 1 Jahr nach dem Putsch ● Nicaragua, Kampagne Rio San Juan ● OAU, Wie geeint ist Afrika? ● UNCTAD VI ● Indien – Die Chipko-Bewegung ● Palästina – Westbank und Gazastreifen, ist eine Umkehr noch möglich? ● Entwicklungspolitik der EG – Fortführung kolonialer Strukturen ● Sudan – Der Jonglei Kanal ● Frauen – Palästinensische Frauen, der alltägliche Kampf ● BUKO – Bericht vom 7. Bundeskongreß in Hannover ● Indianer – Hopi Indianer versuchen in der Öffentlichkeit Gehör zu finden ● Pestizide – Pflanzenschutzmittel ohne Grenzen

Einzelpreis 5 DM; Abo 30 bzw. 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.B.

ila-info, Nr. 68/Juli-August 1983

Schwerpunktthema: UNCTAD: Resolutionen, die den Weltmarkt verändern? (Die Versuche der Dritten Welt, Einfluß in die internationale Wirtschaft zu üben) ● Berichte und Hintergründe: 10 Thesen der Landesarbeitsgemeinschaft „Dritte Welt“ der GRÜNEN NRW zur Weltwirtschaftsordnung ● Ein Fließband um die ganze Welt (Arbeitsleben der Frauen in der Elektroindustrie) ● Sklaven bei VW? (skandalöse Arbeitsbedingungen auf einer VW-eigenen Rinderfarm) ● Panama in der Nach-Torrijos-Ära ● Landbesetzungen in Mexiko ● Nicaragua: Maßnahmen gegen Kapitalflucht, „neue Phase“ der Agrarreform, neues Wohnungsgesetz ● El Salvador: „Wahlen müssen Teil einer Verhandlungslösung sein.“ ● Ländernachrichten zu Chile, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien ● Solidaritätsbewegung: Der Salvador-Deal – wie Hamburg den Völkermord finanziert ● Der Fall der Deutsch-Honduranerin Inés Murillo Schwaderer: Ein Prüfstein für das Bonner Auswärtige Amt

Einzelpreis 2,50; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 117/Juli 1983

BRD: Eine Zeitung ist keine Bombe ● CHILE: Regierungsänderung? Regierungswechsel? ● „Für Chiles Freiheit“ ● Solidarität mit Gewerkschaften ● Rückblick: Chile vor 10 Jahren ● ARGENTINIEN: Kinder: Opfer der Diktatur ● Waffengeschäfte ● EL SALVADOR: Politische Unklarheit und wenig Information ● „Wiederbevölkerung“ befreiter Gebiete ● Interview mit María vom Frauenbataillon Silvia ● Der Salvador-Deal ● El Salvador-Solidarität: Von der Debatte über das Ende der Moral zum Ende der Debatte ● HINTERGRUND: Die Internationale Verschuldung ● SOLIDARITÄT: Latinamerika auf dem Kirchentag ● Spendenaufruf Kolumbien ● Es ist an der Zeit! – BUKO-Aufruf ● Grüne gegen Entwicklungshilfe an El Salvador ● Offener Brief an den Präsidenten der USA ● Solidarität mit Nicaragua ● Medien des Widerstands

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 40 bzw. 65 DM

Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Andreas Krajczek

„Freie Wahlen“ der Evren-Junta

Gewerkschaften wird unter Androhung empfindlicher Strafen jedwede politische Tätigkeit untersagt, Streiks sind faktisch verboten, hunderte Gewerkschafter müssen sich vor Gericht verantworten; Parteifunktionäre werden mit Haftstrafen belegt, gegen Oppositionelle sollen mehr als 15.800 Anklageschriften vorliegen, etwa 3.000 mal will die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragen; Generäle verbieten Zeitungen und vertreiben Universitätsprofessoren aus ihren Ämtern.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Alltagserscheinungen einer faschistischen Diktatur? Nicht ganz: Die regierende Militärjunta in der Türkei bereitet für den 6. November 1983 „freie Wahlen“ vor.

Nach der neuen türkischen Verfassung (siehe AIB 1/1983, S. 42-44) und einem repressiven Gewerkschaftsgesetz, das am

6. Mai d.J. in Kraft trat, ist das am 24. April 1983 verabschiedete Parteiengesetz ein weiterer Stützpfiler im Machtgebäude der Junta.

„Von diesem Tage an sind die Bürger berechtigt, politische Parteien ihrer Wahl zu gründen, in diese einzutreten und politische Aktivitäten zu entfalten“, heißt es in einem von der Junta (Nationaler Sicherheitsrat) veröffentlichten Kommuniqué zum Parteiengesetz.

Kritik an der Junta ist tabu

Zu den Bürgern zählen nicht: Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes, Universitätsbedienstete, Studenten, Angehörige der Streitkräfte, Justizangehörige und 723 Personen, die auf einer „schwarzen Liste“ stehen. 242 von ihnen, darunter die früheren Ministerpräsidenten Süleiman Demirel und Bülent Ecevit, sind für 10 Jahre von jeglicher politischen Betätigung ausgeschlossen. 481 ehemalige Abgeordnete und Senatoren können in den nächsten 5 Jahren lediglich eine untergeordnete Stellung in den Parteien wahrnehmen, die Gründung von Parteien und das Mitwirken in einer Parteiführung ist ihnen untersagt.

Die Tätigkeit der Parteien selber ist einer langen Liste von Beschränkungen unterworfen: Das Parteiengesetz verbietet die Gründung und Unterhaltung von Jugend- und Frauenorganisationen, um von vornherein Vereinigungen eines möglicherweise gesellschaftsverändernden Potentials auszuschließen. Der Militärputsch von 1980 sowie die Politik der Militärjunta in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dürfen grundsätzlich nicht kritisiert werden.

Parteien, die sich als kommunistisch, faschistisch, nationalsozialistisch oder islamisch-fundamentalistisch bezeichnen bzw. eine dementsprechende Politik betreiben wollen, sind ausdrücklich verboten. Die Parteien dürfen ausschließlich die türkische Sprache verwenden, ihre Zielsetzungen dürfen der „Einheit der Nation“ nicht entgegenstehen. Der kurdischen Bevölkerung ist es demnach weiterhin nicht möglich, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren bzw. politisch zu vertreten.

30 Unterschriften müssen unter einem Parteigründungsantrag stehen. Personen, die der Junta nicht genehm sind, können von der Liste gestrichen werden. So streichen die Generäle munter darauf los: beispielsweise 21 Namen von der Gründungsliste der Sozialen Demokratischen Partei (SODEP) und 13 Namen aus der von den restlichen Gründungsmitgliedern vorgelegten neuen Liste; 38 Namen von der Gründungsliste der Wiedergeburtspartei (YDP) und 30 von 34 Namen der stockkonservativen Partei des Rechten Weges (DYP).

Weitere Streichungen sind an der Tagesordnung, zumindest bis zum 24. August d.J.; denn dieser Tag gilt in der Türkei als Stichtag für Parteigründungen. Bis zu diesem Termin müssen die Parteiorganisationen in mindestens 34 der 67 türkischen Provinzen vertreten sein, um an den Parlamentswahlen im November 1983 teilnehmen zu können. Ein



Türkischer Alltag 1983: Das Militär ist überall präsent

2V 7426 E

AIB

Sonderheft 2/1983

2,- DM



CHILE:
Pinochet am Ende?

Inhalt

Vorbemerkung	18
<i>Katja Maurer</i>	
Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria	19
Chile-Daten	20
Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT	21
<i>Sichtweisen der chilenischen Linken</i>	
A. Sule, C. Almeyda, G. Diaz, L. Corvalan, O. Garreton, H. Cuevas	24
<i>Interview mit M. Navarrete</i>	
Das Verschwundenen- problem ist nicht passé	31
<i>Gerhard Stuby</i>	
Das Symbol Chile und wir	32
Das Verhältnis BRD-Chile	34
<i>Heinz Oskar Vetter</i>	
Das Lehrstück Chile	36
Abschlußerklärung des Kongresses „Für Chiles Freiheit!“	38
Internationales Ferienlager Salvador Allende	39
Anklage wegen Chile-U-Booten	39
Aktions- und Materialspiegel	40



11. September 1973: Präsident Allende (l.) und die Verteidiger der Moneda

„Die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten...“ Diese Prophezeiung des gewählten Präsidenten Salvador Allende, die er unmittelbar vor seiner Ermordung in seiner letzten Botschaft am 11. September 1973 von dem Regierungssitz La Moneda aus an das chilenische Volk richtete, scheint sich in diesen Tagen zu bewahrheiten.

In vier Nationalen Protesttagen vom Mai bis August d.J. präsentierte sich der chilenische Widerstand als eine neue Massenbewegung, die mit ihrer Kampfbereitschaft und dem gemeinsamen Eintreten für den Sturz der Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet die Machtfrage gestellt hat. Sie trieb die Krise des Pinochet-Regimes, die wesentlich durch den wirtschaftlichen Niedergang und die Verarmung breiter Bevölkerungskreise (rund 1/3 der Erwerbsfähigen sind arbeitslos) verursacht wurde, auf die Spitze. Die Zucht der Diktatur zu verschärften Unterdrückungspraktiken, so zuletzt die Ermordung von 27 Demonstranten am 11. August d.J. scheint diese breite Protestbewegung nicht aufhalten zu können. Dies und Pinochets weitgehende Isolierung im Volk weckt Hoffnungen für ein neues, ein demokratisches Chile.

Wir haben an anderer Stelle bereits die wirtschaftlich-sozialen Ursachen der aktuellen Krise des Regimes und der Stärke der Protestbewegung aufgezeigt sowie den Neuformierungsprozeß der Oppositionskräfte bis zum Mai d.J. nachgezeichnet (siehe AIB 7-8/1983, S. 56-59). In diesem Sondermaterial wird die Entwicklung von Krise und Volkswiderstand fortgeschrieben, kommen die Repräsentanten der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, der Linksopposition und der Vereinigung der Angehörigen Verschwundener zu Wort. In weiteren Beiträgen wird die Verantwortung der USA und der Bundesrepublik für den Fortbestand der Pinochet-Diktatur benannt, werden die Anliegen der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung vorgestellt. Der Münsteraner Kongreß „Für Chiles Freiheit!“ vom 24.-26. Juni d.J., zu dem sich zahlreiche Führungspersonlichkeiten der chilenischen Linken und rund 1.500 Teilnehmer aus der Bundesrepublik einfanden, und das Kieler Sommerlager Salvador Allende vom Juli d.J., gaben ihr neue Impulse.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulf

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: G. Diederichs, I. Flach, P. Garcia, P. Grund, D. Jordan, V. Klose, M. Kolter, F. Makubi-Kidza, K. Maurer, U. Rupp, L. Schmitz, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 12. August 1983

Anzeigen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag

Titelseite: Boris Eichin



Straßenkampf in Santiago: Demonstranten setzen sich gegen Armee- und Polizeieinheiten mit Steinen zur Wehr

Katja Maurer

Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria

Würden Journalisten nicht nur den Sportler des Jahres sondern auch den einsamsten Diktator des Jahres wählen, so hätte Chiles Staatstyrann Augusto Pinochet echte Chancen in diesem Rennen.

Scheinbar treu ergebene Anhänger wechseln mit rasanter Geschwindigkeit ins andere Lager. Der Appell Pinochets im Mai dieses Jahres, eine zivil-militärische Bewegung zu seiner Unterstützung zu gründen, fand zunächst kein Echo.

Es dauerte bis Anfang August d.J., bis rechte Exponenten der Nationalpartei die regierungsoffizielle Konstitutionelle Front aus der Taufe hoben. Sie bekennen sich damit zur 1980 vom Pinochet-Regime verankerten Präsidentialverfassung, derzufolge der Diktator bis 1989 im Amt zu bleiben hat.

Offensichtlich haben auch Teile der Herrschenden den Glauben an die Überlebenschancen des Regimes verloren. Da will man sich nicht noch kurz vor dem drohenden Ende die Finger schmutzig machen.

Dafür spricht auch die Wahl Rafael Retamals zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes im Mai 1983. Retamal hatte im Verlauf der letzten Jahre des öfteren Stellung gegen die Pinochet-Diktatur bezogen, so im Jahre 1976, als er die Aufhebung des Ausnahmezustandes forderte.

Schwächezeichen des Pinochet-Regimes

Unter seinem Vorsitz fällt jetzt der Oberste Gerichtshof die Entscheidung, daß friedliche Demonstrationen in Chile erlaubt seien. Er sanktionierte damit im Nachhinein die Freilassung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Kupferarbeiter (CTC) und des Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT), Rodolfo Seguel, und dreier führender Christdemokraten, darunter deren Vorsitzender Gabriel Valdes.

Die Furcht selbst im Umkreis des Regimes, nach einem eventuellen Ende der Diktatur für die begangenen Verbre-

Chile-Daten

Territorium: 756.626 qkm (dreifache Fläche der Bundesrepublik)
Bevölkerung: 11,58 Mio; 70% Mestizen, 25% Weiße, 3% Indianer
Hauptstadt: Santiago (4,5 Mio Einwohner)
Amtssprache: Spanisch
Religion: 89% Katholiken; 6% Protestanten
Währung: Peso (1 Peso = 100 Centavos); 1 DM = 31,2 Pesos
 (Stand: März 1983)

Staatsform: Republik, seit dem Putsch General Pinochets am 11. September 1973 von einer Militärjunta regiert. Die im März 1981 in Kraft getretene neue Verfassung lehnt sich an die Präsidialverfassung Frankreichs an und enthält weitgehende Vollmachten für den Präsidenten. Bis 1989 soll General Pinochet indessen mit Hilfe des Ausnahmezustandes weiterregieren. Die demokratischen Rechte bleiben aufgehoben, die oppositionellen demokratischen Parteien verboten.

Wirtschaft/Soziales: Chile ist ein kapitalistisches Industrie-Agrarland mit entwickeltem Bergbau und aufgeblähtem Dienstleistungssektor. Hier arbeiten nahezu 50% der Beschäftigten, gegenüber 25% in Bergbau und Industrie und 20% in der Landwirtschaft.

1982 geriet das wirtschaftliche „Modell“ Chiles in eine offene Krise: Stieg das Bruttosozialprodukt (1970 = 100) von 96,0 im Jahr 1978 auf 111,9 im Jahr 1981, so lag es 1982 nur noch bei 99. Der Index der Industrieproduktion (1968 = 100) stieg von 100,8 im Jahr 1978 auf 115,0 im Jahr 1981, um 1982 auf 95,0 zu fallen. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Bereiche Konsumgüterproduktion mit - 39,3% und Transportmaterial mit - 25,5%. Der Index der Reallöhne (1970 = 100) lag 1978 bei 76,0, stieg bis 1981 auf gerade 97,3 und fiel 1982 auf 81,7 zurück. Am stärksten fielen die Löhne in der Industrie mit - 17% und im Bergbau mit - 16%. Die Inflation liegt in Chile offiziell bei 15,5% (Oktober 1982). Am schnellsten stiegen die Preise für Importgüter (30,8%), nationale Erzeugnisse (27,9%), Nahrungsmittel (16,1%) und Wohnungen (12,4%).

Die Arbeitslosigkeit liegt im Großraum Santiago bei 25,2% (August/Oktober 1982). Nach Sektoren ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit 63,3% am höchsten. Es folgen die Industrie mit 32% und der Transportsektor mit 17,8%.

Außenwirtschaftliche Beziehungen: Die wichtigsten Handelspartner Chiles sind die USA, die BRD und Japan. Hauptausfuhrgüter Chiles waren im 1. Halbjahr 1982: Kupfer (862 Mio), landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel (403 Mio) sowie Industriegüter (558 Mio).

Chile hat sich dem Weltmarkt nahezu vollständig geöffnet. Aufgrund der niedrigsten Einfuhrzölle der Welt ist die einheimische mittelständische Industrie kaum noch konkurrenzfähig. Kontrolliert wird die Wirtschaft von nur sieben Finanzgruppen.

Die Abhängigkeit Chiles von ausländischen Banken ist nahezu perfekt. Insgesamt steht Chile mit über 20 Mrd Dollar in der Kreide (das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Dollar). Erst im Juli 1983 wurde das letzte Kredit- und Umschuldungsprogramm in Höhe von 1,3 Mrd Dollar in den USA unterzeichnet.

Geschichte:

- 1540-1544 Eroberung durch die Spanier
- 1818 Chile wird unabhängig
- 1879-1883 Salpeterkrieg gegen Bolivien und Peru; Chile erringt ein Weltmonopol für Salpeter
- 1938 Sieg der Volksfront bei den Präsidentschaftswahlen
- 1969 Gründung der Unidad Popular (UP-Volkseinheit)
- 1970 Wahlsieg der UP unter Salvador Allende
- 1971 Nationalisierung des Kupferbergbaus
- 1973 Putsch General Pinochets mit Unterstützung des CIA; Ermordung Salvador Allendes
- 1977 (Juni) Erster Hungerstreik von Angehörigen verschwundener politischer Gefangener
- 1978 Verbot von sieben Gewerkschaftskonföderationen und aller im privaten Bereich tätigen Gewerkschaftsvorstände. Bei Neuwahlen zu den Gewerkschaftsgremien, die die Junta anordnete, kann die Opposition allerdings 85% ihrer Kandidaten durchbringen
- 1981 Inkrafttreten der neuen Verfassung
- 1982/83 Anwachsen der Streikbewegung



Militäraufmarsch nahe der Kupfermine in El Teniente

chen zur Verantwortung gezogen zu werden, greift um sich. Zwar sagen Kenner der Szene, daß Pinochet noch immer über eine feste Unterstützung innerhalb der Armee verfüge und die Kritiker aus der Marine und der Luftwaffe noch unterlegen seien¹, doch auch hier sind erste Anzeichen offensichtlicher Meinungsverschiedenheiten sichtbar. So wurde der Militärkommandant von Santiago, General Hector Orozco, angeblich deswegen seines Postens enthoben, weil er sich weigerte, am 14. Juni 1983, dem zweiten Nationalen Protesttag, mit seinen Truppen gegen Demonstranten vorzugehen.

Sicherster Indikator für die zunehmende Schwäche des Regimes aber ist die Reaktion der Regierung in Washington. Sie hat zwar Pinochet keineswegs die Unterstützung entzogen, aber auch sie sieht sich gezwungen, sich mit eigenen Trümpfen in die Auseinandersetzung einzuschalten.

Das Pinochet-Regime genießt einerseits eine Vorzugsbehandlung aus Washington, vor allem seit die Regierung Reagan an der Macht ist. Allein in diesem Jahr erhielt es vom Internationalen Währungsfonds (IMF), der entscheidend von US-Banken beeinflusst wird, über 1 Mrd Dollar und einen weiteren Kredit von 1,3 Mrd Dollar durch ein Internationales Bankenkartell, um seine Devisenreserven wieder auf die vom IMF geforderte Höhe zu bringen sowie die fälligen Zinsen für die über 20 MRD Dollar hohe Auslandsschuld zu bezahlen.

Andererseits aber sah sich das Weiße Haus mehrmals genötigt, vorsichtige Kritik am Pinochet-Regime zu üben. Der US-Botschafter in Santiago, James Theberge, betonte denn auch angesichts der Protestwelle in Chile, daß sein Land „die Wiedererrichtung einer vollkommenen und stabilen Demokratie in Chile unterstützt“.

„Wir sind davon überzeugt, daß die Demokratie das Regierungssystem ist, daß die große Mehrheit der Chilenen wünscht und das die US-Interessen in der Region am besten befriedigt.“ Aber: „Natürlich respektieren wir die Prinzipien der Nichteinmischung und wir glauben, daß es in der Verantwortlichkeit der Chilenen und der chilenischen Regierung liegt, zu entscheiden, wann und wie eine solche Regierung ohne äußere Einmischung entstehen soll.“²

Zweifellos hat die Regierung der USA keinerlei Interesse am vorzeitigen Ende des Pinochet-Regimes. Unter Federführung des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger, der heute als Vorsitzender der Reagan'schen Sonderkommission zu Mittelamerika fungiert, und der US-Monopole, die von der demokratisch gewählten Regierung Allende des Landes verwiesen wurden, wurde die Diktatur installiert. Durch die US-Unterstützung wurde ihr Machterhalt bis heute gesichert.

Das war nicht nur Pinochet nützlich, konnten doch die US-Monopole durch die Wirtschaftspolitik der Diktatur das Land bis zum Letzten ausbluten. Die Forderung auch rechter Oppositioneller in Chile nach Änderung der Wirtschaftspolitik zur Rettung der nationalen Industrie, also nach einer Einschränkung der Macht der ausländischen Monopole, steht damit den US-Interessen im Wege.

Auch ein zweiter wichtiger Aspekt dürfte die US-Regierung davon abhalten, Pinochet ohne weiteres fallenzulassen. Seit dem Machtantritt der Reagan-Administration hat sich die Diktatur in Chile angesichts des immer schlechteren Verhältnisses Washingtons zu anderen lateinamerikanischen Regierungen als wichtiger Bündnispartner in Sachen US-Interventionpolitik in Mittelamerika erwiesen.

Während des Malwinen-Krieges 1982 stand die Diktatur als einziges Regime Lateinamerikas offen auf Seiten der USA und Großbritanniens. Gleichzeitig ist das chilenische Regime neben Südafrika das einzige im Süden Lateinamerikas, das bereit ist, den Bestrebungen der USA, einen Südatlantikpakt zu gründen, nachzugeben. Ein schnell vollzogener Machtwechsel, so rechnet man in Washington, birgt aber – egal wie – die Gefahr in sich, daß eine neue Regierung zu einer solchen Politik auf Distanz gehen wird.

Reagans Hoffnungen auf eine „apertura“

Die Hoffnungen der USA richten sich offensichtlich darauf, daß man das Regime zu einer „apertura“, zu einer Öffnung, bewegen kann, die aber den Machterhalt vorerst noch sichert, etwa in Anlehnung an das brasilianische Modell.

In diesem Sinne sind wohl die Gespräche verlaufen, die US-Botschafter Theberge mit den Vertretern chilenischer Berufsverbände während des Streikes der Transportunternehmer Ende Juni d.J. geführt hat. Erfolgreich, wie man sieht, denn die Transportunternehmer verließen sehr schnell ihre ursprünglichen Forderungen nach sofortiger Rückkehr zur Demokratie und Freilassung aller inhaftierter Gewerkschafter. Sie gaben sich mit der Zusage des Regimes zufrieden, man werde einen Teil ihrer Schulden übernehmen.

Auf den Druck aus Washington dürften auch einige Maßnahmen des Regimes zurückgehen, wie etwa die differenzierte Haltung gegenüber der Opposition. Während linke Gewerkschafter, die vor und während der Protesttage verhaftet wurden, vom chilenischen Geheimdienst verschleppt, gefoltert und anschließend für mehrere Monate verbannt wurden, dürfen Christdemokraten und dem rechten Flügel zuzurechnende Oppositionspolitiker bis jetzt noch mit „freundlicherer“ Behandlung rechnen. Die drei christdemokratischen Führer, die vor kurzem verhaftet worden waren, wurden lediglich 5 Tage in einem öffentlichen Gefängnis festgehalten, wo sie einem gewissen Schutz durch die öffentliche Kontrolle unterlagen.



Reagan zu Pinochet: „Bestimmt sind die Töpfe sowjetischer Fabrikation“

Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT



Gewerkschaftsführer Seguel (l.), im Juli d. J. Streikempfang; streikende Kupferarbeiter in El Teniente

Am 10. Juni d.J. wurde in Santiago die Gründungserklärung des Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT) veröffentlicht. Die CNT ist das bislang breiteste Bündnis, zu dem sich die größten Gewerkschaftsverbände Chiles zusammenfanden. Die Erklärung enthält die gemeinsamen Kernforderungen des Gewerkschaftsverbandes der Kupferarbeiter (CTC), der Nationalen Gewerkschafts-Koordination (CNS), der Demokratischen Arbeiterunion (UDT), des Verbandes der Privatangestellten Chiles (CEPCH) und der Einheitsfront der Arbeiter (FUT), deren Führungsorgane das Dokument alle unterzeichneten.

Wir geben den chilenischen Arbeitern und dem Land bekannt, daß heute, am 21. Mai, alle Gewerkschaftsgruppen des Landes übereingekommen sind, ihr Vorgehen zu vereinheitlichen, und sie das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT) gebildet haben, dessen Hauptziel die Wiederherstellung der Demokratie in unserem Land und die freie Ausübung der Gewerkschafts- und Bürgerrechte ist. Dieses Kommando wird aus Gewerkschaftsorganisationen gebildet, die alle gesellschaftlichen und produktiven Bereiche des Landes abdecken. Auch werden wir einen engen Kontakt mit allen lebendigen Kräften des Landes aufrecht erhalten.

Die landesweite Protestaktion am 11. Mai ließ die tiefgehende Unzufriedenheit im Lande über die schlimme wirtschaftliche, gesellschaftliche, moralische und politische Krise offenkundig werden, unter der Chile leidet. Sämtliche Bereiche der Nation protestierten. Die Regierung will jedoch die von ihr gemachten Fehler nicht zugeben und besteht auf dem schon zur Gewohnheit gewordenen Vorgehen der Disqualifizierung durch ihren enormen Publikationsapparat. Wenn die Situation eine ernsthafte und objektive Analyse erforderlich macht, greift das Regime, anstatt diese anzustellen, zu Drohungen, zur Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiter und Bewohner der Armenviertel.

Dem geben sich auch einige Gewerkschaftsführer hin, um Sanktionen gegen Arbeiter und Gewerkschafter zu fordern, wodurch sie zu unseren zähen Henkern werden. Sie werden sogar zur internationalen Arbeiterorganisation geschickt, ohne irgendeine Repräsentation unter den chilenischen Arbeitern zu haben.

Mit seiner Entstehung solidarisiert sich dieses Kommando mit allen verhafteten, verbannten und exilierten Arbeitern und Bewohnern von Armensiedlungen sowie mit den Vorsitzenden und den Führern der Basis der CTC, die vor Gericht gestellt werden, weil sie die Rechte ihrer Mitglieder verteidigt haben. Wir solidarisieren uns mit Radio Cooperativa und mit allen Massenmedien, die von der Regierung zensiert werden. Die Regierung muß verstehen, daß uns die Arbeitslage und die gesellschaftliche Wirklichkeit dazu drängen, zu protestieren und das, was zu unserem Schaden ist, anzuklagen.

Dieses Kommando repräsentiert fast zu 100% die Meinung der organisierten Arbeiter des Landes. Wir glauben auch, die Meinung aller Arbeitslosen in Chile zu vertreten, die Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik sind, die den Ruin der Industrie und der Produktivität der Nation hervorgerufen hat.

Wir rufen alle nichtorganisierten chilenischen Arbeiter auf, sich enger um dieses Kommando zusammenzuschließen, das für ihre Interessen kämpfen wird.

In dieses Bild paßt auch die Ankündigung Pinochets, man werde durch eine Sonderkommission, in der auch bestimmte Oppositionspolitiker mitarbeiten sollen, die Zulassung von nichtmarxistischen Parteien prüfen lassen.

Die hektische Eile mit der jetzt die „apertura“ zumindest angekündigt wird, macht deutlich, wie ernst man in Kreisen des Regimes die Protestbewegung nimmt. Die Furcht, diese Bewegung könnte sich im gleichen Tempo wie bisher radikalisieren, ist groß. Die bisher durchgeführten Nationalen Protesttage haben das Regime das Fürchten gelehrt. Sie sind der Beweis, daß „viele Chilenen nicht länger das repressive Regime von General Augusto Pinochet Ugarte ertragen können“³.

Sichtbar wurde dies vor allem am 12. Juli d.J., dem dritten



Conception: Arbeitslose holen Kohlenstaub aus der Brandung

Nationalen Protesttag. Während die Massenmedien geradezu ein „Bombardement von Sendungen über die kommunistische Gefahr und die fehlende Achtung der Menschenrechte in Polen“⁴ veranstalteten, hallten Chiles Städte trotz Ausgangssperre und Pressezensur wider, von dem Lärm der Autohupen und Kochtöpfe.

In Herminde de La Victoria wie in den anderen Arbeitervierteln der großen Städte, in vielen Universitäten wurden Demonstrationen während der Ausgangssperre durchgeführt, Barrikaden errichtet, Molotow-Cocktails gegen die einrückenden Polizeikräfte geworfen. Augenzeugen berichten, daß in Arbeitervierteln Santiagos lange vor dem Einrücken der Polizei Barrikaden errichtet wurden, so daß es ihr nicht gelang, in die Viertel vorzudringen.

Daß es der Diktatur trotz der angekündigten und durchgeführten Repression – zwei junge Frauen wurden ermordet, mehrere Menschen verletzt und 2.000 verhaftet –, nicht gelungen ist, den Nationalen Protesttag auf ein Minimum zu beschränken, bedeutete für das Regime eine schwere Niederlage.

Am vierten Nationalen Protesttag, dem 11. August d.J., hat sich der Stärkezuwachs des Massenwiderstands bestätigt. Das Aufgebot von 18.000 Armee- und Polizeikräften allein



Verhaftete Gewerkschafter

in Santiago und deren verschärfter Gewalteininsatz, der nach ersten Meldungen 10 Tote, über 30 Verletzte und 500 Verhaftete in der Hauptstadt forderte, zeigt zugleich, daß das Pinochet-Regime sich des Ernstes seiner Lage bewußt ist. Besondere Unruhe hat vor allem die Tatsache ausgelöst, daß die Losung der Kommunistischen Partei (PCC), sich mit den verschiedensten Mitteln gegen diese Diktatur zur Wehr zu setzen, auf immer größeren Widerhall in der Arbeiterbewegung stößt.

Trotz einer differenzierten Linie gegenüber der Opposition ist es dem Regime auch nicht gelungen, die sich formierende Einheit der Gewerkschaftsbewegung wieder zu spalten. Das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT, gegründet im Mai 1983) repräsentiert die gesamte politische Breite der chilenischen Arbeiterbewegung (siehe nebenstehende CNT-Gründungserklärung). Daß das CNT an der Spitze der Protestbewegung steht – von ihm gingen die Aufrufe zu den Nationalen Protesttagen aus – und seine Einheit eine Garantie dafür ist, daß die Forderungen der chilenischen Bevölkerung zum Tragen kommen, bedeutet für das Regime nicht nur, daß ihm ein Strich durch die Rechnung der allmählichen Öffnung gemacht wird.

Der Sturz der Diktatur ist das einigende Ziel der gesamten Opposition. Von einer Einheit aller antidiktatorischen Kräfte kann trotzdem nicht die Rede sein. Offensichtlich wird jetzt darum gerungen, wer als die stärkere Kraft aus dem Kampf hervorgeht.

Ringens um die Spitze der Protestbewegung

Nur so sind die Worte des Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei (PDC), Gabriel Valdes, zu verstehen, daß Chile heute einem Vulkan gleiche: „Bis jetzt ist dieser Vulkan noch nicht ausgebrochen, aber er brodelt bereits. Wer das nicht hört, ist taub, und wer das nicht sieht, ist blind. Die Bevölkerung zeigt ihre Ablehnung. In kurzer Zeit könnte sie dies in gewalttätiger Form tun. Wir haben bereits seit einiger Zeit gesagt, daß man zur rechten Zeit Veränderungen vornehmen muß, sonst werden sie erzwungen.“⁵

Ähnlich warnte auch der dem rechten Flügel angehörende christdemokratische Präsident des Oppositionsbündnisses PRODEN (Projekt der Nationalen Entwicklung, gegründet Ende 1982), Jorge Lavanderos, davor, falls nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen würden, die Lage in Chile „explodieren und unweigerlich ein anderes Nikaragua hervorrufen wird“⁶

In diesem Zusammenhang sind auch die verstärkten Bemühungen der Christdemokraten zu verstehen, sich an die Spitze der Oppositionsbewegung zu stellen. Dabei setzt die



Demonstration gegen den Mord an P. Yanez am 14. 6. 1983

PDC auf eine Einigung mit Teilen der rechten Nationalen Partei und Teilen der Linken, unter Ausschluß der Kommunisten und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR).

Durch die Schaffung der Bündnisse PRODEN, in dem sich vor allem die Rechte sammelt, und „Demokratisches Manifest“, von der Presse als Multipartidaria (gegründet im März 1983) bezeichnet, in der auch Vertreter der Radikalen Partei und der Sozialisten mitmachen, sind sie diesem Ziel nähergekommen.⁷ Zwar hat die Radikale Partei die Aufnahme der Kommunisten in das „Demokratische Manifest“ gefordert. Dies jedoch scheiterte bisher am Widerstand der PDC.

Zwei Alternativen der Opposition

Am 3. August d.J. forderte der sozialdemokratische PRODEN-Generalsekretär Diego Portales in Santiago erstmals offen den Rücktritt des Präsidenten Pinochet. Am 6. August d.J. gab PDC-Präsident Gabriel Valdes die Konstituierung einer Demokratischen Allianz bekannt, die in etwa das Spektrum der Multipartidaria umfaßt und gleichfalls den Abtritt des Diktators verlangt.

G. Valdes wies auf einem Meeting in Santiago das „Dialog“-Angebot und die Einladung Pinochets an gemäßigte Oppositionsführer, sie könnten sich an einem von ihm eingesetzten Staatsrat beteiligen, zurück. Stattdessen fordert die Demokratische Allianz Pinochets Ablösung durch eine von ihr getragene provisorische Übergangsregierung, die für 18 Monate die Staatsgeschäfte in die Hand nehmen und eine Volksabstimmung für eine Nationalversammlung vorbereiten soll. Diese hätte eine neue, demokratische Verfassung zu erarbei-

ten. Danach könnten allgemeine Wahlen über die Zukunft Chiles entscheiden.⁸

Nach außen hin scheint die Situation der chilenischen Opposition weiterhin verworren. Im Grunde aber gibt es unter den gegenwärtigen Bedingungen „zwei Alternativen“, schreibt Principios, das im Untergrund erscheinende theoretische Organ der Kommunisten: „eine volksdemokratische und eine bürgerlich-demokratische“.

Während die erste Alternative vor allem durch die Christdemokratie und ihre Bündnispartner der Nationalen Partei und deren Abspaltungen repräsentiert wird, stehen für die andere Alternative die PCC, die MIR, Teile der Radikalen Partei und die Sozialistische Partei unter ihrem Vorsitzenden Clodomiro Almeyda.

Die „erste“ Alternative, so schreibt Principios weiter, „kann keine Lösung für die schweren Probleme des Volkes darstellen. Sie wird nicht in der Lage sein, die materielle und institutionelle Basis des Faschismus tiefgreifend zu beseitigen und die demokratischen ökonomischen und politischen Forderungen des Volkes zu beantworten. Eine Alternative dieses Typs wäre eine Versöhnung zwischen der bürgerlichen Demokratie mit dem Finanzkapital und der imperialistischen Macht. Diese Allianz wäre offensichtlich instabil. Nach nur kurzer Zeit würde die Klein- und Mittelbourgeoisie wegen der Macht des Monopol- und Finanzkapitals enttäuscht sein.“

Als Lösung schlägt die PCC eine demokratische Volksregierung „unter Beteiligung aller Kräfte, die für den Sturz der faschistischen Diktatur gekämpft haben und in der die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft darstellt“ vor.⁹

Daß es noch die Alternative gäbe, daß Pinochet sich an der Macht hält, davon scheint in Chile niemand mehr auszugehen.

Ob es letztlich gelingen wird, eine von allen antifaschistischen Kräften getragene Regierung durchzusetzen, wird von der Einheit der Arbeiterklasse und der Linken abhängen. Klar aber ist bereits jetzt, daß der Sturz Pinochets durch den Kampf der Bevölkerung durchgesetzt werden wird. Das ist der Grund dafür, warum sich die chilenische Christdemokratie und die offene Rechte hinter die Protestbewegung stellen müssen. Das läßt so oder so für die Zukunft hoffen.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 11.7.1983
- 2) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 23.7.1983
- 3) Time, New York, 25.7.1983
- 4) El Pais, Madrid, 23.6.1983
- 5) Hoy, Santiago, 1.-7.6.1983
- 6) LAWR, 8.7.1983
- 7) Zu den neuen Oppositionsbündnissen und den wirtschaftlich-sozialen Ursachen der Krise des Regimes siehe: AIB 7-8/1983, S. 56-59
- 8) Nach: Le Monde, Paris, 5.8.1983; El Pais, 8.8.1983 und IHT, 8.8.1983
- 9) Hoy, Santiago, 11.-17.5.1983

KALTER WIND AM BOSPORUS
Reise in eine unbekannte Türkei

Wolfgang Albrecht
Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei
Sachbuch, 200 Seiten, illust., 9,80 DM

Conrad Schuhler
Freeze!
Die Geschichte des anderen Amerika, Sachbuch, 224 Seiten, 12,80 DM

Wolfram Brönnner, Horst-Eckart Gross
EL SALVADOR
die unsichtbare Front

W. Brönnner/H.E. Gross (Hg.)
El Salvador — die unsichtbare Front
Sachbuch, ca. 176 S., ca. 9,80 DM

NEU

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS



Chilenische Linke (v. l. n. r.): Gladys Díaz (MIR), Hector Cuevas (CNS), Clodomiro Almeyda (PS), Oscar Garretón (MAPU), Anselmo Sule (PR) und Luis Corvalán (PC)

Sichtweisen der chilenischen Linken

Mit dem stürmischen Aufschwung des Massenwiderstandes gegen die Pinochet-Diktatur im Sommer d.J. entstand eine neue Lage in Chile, sieht sich die Oppositionsbewegung zur Suche nach neuen Wegen und Antworten herausgefordert. Wir haben aktuelle Antworten von Führungspersonlichkeiten chilenischer Linksparteien und des Gewerkschaftsführers Hector Cuevas, Präsident der Bauarbeiterkonföderation und Leitungsmitglied der Nationalen Gewerkschaftscoordination (CNS), zusammengestellt. Unter der Parteiprominenz finden sich Anselmo Sule, Generalsekretär der Radikalen Partei und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, die Generalsekretäre der Sozialistischen und Kommunistischen Partei, Clodomiro Almeyda und Luis Corvalán, das Mitglied des Zentralkomitees der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Gladys Díaz, sowie Oscar Garretón, Generalsekretär der Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU).

1. Zur Lage des Pinochet-Regimes

A. SULE: Die Protesttage vom 11. Mai und 14. Juni d.J. sowie die Aktionen dieser Tage haben das chilenische Regime gezwungen, eine größere Beteiligung der Bürger zu versprechen und der Lage einiger Exiliierter mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst die Anhänger der Diktatur haben ihr geraten, die „Lage entsprechend der neuen Realität zu klären“. Denn es ist unüberschbar, daß sie selbst den Kredit unter den wenigen Gruppen verspielt hat, die sie anfänglich unterstützten, und daß sie sich harten Attacken gegenübersehen.

C. ALMEYDA: Ich glaube, daß die Ereignisse, die unser Land in den letzten Monaten erlebt hat, auf einen Wandel der allgemeinen Situation des Landes hindeuten. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß die demokratische und Volksopposition die Initiative ergreift, daß die Regierung sozial und politisch immer mehr in die Isolation gerät und daß das Volk und die Massen eine Protagonistenrolle im Kampf übernehmen. War der Widerstandskampf früher mehr auf die bewußtesten politischen Kräfte konzentriert, so tut dies jetzt das gesamte Volk, das angeleitet wird durch die Gewerkschaftsführungen.

Diese haben es geschafft, sich in einem Gewerkschaftskommando der Arbeiter zu einigen, das jetzt nicht mehr ausschließlich soziale Forderungen erhebt, sondern auch die konkrete Forderung nach dem Sturz des Regimes, nach dem Rücktritt Pinochets, nach der Rückkehr zur Demokratie selbst. Dies ist nun nicht mehr nur eine Forderung der politischen Führungen, sondern eine allgemeine und tiefgreifende Forderung des ganzen Volkes, was die Situation Chiles gegenüber den Vormonaten qualitativ verändert.

Dies markiert den Anfang des Endes von Pinochet. Er hat seinen Rückzug angetreten. Was heißt dies? Daß nur noch wenig fehlt, daß wir am Vorabend des Zusammenbruchs des Regimes stehen.

Die Regierung setzt auf die Unterstützung durch die Armee, die sich durch die Unterstützung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe mit Rückendeckung des US-Imperialismus vollziehen soll, was heißt, daß immer noch eine Strecke zurückzulegen ist. Aber auf dieser Strecke werden das Volk und seine Organisationen die Hauptrolle spielen.

L. CORVALÁN: Das Jahrzehnt der Pinochet-Herrschaft ist das dunkelste Kapitel in der Geschichte Chiles. Niemals zuvor hat das Land eine so lange und brutale Diktatur erlitten. Niemals zuvor gab es eine solch grausame Regierung wie diese, die soviel Gewalt angewendet und so viele Verbrechen begangen hätte.

Das chilenische Volk erhebt sich gegen die Tyrannei. Der Kampf ist in eine neue Phase getreten, für die die Beteiligung von Millionen Menschen, eine starke Beteiligung der Arbeiterklasse und die Kampfbereitschaft charakteristisch ist.

Pinochet behauptete, daß hinter allem die Kommunistische Partei steckt. Aber dahinter steckt die Unzufriedenheit, der Kampf um das Recht von Millionen Hungernden und Arbeitslosen zu überleben, die heilige Sehnsucht nach Freiheit.

Das Volk hat Tausende von Formen des Protestes gefunden. Die Verschiedenheit der Kampfformen erleichtert die Teilnahme der verschiedensten Sektoren. Der Rücktritt Pinochets ist das große einigende Ziel. Jede soziale Gruppe, die von der kriminellen Repression und von der verheerenden Wirtschaftspolitik des Regimes betroffen ist, begreift mit großer Klarheit, wie dringlich es ist, dieses Ziel zu erreichen, um den Weg für eine Lösung der Probleme zu öffnen.

Seine Anhänger, die jeden Tag weniger werden, fordern angesichts der Aussichtslosigkeit seiner Lage von ihm Maßnahmen der Öffnung, aber er verschließt sich, womit er sich jeden Tag mehr isoliert und sein eigenes Grab gräbt.

Die Errichtung eines demokratischen Regimes ist zu einer Forderung der gesamten Bevölkerung geworden. Das beste wäre, wenn die Streitkräfte dies rechtzeitig begreifen würden.

G. DIAZ: Wir sind Zeugen der wichtigsten Ereignisse in Chile in diesen 10 Jahren Diktatur. Die Überausbeutung der breiten Schichten der Bevölkerung, die fehlende Freiheit in jeder Hinsicht und die brutalste Repression eines autoritären Militärregimes, das das Land im Kommandostil eines Befehlshabers des Heeres 10 Jahre lang „geführt“ hat, hat die Bildung einer Oppositionsbewegung der breiten Mehrheit ausgelöst, die heute auf den Straßen Chiles spürbar wird, in den Fabriken, Elendsvierteln, Schulen, unter Anwendung der unterschiedlichsten Kampfformen.

Was in unserem Lande gegenwärtig geschieht, ist nicht die spontane Explosion des Volkes, dem der Geduldsfaden endgültig gerissen ist. Im Gegenteil, es ist die Ernte, die Frucht einer stillen Arbeit im Untergrund, im halblegalen und in den verbliebenen legalen Räumen. Einer Arbeit, die die Unzufriedenheit aufnahm, organisierte und kanalisierte, die Forderungen auf den Nenner brachte und den Kampf vorbereitete, ausgehend von den am meisten fortgeschrittenen und bewußten Sektoren der Volksbewegung bis hin zu den Mobilisierungen der Gesamtheit der Bevölkerung, die von der herrschenden Klasse in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht unterdrückt und in Mitleidenschaft gezogen wird.

In diesen Augenblicken treffen die Interessen der Ausbeuteten, der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Studenten, der Landarbeiter, der Frauen und der Christen mit denen der Mittelschichten und sogar von gewissen Fraktionen der Bourgeoisie zusammen, die ebenfalls von dem Wirtschaftsmodell betroffen sind, welches nur eine einzige



Minderheit begünstigt und sogar diejenigen ruiniert, die es einmal eingesetzt haben.

Sie alle erheben einstimmig den Schrei: Weg mit Pinochet! Sie alle hoffen darauf, daß sich ein Weg öffnet hin zu der so ersehnten Freiheit und Demokratie, die uns in diesem 10 Jahre währenden dunklen und dramatischen Abschnitt der chilenischen Geschichte verwehrt worden sind. Die Antwort des Diktators ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gekennzeichnet durch Inflexibilität und die Fortführung der Linie der anhaltenden und permanenten Repression.

2. Zur demokratischen Alternative

A. SULE: Diese sog. Öffnung, die der Diktator gnädigerweise mit der größeren Bürgerbeteiligung verspricht, kann nicht akzeptiert werden. Wir können uns auch nicht dem pseudodemokratischen Plan anschließen, den bestimmte Kreise der nordamerikanischen Wirtschaftsmacht vorschlagen, um in Absprache mit den Militärs einen Ausweg zu suchen, der einige politische Tendenzen mit einschließen soll. Die wahren demokratischen Kräfte müssen dafür kämpfen, daß dem Volk alle seine Rechte zurückgegeben werden, die ihm per Verbot genommen wurden.

Wenn wir von Demokratie reden, meinen wir die allumfassende Demokratie, die politische, die ökonomische und die soziale Demokratie. Sie kann nur durch die breiteste Beteiligung des Volkes unter Berücksichtigung seines in Freiheit ausgedrückten Willens errichtet werden. Diese Demokratie wollen uns diejenigen verweigern, die das transnationale Herrschaftsmodell vertreten.

Deshalb haben wir alle Parteien und Massenorganisationen unseres Landes aufgerufen, gemeinsam einen Basiskonsens zu suchen, der niemanden bevorzugt, der zum Sturz der Diktatur führt, der dem Volk seine Souveränität zurückgibt. Denn nur das Volk kann über seine Zukunft entscheiden. Dieser Konsens muß alle Parteien, alle Basisorganisationen einschließen, die die Pinochet-Diktatur bekämpfen, ohne jegliche Ausnahme. Niemand besitzt die politische oder moralische Autorität, um der einen oder anderen politischen oder sozialen Gruppierung das Recht zu verweigern sich an der Wiedererrichtung der Demokratie zu beteiligen.

G. DIAZ: Bei den Protesten, den Streiks, den Demonstrationen, die heute in Chile durchgeführt werden, auf den Straßen, in den Städten, in den Bergwerken und auf dem Lande kann man zwei Formen der Opposition unterscheiden, die zwei unterschiedlichen politischen Projekten entsprechen.

Auf der einen Seite ist die bürgerliche Opposition, die eine politische Alternative bereithält, die man als neoliberal bezeichnen könnte und die inhaltlich einen Sozialpakt der Klassenversöhnung vorschlägt, welcher Sektoren von der monopolistischen Bourgeoisie bis hin zu Teilen der Volksbewegung umfaßt, was eine beabsichtigte Spaltung der Linken beinhaltet. Dieses Oppositionsprojekt unter Vorherrschaft der Bourgeoisie reflektiert in diesen Tagen auf Verhandlungen mit der Regierung und sucht einen Ausweg aus der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise des Landes, indem eine breite Allianz der Klassen hergestellt werden soll. Gleichzeitig sollen Abänderungen am gegenwärtigen Wirtschaftsmodell vorgenommen werden, dergestalt daß eine Wiederbelebung des auf den nationalen und Auslandsmarkt orientierten Produktionsapparats erreicht würde.

Das andere Projekt, die volksdemokratische revolutionäre Alternative wird zum Ausdruck gebracht durch die steigende Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Armen des Landes und der Städte, der lohnabhängigen und besitzenden Kleinbourgeoisie, deren gemeinsame Interessen eine Tendenz zum unabhängigen und demokratischen und offensiven Kampf hervorrufen und auf tiefgreifende Umwälzungen demokratischer und populärer Art in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft drängen.

Wie unterscheiden sich im Moment, im Kampf, in der konkreten Protestbewegung diese beiden Alternativen?

Die erste, die bürgerliche Opposition, ruft zu friedlichen Protestkundgebungen auf und versucht, Kräfte zu sammeln, um eine bessere Verhandlungsbasis zu haben. Sie strebt einen Sozialpakt an und legt Schritte des Einverständnisses mit den Streitkräften und der Gesamtheit der Bourgeoisie fest.

Die zweite, die volksdemokratische Alternative hat ihren Ausdruck auf den Straßen gefunden mit friedlichen, offensiven und auf einen radikalen Bruch zielenden Aktionen; durch Bekundungen zivilen Gehorsams, durch Barrikaden, Selbstverteidigungsmilizen, Sabotageakte – mit einem Wort, unter Anwendung aller Formen des Kampfes. Wir sind damit einverstanden, daß es heute außerordentlich wichtig ist, eine breite, die breitestmögliche soziale Bewegung zu bilden, die sich erhebt und kämpft, so, wie sie will und so, wie sie kann, um den Sturz Pinochets herbeizuführen. Wir sind auch einverstanden damit, daß wir die Demokratie nur erobern werden auf der Grundlage einer breiten sozialen und politischen Mobilisierung, die es schafft, das ganze Volk hinter sich zu bringen. Aber die große Frage, die wir allen Oppositionellen heute zu stellen wagen, lautet: Verstehen wir denn alle dasselbe unter Demokratie?

Oder anders herum: Wenn wir, alle, die in der Opposition sind, von Demokratie sprechen, haben wir dann in erster und wichtigster Linie die Arbeiter im Kopf, die Landarbeiter, die Frauen, die Christen der Basisgemeinden, die Mapuches, die Arbeitslosen, die Elendsviertelbewohner, die Künstler, die Studenten, die Kleingewerbetätigen? Die chilenische Linke steht heute vor einer gigantischen Herausforderung, einer historischen Verantwortung, über die jetzigen und kommenden Generationen Rede und Antwort verlangen werden. Entweder sammeln wir Kräfte, damit wir als Rattenschwanz an ein bürgerliches Projekt drangehängt werden, das nicht in der Lage ist, zu einer politischen Stabilität zu gelangen; genau aufgrund des Ausmaßes der Krise, in die die Diktatur unser Land gestürzt hat, wird es keine positive Antwort finden auf die elementaren Forderungen unseres Volkes und unseres Proletariats.

Oder aber wir vereinen uns, koordinieren uns auf der Grundlage eines Programms, möge es auch noch so einfach und grundlegend sein, und marschieren los auf einem autonomen, unabhängigen Weg.

Es ist in Ordnung, kämpfen wir alle zusammen – mit wem auch immer, um endlich Pinochet zu beseitigen. Aber sammeln wir weiter Kräfte und drücken wir dem Widerstandskampf in seiner Ausdehnung und Tiefe den Stempel der unterdrückten Klasse auf. Lassen wir uns durch pseudodemokratische Öffnungen nicht täuschen, die nicht nur versuchen, die Linke zu spalten, sondern darüber hinaus vorübergehend als Trampolin dienen können für erneute militärische und autoritäre Feldzüge gegen das Volk, die uns wieder in eine Lage bringen können, in der sich vor Ohnmacht unsere Herzen zusammenkrampfen.

L. CORVALAN: Vom selben Augenblick an, da die faschistische Tyrannei die Macht übernommen hatte, mußte sie sich mit der Opposition der fortgeschrittensten Sektoren der Gesellschaft auseinandersetzen, die von den Parteien der Linken präsentiert wird. Zur Opposition der Linken kam später die Opposition des politischen Zentrums. In letzter Zeit machte sich auch die Opposition der Rechten bemerkbar.

Die Kommunistische Partei schlägt deshalb eine Vereinbarung zwischen alle oppositionellen Kräften der Linken, des Zentrums und der Rechten vor. Nur die Einheit und der gemeinsame Kampf aller oppositionellen Kräfte kann die Tyrannei stürzen. Andernfalls wird die Tyrannei die Verwüstung unseres Landes fortsetzen.

3. Zur Frage der Gewalt

H.CUEVAS: Wir müssen sehen, daß in Chile ein Gewaltregime herrscht, und zwar ein Gewaltregime, das alle Schichten, alle Menschen in Chile unterdrückt und daß es die Regierung, das Regime Pinochets ist, das die wahre Gewalt verinnerlicht hat. Und es benutzt

diese Gewalt als eine institutionalisierte Gewalt.

Aus diesem Grund ist der Kampf der Arbeiter in Chile äußerst schwierig, dies muß man ganz klar sehen. Trotzdem haben die Arbeiter die Angst vor dem Regime immer mehr verloren. Aber noch einmal ganz deutlich, es ist das Regime Pinochets, das Gewalt anwendet, nicht das Volk oder die Arbeiter. Von daher sind für uns alle Mittel legal und legitim, die irgendwie zum Sturz der Diktatur beitragen können, wobei wir sehen müssen, daß die gesamte Palette der Maßnahmen und Aktionen, die zum Sturz der Diktatur führen können, wertvoll und wichtig sind. Sie sind wichtig, um den Sturz des Regimes zu beschleunigen.

O. GARRETON: Ich möchte eine Anekdote erzählen, um das Problem der Gewalt zu erläutern.

Am 14. Juni d.J. ist eine Gruppe von Jugendlichen und Eltern zum Berg Cristobal in Santiago gegangen, um da Töpfe zu schlagen. Es war eine ganz friedliche Demonstration. Dann kamen Polizeipatrouillen vorbei, sind ausgestiegen, haben die Waffen gezogen und sie auf die friedlichen Demonstranten gerichtet. Nach 5 Minuten mußten sie aber abziehen, weil überall Töpfe geschlagen wurden.

Die, die da Töpfe geschlagen haben, sind dann auf die Straße gegangen, haben einen Lichtmast umgestürzt und eine Barrikade daraus aufgebaut. Der Entschluß, Barrikaden zu errichten, kommt nicht von irgendwelchen Bösen oder Spezialeinheiten, die sich das vorgenommen haben, sondern das ist die Form, in der ein angegriffenes Volk antwortet. In Chile ist die Diktatur nicht nur für die eigene Gewalt verantwortlich, also für die Gewalt, die sie ausübt, sondern auch für die Gewalt, die sie als Antwort vom angegriffenen Volk erhält.

Wir glauben nicht, daß die Gewalt der Zauberstab des Kampfes ist. Wir sind aber der Meinung, daß man alle Formen des Kampfes, die das Volk anwendet, respektieren und sie annehmen und unterstützen muß. Man muß verstehen, daß es nicht nur der gewaltsame Kampf einer Avantgarde ist, welcher die Diktatur stürzen wird, sondern der offensive Kampf eines ganzen Volkes.

L. CORVALAN: Wie es der Interimspräsident der Konföderation der Bauarbeiter, Sergio Troncoso, gesagt hat: „Man kann nicht erwarten, daß das Volk die andere Backe hinhält.“ Das Volk hat das Recht, sich damit zu verteidigen, was es zur Verfügung hat. In den Armenvierteln gibt es die Entscheidung, sich entschlossen den neuen Einsätzen, wie sie in La Victoria und Nueva Legua am 14. Mai d.J. durchgeführt wurden, entgegenzustellen.

Wer könnte sagen, daß dies nicht eine legitime Haltung ist. Nur kämpfend kann man die Barbarei stoppen. Das Volk sagt mit Recht: „Nur der Kampf wird uns den Sieg bringen.“

In der gesamten Geschichte Chiles hat es niemals ein Regime gegeben, das eine solche breite Ablehnung wie dieses erfahren hätte. Die Kommunisten, das ist klar, beteiligen sich an dem Kampf. Es wäre unverantwortlich, würden sie es nicht tun. Mehr noch, sie waren die ersten und sind überall. Das haben in Santiago vor kurzem ausländische Journalisten gesagt. Warum sollten sie es verneinen? Das machen auch die Sozialisten, die Christdemokraten, die Radikalen, die Nationalpartei und alle politischen Parteien.

Vor drei Jahren hat die Kommunistische Partei die Forderung nach dem Recht des Volkes, gegen die Tyrannei zu rebellieren, aufgestellt. Sie tat dies, überzeugt davon, daß der Weg zu jeglicher Demokratisierung verschlossen ist und daß nur das Volk ihn wieder öffnen kann; daß es nur durch die entschlossenen und verschiedenartigsten Aktionen des Volkes möglich sein wird, mit dem Faschismus Schluß zu machen. Die Tatsachen geben ihr Recht, und darauf muß man sich stützen.

Es ist der Gipfel, daß ausgerechnet Pinochet von Vandalismus und Gewalt spricht. Und es ist bedauerlich, daß einige Oppositionelle ihm in dieser Linie folgen.

Nichtsdestotrotz wird die Bewegung vorwärtsgehen. Sie kann Niederlagen und momentane Rückschläge erleiden, aber niemand und nichts wird sie aufhalten, nicht die Verhaftungsbefehle vor allem gegen Kommunisten, die vom Innenminister herausgegeben wurden, nicht die Machenschaften der US-Botschaft, nicht aus Ausfälle des faschistischen Diktators.

Das chilenische Volk hat die große Schlacht um die Demokratie begonnen, und diese Schlacht kann nur mit dem Sieg enden.

C. ALMEYDA: Ich glaube, daß der friedliche Widerstand nicht ausreicht, um die Regierung übernehmen zu können. Ich glaube, daß der zivile Ungehorsam und der friedliche Widerstand Etappen in der Entwicklung des Kampfes sind, die nicht wegen des Volkes, sondern auf alleinige Verantwortung der Regierung immer schärfere und konfliktreichere Formen annehmen müssen. Und das Volk selbst, die Praxis sucht und entwickelt diese Formen.

Es ist nicht Folge eines akademischen Problems, daß man darüber diskutiert, welches Kampfmittel man anwendet und welches nicht. Es ist eine unabdingbare Notwendigkeit des Kampfes selbst, die das Volk bewegen wird, all jene Initiativen im Kampf und all jene Kampfmittel zu ergreifen, die ihm legitim scheinen, um der Gewalt des faschistischen Regimes zu begegnen.

AIB-Sonderhefte



1/83: Bundesrepublik und 3. Welt

Mit folgenden Beiträgen:

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition • Neokolonialistische Weltmacht BRD — eine Datenübersicht • Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher • Dokumente zur Dritte-Welt-Politik der CDU/CSU • Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der Dritten Welt • Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte
36 Seiten

DM 2,—



2/83: Chile

Mit folgenden Beiträgen:

Einschätzung der aktuellen Lage • Stimmen der Linksopposition: Statements von C. Almeyda (PS), G. Dias (MIR), L. Corvalan (PCC) und A. Sule (PR) • H. Cuevas (CNT) zur Rolle der Gewerkschaften • Bundesrepublik und Chile: Beiträge von G. Stuby und H. O. Vetter, Faktenübersicht • Materialien des Chile-Kongresses von Münster
24 Seiten

2,— DM

3/82: El Salvador

Mit folgenden Beiträgen:

El Salvador — kein neues Vietnam • Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie • Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk • Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

40 Seiten

DM 2,50

4.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

5.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

6.

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“ , Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-El Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on a postcard.



An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, ah Kettchen mit Stecker, Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau, Stück 5,— DM

Gespräch mit Magdalena Navarrete

Das Verschwundenenproblem ist nicht passé

Das Problem der Verschwundenen ist seit Mitte der 70er Jahre in der chilenischen und internationalen Öffentlichkeit gegenwärtig. Dafür sorgten einmal die Untersuchungen des Solidaritätsvikariats der Katholischen Kirche Chiles, das 860 Fälle von Verschwundenen vollständig dokumentierte. Noch spektakulärer waren die Aktionen der Angehörigen der Verschwundenen, die seit 1977/78 mit Hungerstreiks, Demonstrationen usw. die Aufklärung des Schicksals jedes einzelnen der insgesamt etwa 2.500 Verschwundenen forderten.

Die Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen entstand zunächst in Santiago und wurde 1979 auf das ganze Land ausgeweitet. Eine ihrer Repräsentantinnen, Magdalena Navarrete, stand auf einer Pressekonferenz in Münster Rede und Antwort.

FRAGE: Frau Navarrete, Sie tragen ein Foto auf der Brust. Vermutlich handelt es sich um einen Verschwundenen aus ihrer Familie oder Verwandtschaft...

M. NAVARRETE: Ja, es handelt sich um meinen verschwundenen Sohn. Er wurde am 17. November 1974 verhaftet durch die damalige DINA, heute genannt CNI, den chilenischen Geheimdienst, und zwar ganz konkret durch Oswaldo Roma. Der Name meines Jungen ist Sergio Reyes Navarrete.

Die Vereinigung der Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwundenen versucht heute in ihrem Kampf eine klare Antwort der Regierung zu unserem Problem zu erreichen.

Wir haben bisher noch keine Antwort durch das Regime erhalten. Die einzige Antwort, die wir bislang erhielten, waren Lonquén und Cuesta Barriga. Das waren jene Massengräber, die man (Ende 1978; d. Red.) gefunden hat.

FRAGE: Wie groß ist die Zahl der Fälle von Verschwundenen, mit denen sich ihre Vereinigung beschäftigt?

M. NAVARRETE: Unsere Büros in Santiago, Valdivia, Concepcion, Valparaiso und Temuco befassen sich konkret mit 741 Fällen, die unsere Organisation genau registriert hat, mit Zeugenaussagen, mit Familienangehörigen, die dahinterstehen.

FRAGE: Haben sich Ihre Erfolgsaussichten im Zuge der Massenproteste der vergangenen Monate nicht erheblich verbessert?

M. NAVARRETE: Insofern schon, als das Regime derzeit in Chile keine Menschen mehr verschwinden läßt. Sie erschießen die Leute gleich oder verhaften sie meist in brutaler Manier.

FRAGE: Aber hinsichtlich der Aufklärung ihrer Verschwundenenschicksale kann man nicht von einer Veränderung sprechen?

M. NAVARRETE: Doch, den Ansatz einer Veränderung gibt es. Eine kleine Hoffnung ist für uns entstanden durch die Ernennung eines neuen Vorsitzenden des chilenischen Obersten Gerichtshofes (Rafael Retamals im Mai d.J.; d. Red.). Wir haben zweimal Gelegenheit gehabt, mit ihm zu diskutieren, und er hat sich offen gezeigt für unser Problem. Er hat sich offen gezeigt gegenüber unserem Anliegen, die Wahrheit nach und nach aufzudecken.

Ich hatte vor 2 oder 3 Tagen zum letztenmal Gelegenheit, mit ihm zu diskutieren und zwar über die Folter einer chilenischen Folterknechtin, Marcia Medino. Sie ist verantwortlich für die Festnahme vieler Chilenen im Jahre 1974 und auch für die Verhaftung von 119 Personen kurz nach dem Militärputsch. Diese Frau befindet sich heute noch in Chile. Man weiß nicht genau wo, ob sie sich ausgeliefert hat. Man wird es sicherlich nicht so schnell erfahren.

Für uns ist es von ganz besonderem Interesse, daß dieser Person nichts geschieht. Wir haben dies vielen Persönlichkeiten angetragen, sowohl den Staatsanwälten, den Militärrichtern als auch dem Präsidenten des Verfassungsgerichts, daß diese Person am Leben bleiben muß. Denn sie ist eine der Wenigen, die uns Aufklärung geben können über das Schicksal der Verschwundenen.

Sie haben uns alle möglichen Versicherungen gegeben bezüglich der Sicherheit dieser Person. Aber sie konnten uns natürlich nicht zusichern, daß diese Person nicht irgendwann einmal auf der Straße erschossen wird. Wir haben sehr große Angst davor, denn wir wissen, daß heute in Chile oft sehr seltsame Dinge geschehen.

FRAGE: Hat Ihre Vereinigung im Rahmen der nationalen Protesttage Aktionen zum Verschwundenen-Problem durchgeführt?

M. NAVARRETE: Vor dem 14. Juni 1983 haben wir einige Aktionen durchgeführt, vor diesem Tag des nationalen Protests, einem Tag, wo abgemacht war, daß keine Aktionen auf der Straße stattfinden sollten.

Wir haben — so wie das auch andere Gruppen gemacht haben — vor



diesem Tag eine Protestveranstaltung organisiert. Wir sind auf die Plaza de Libertad („Platz der Freiheit“), einen Platz in Santiago, gegangen, haben dort ein Plakat ausgebreitet und aufgehängt, auf dem stand „Wo sind die Verhaftet-Verschwundenen?“ Wir haben Parolen gerufen und es haben sich uns viele Leute genähert, die uns Fragen gestellt haben. Wir haben die Nationalhymne gesungen und sind eine lange Zeit dort auf dem Platz geblieben.

Die Polizei war ebenfalls anwesend, hat es aber nicht gewagt, uns anzugreifen oder uns zu nahe zu kommen. Wir konnten sagen, was wir zu sagen hatten, dann, als wir uns zurückgezogen hatten, ließen wir das Plakat dort an dem Platz und konnten dann noch sehen, wie ca. 50 Polizisten kamen und das Plakat konfiszierten. Dies hat uns natürlich sehr amüsiert.

FRAGE: Inwieweit hat die aktuelle Protestbewegung in Chile Ihr spezielles Anliegen aufgegriffen?

M. NAVARRETE: Wir beobachten heute in Chile auch eine Mobilisierung von Hunderttausenden, die vorher niemals an Widerstandskaktionen beteiligt waren. Und tagtäglich beobachten wir, daß das chilenische Volk, aber auch die Klassen, die früher Junta-Anhänger waren und sich heute in finanziellen Schwierigkeiten befinden, sich an dieser Mobilisierung beteiligen. Wir von der Vereinigung der Familienangehörigen arbeiten ebenfalls in diese Richtung, und wir bitten die Arbeiterbewegung, daß sie sich unsere Forderungen auch zu eigen macht.

Die Vereinigung der Gewerkschaften hat einen Forderungskatalog von 13 Punkten vorgelegt, aber das Problem der Verschwundenen erschien leider nicht in diesem Forderungskatalog. Dies hat uns mit großer Sorge erfüllt, denn wir glauben, daß man 10 Jahre Unterdrückung nicht einfach so ausradieren kann. Denn unser Schicksal ist eines der schmerzlichsten. Die Tatsache, daß man nichts weiß, ist doch sehr viel schmerzlicher als etwas genaues zu wissen.

Wir von der Vereinigung der Familienangehörigen haben auch ein Treffen gehabt mit PRODEN, einer (bürgerlichen Oppositions-; d. Red.) Bewegung, die jüngst in Chile gegründet wurde, wo man uns die grausame Frage stellte, ob es nicht besser wäre, auf die Waagschale zu legen einerseits die Demokratie in Chile, andererseits die Verschwundenen in unserem Land.

Aber dies hat uns mit sehr großer Sorge und Traurigkeit erfüllt, denn wir denken, daß es keine Demokratie in Chile geben kann, daß es keine demokratische Regierung in Chile geben kann, wenn nicht das Schicksal der Verschwundenen geklärt wird, wenn nicht geklärt wird, wer die Verantwortlichen für die Erschießungen sind, wenn das Schicksal der Exilierten und die Situation der Menschenrechte heute in Chile nicht geklärt wird.

Gerhard Stuby

Das Symbol Chile und wir

Prof. Gerhard Stuby, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) und Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile, ist der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk eng verbunden. Er reiste mehrfach ins Chile Pinochets.¹ Er kennt die Entwicklung und Probleme des chilenischen Widerstands aus eigener Anschauung. Und er benennt die bundesdeutsche Verantwortung für Chile.

Uns stehen noch deutlich die dramatischen Ereignisse vom 11. September 1973 vor Augen, dem Tag, an dem die Militärjunta in Chile die Macht ergriff und Präsident Allende, das legale und legitime, weil demokratisch gewählte Staatsoberhaupt auf brutale Weise ermordete.

Die daraufhin einsetzende Welle von Hinrichtungen, Folterungen und Verfolgungen – die Stadien des Landes wurden zu Schauplätzen des Schreckens – rief in der ganzen Welt Abscheu und Entsetzen hervor. Die Bilanz: 1 Mio im Exil lebende Chilenen, 30.000 Tote, 2.500 Verschwundene, Tausende von Gefolterten mit physischen und psychischen Schäden für ihr ganzes Leben, seitdem permanenter Ausnahmezustand, der kaum die geringste Wahrnehmung demokratischer Rechte zuläßt. Sie wiegt schwer auf dem Gewissen der Menschheit.

Wenn auch die Hoffnung, die mit dem Symbol Chile verbunden war, nicht vernichtet werden konnte, seine Ausstrahlung und Kraft wurde jedoch für lange Zeit gebrochen, bevor sie in neue Kraft des Widerstandes transformiert werden konnte.

Viele stürzten in Verzweiflung und Resignation je tiefer und unentrinnbarer, je länger die Schreckensherrschaft Pinochets dauerte, je mehr sie sich mit der internationalen Unterstützung der herrschenden Finanzkreise der USA und Westeuropas, insbesondere der Bundesrepublik, etablieren konnte.

Aber nicht nur Verzweiflung und Resignation lösten der Putsch und seine Folgen aus. Gerade wir in der Solidaritätsarbeit lernten tiefer und präziser zu analysieren, Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, aber auch unsere Schwächen, Fehler und Illusionen.

Pinochets Putsch – Sache der Konzerne

Was aber wichtiger ist! Das chilenische Volk, seine Arbeiter- und Bauernklasse, ihre Organisationen, die Gewerkschaften, ihre der Legalität beraubten Parteien, ließen sich nicht klein kriegen. Sie beschämten uns, die wir oft verzagten, angesichts der imperialistischen Raffinesse, sublimen Brutalität, der Übermacht der Waffen, durch klugen, wachsenden Widerstand, teilweise in ganz neuen Formen, ein Widerstand, der heute zu einer entscheidenden Herausforderung für das Regime Pinochets geworden ist, ganz gleich wie diese konkrete Kampfetappe enden wird.

Heute wissen mehr Menschen als 1973: Der Militärputsch war keine spontane oder gar zufällige Aktion, sondern ein Eckpfeiler für die Umsetzung eines langangelegten Programmes gesellschaftlicher Umwandlung im Gewinninteresse vornehmlich amerikanischer, aber auch bundesdeutscher transnationaler Unternehmen.

Für die einheimische Oligarchie und die USA, die – wie heute allgemein bekannt ist – mit staatlichen Organen unmittelbar sowohl an der Konzipierung, als auch an der Umsetzung dieses Programmes beteiligt waren, stand die Beseitigung der Regierung der Unidad Popular (UP, 1969 gegründetes Bündnis der Linksparteien; d. Red.) zunächst im Vordergrund. Damit sollte die beginnende Entmachtung der US-Konzerne, des Großkapitals und des Grundbesitzes gestoppt und ein wichtiges Beispiel von symbolhafter Bedeutung für den nationalen und sozialen Befreiungskampf nicht nur in Lateinamerika beseitigt werden.

In einer längeren, dem blutigen Putsch vorausgehenden Destabilisierungsphase, war es nicht nur gelungen, die UP-Regierung manövrierunfähig zu machen, sondern alle bürgerlichen Schichten bis hin zu einem Großteil des Mittelstandes für die Konterrevolution zu aktivieren (z.B. der Streik der Transportunternehmer) oder sie zumindest als Sympathisanten zu gewinnen.

Die zweite, die eigentliche Putschphase, war gegen die politischen und wirtschaftlichen Organisationskerne der Arbeiterbewegung gerichtet. Tausende von Funktionären wurden liquidiert, Hunderttausende von aktiven Demokraten ins Exil getrieben.

Vor allem durch die Ausschaltung jeder gewerkschaftlichen Aktivität, insbesondere auf der zwischenbetrieblichen Ebene (Förderationen), und Konföderation, wie auch auf der Zentralebene (CUT), wurde ein Programm der Gesellschafts-



Prof. G. Stuby auf dem Münsteraner Chile-Kongreß

atomisierung durchgesetzt, das es dem Kapital gestatten sollte, ohne die störende Kollektivmacht der Arbeiterbewegung voll seine Interessen durchzusetzen. Dieses Atomisierungsprogramm war begleitet von einem sich immer stärker verfeinernden System der Repression, in deren Mittelpunkt die Folter und die Institution des Verschwindenlassens stand und noch steht.

Die gesellschaftliche Friedhofsruhe war die Voraussetzung für die Verwirklichung des Konzeptes eines wirtschaftlichen Darwinismus in Reinkultur, d.h. des Programms der ökonomischen Schule der sog. Chikago-Boys (Milton Friedman, Arnold Harberger u.a.; d. Red.).²

Die einzelnen Bestandteile können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Eindämmung der Inflation durch Anstieg der Arbeitslosigkeit (bisweilen auf einen Grad von 35%) und Absinken der Kaufkraft der Volksmassen. Allerdings entwickelte dieses Programm auch eine ungewollte Dialektik, da seine Folgen auch negative Auswirkungen auf die Mittelschichten, insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen hatte und damit Gruppen desillusionierte, die einen wichtigen Teil der sozialen Basis der Putschisten darstellten.

2. Eine völlige Überfremdung der chilenischen Wirtschaft durch die Einwirkungsmöglichkeiten der transnationalen Unternehmungen als Folge bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen wie z.B. Importöffnung, Zollsenkung usw. Die Folge ist, daß ein Großteil der Arbeitsmittel, des Großhandels, der Supermärkte, des Transportes und des Verkehrs weitgehend in der Verfügungsbefugnis ausländischer Kapitalinteressen stehen. Selbst genuin nationale Bereiche, wie das Bildungswesen oder das Gesundheitswesen, gelangen durch die rigorose Privatisierungspolitik zunehmend in ausländische Einwirkungsbereiche.

3. Eine Politik der Auslandsanleihen, anstatt einheimischer Kapitalkonzentration. Die durch die transnationalen Unternehmungen chilenischer Verfügung entzogenen Profite werden wiederum von diesen unter sehr günstigen, dem Volkseinkommen aber abkömmlichen Bedingungen als Auslandskapital angelegt. Trotz entgegengesetzter Demagogie steigen die Staatsausgaben an, insbesondere im Militärssektor. Inzwischen ist mit 16 Mrd DM die höchste pro-Kopf-Verschuldung in Lateinamerika erreicht.

Das Ergebnis all dieser Bestandteile ist nicht nur eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von ausländischer Beeinflussung, sondern die totale Veräußerung der chilenischen Wirtschaft und zwar an einige transnationale Konzerne, die den Staaten ihrer Mutterländer einige Brosamen aus den Übergewinnen geben, um einerseits dort relative soziale Stabilität zu erhalten, andererseits die Staatsmacht dieser Länder sich zu Aggression und Intervention nutzbar machen zu können.

Neuformierung der Gewerkschaftsbewegung...

4. Es war abzusehen, daß bei der langen Kampftradition der Arbeiterbewegung in Chile, sowohl was die gewerkschaftliche als auch die politische Ebene der Demokratieentwicklung anlangt, ein Konzept der Friedhofsruhe nicht durchzuhalten war. Dies hätte ein so starkes Anziehen der Repressionsschraube erfordert, insbesondere was die Liquidationswirkungen der Repression anlangt, daß unerwünschte ökonomische Effekte und Einwirkungen auf das Investitionsklima nicht zu verhindern gewesen wären.

Daher versuchte man sich flexibel anzupassen, vor allem was den gewerkschaftlichen Bereich anlangt, ohne allerdings die Unterdrückung und Demokratiebeseitigung aufzuheben.

Der erste Schritt war die abgerungene Wiederzulassung gewerkschaftlicher Basistätigkeit und in einem gewissen Umfang auch die Zulassung von Organisationen zweiten Grades,



nachdem der Versuch gescheitert war, durch überstürzte Wahlen regimetreue Arbeiterfunktionäre einzusetzen. Entweder wählten die Arbeiter nämlich trotz aller Restriktionen entschiedene Vertreter von Arbeiterinteressen oder die regimetreuen Arbeitervertreter entwickelten im Laufe der Zeit aus dem Zwang der Verhältnisse heraus regimefeindliche Positionen.

Dies zeigte sich insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem sog. Plan Laboral (neue Arbeitsgesetzgebung vom Juni 1979; d. Red.) ab 1980. Je mehr sich in der Wirklichkeit herausstellte, daß es sich bei diesem Plan um den raffinierten, aber nicht minder rigorosen Versuch handelte, das Konzept des reinen Liberalismus durch die Beseitigung aller Erregenschaften des individuellen und kollektiven Arbeitsrechtes und des Sozialversicherungsrechtes durchzusetzen, also im Grunde zu einem Zustand vor der Gewerkschaftsgründung und damit in die soziale Steinzeit zurückzukehren, umso stärker formierte sich der Widerstand.

Die Entstehung der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), der ersten wirksamen zentralen gewerkschaftlichen Dachorganisation, ihr Anwachsen durch die Propagierung des sog. Pliego Nacional („Nationaler Forderungskatalog“; d. Red.) 1980, der erstmals einen auf einem breiten Konsens beruhenden wirtschaftlichen und politischen Forderungskatalog formulierte, markiert den Beginn einer Widerstandsphase, die mit der Generalstreik-Bewegung im Augenblick einen entscheidenden Punkt erreicht hat.

Andere Bereiche, insbesondere die Katholische Kirche mit ihren verschiedenen eigens gegen die Repression gegründeten Institutionen, die Bewegungen in den Wohnvierteln unter der Jugend und den Frauen, das Übergreifen von Solidaritätsaktionen auch auf die Mittelschichten zeigen nicht nur die Breite des Widerstandes an, sondern seine potentiellen Entwicklungsmöglichkeiten. In der Aktion zumindest fanden sich nicht nur alle Kräfte der UP, sondern auch ehemals außerhalb oder gar gegen die UP gerichtete Kräfte zusammen.

Alle Versuche, die Einheitsbewegung, die sich vornehmlich im gewerkschaftlichen Bereich auf einer neuen Basis entsprechend den gewandelten Bedingungen in Chile gebildet hatte, zu spalten, sei es von Regimeseite her durch Gründung regimetreuer, profaschistischer Gewerkschaften (UNTRACH), aber auch durch massiven Einfluß amerikanischer Gewerkschaftskreise, die versuchten, rechte christdemokratische und sozialdemokratische Positionen zusammenzufassen, und die sich in der Abgrenzung zu kommunistischen Tendenzen einig waren, scheiterten letztlich. Angesichts der traditionellen Stärke der Kommunisten in Chile, die auch heute einen, wenn nicht sogar den wesentlichen Kern des Widerstandes bilden, mußten diese Versuche den Prozeß vor allem der wirksamen politischen Oppositionsbildung verzögern.

Hier hat auch die bundesrepublikanische Gewerkschaftsspitze, deren Einfluß im genannten Kontext nicht unbeachtlich ist, nicht genügend Gegenwirkung erzeugt. Das Auftreten des ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden, des Kollegen Vetter, heute gibt aber zu der Hoffnung Anlaß, daß

Das Verhältnis BRD – Chile

Es dürfe zu keiner „Reaganisierung der bundesdeutschen Chilepolitik“ kommen, forderte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Uwe Holz (SPD), auf dem Münsteraner Chile-Kongreß Ende Juni d.J.

Zwar gilt nach wie vor der aus dem Putsch-Jahr 1973 stammende Beschluß der damaligen sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel, daß es mit dem Militärregime in Santiago keine offizielle entwicklungspolitische Zusammenarbeit geben dürfe. Doch in den Ohren der Konservativen klang das Säbelgerassel der chilenischen Generäle schon damals wie Musik: „Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang“, kommentierte der Bayernkurier am 22.9.1973 die auf den Putsch vom 11. September 1973 folgende Verfolgungswelle gegen die Anhänger der Regierung Salvador Allende.

F.J. Strauß, dessen willfähriger Adept Jürgen Warnke seit der Bonner Wende dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vorsteht, machte aus seiner Sympathie für die von Pinochet errichtete „Ordnung“ ohnehin nie einen Hehl: „Ich habe keine Zweifel“, beschied Strauß dem Diktator anlässlich seines Chile-Besuches 1977, „daß Chile ein demokratisches und freies Land ist und vor allem, weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat: die Disziplin, den Respekt und die Hilfsbereitschaft.“

Die heimliche Liebe von Strauß, Genscher & Co

Aber auch die Liberalen ereiferten sich schon zu der Zeit, als sie noch mit der SPD koalitierten, des öfteren für das „marktwirtschaftliche Modell“, das in Chile seit 1973 Einzug gehalten hatte. Graf Lambsdorfs Staatssekretär Otto Schlecht konnte im November 1981 ohne anschließende Maßregelung seiner „Bewunderung“ für die wirtschaftlichen Fortschritte Chiles Ausdruck verleihen. Die Bundesregierung, so Schlecht damals, stehe der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern mit „Sympathie“ gegenüber. Und Außenminister H.D. Genscher soll laut einem – bis heute undementierten – Bericht der Santiagoer La Tercera vom 25.9.1981 seinem chilenischen Amtskollegen R. Rojas gegenüber geäußert haben, daß „er die Erfolge (Chiles) auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die bis heute erreicht worden sind, begrüße“. In puncto Wirtschaftsmodell beklagte Genscher damals: „Wenn wir doch in Deutschland das chilenische System hätten!“

Die Äußerungen der konservativ-liberalen Koalitionäre lassen es also durchaus als möglich erscheinen, daß gegenwärtig, im Zuge der Einordnung der staatlichen Entwicklungspolitik in die Reagan'sche Südamerikastrategie, eine Wiederaufnahme der Bonner Entwicklungshilfe für die chilenische „Mörderbande“ (Hans Matthöfer) vorbereitet wird. Zeitweilige Verhaftungen christdemokratischer Spitzenpolitiker, wie sie das Pinochet-Regime im Sommer 1983 vornahm und damit die bundesdeutschen Christdemokraten zum Protest herausforderte, dürften dabei allenfalls störend wirken.

Unterhalb der Schwelle staatlicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit war die Finanzhilfe Bonns auch unter sozialliberaler Ägide stets weitergegangen. Aus dem BMZ-Etat-Posten „Sonstige Leistungen“, für den noch 1980 27,3 Mio DM für Chile bewilligt worden waren, erhielt während dieser Zeit auch die CSU-nahe



U-Boot-Besetzung auf der Howaldt-Werft in Kiel im September 1982



F. J. Strauß mit Pinochet bei einer deutsch-chilenischen Ahnenfeier 1977

Hanns-Seidel-Stiftung für ihre Chile-Niederlassung kräftige Zuschüsse. Stiftungsgeschäftsführer Siegfried Lengl (heute: Staatssekretär im BMZ) kreierte Ende der 70er Jahre z.B. gemeinsam mit dem von der Junta geschaffenen Institut für Gewerkschaftliche Studien ein Projekt, das die aus den Gewerkschaftswahlen vom 31.10.1978 hervorgegangenen juntatreuen Funktionäre ausbilden sollte, im Geiste „freier und unabhängiger Gewerkschaften“ – versteht sich.

Bestimmend für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Chile seit 1973 blieb indessen eine fast ungebrochene Kontinuität auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die staatliche Flankierung dieses „freien Austausches von Waren, Kapital und Dienstleistungen“ durch die Übernahme staatlicher Risikobürgschaften (Hermes) für Exportgeschäfte, den Beistand Bonns bei zahlreichen Umschuldungsverhandlungen Chiles usw. blieb – mit einigen vorübergehenden Einschränkungen – fast völlig intakt.

Die Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank weist aus, daß sich die Investitionsbestände bundesdeutscher Konzerne in Chile zwischen 1976 und 1981 von 60 auf 132 Mio DM erhöht, mithin mehr als verdoppelt haben. Dabei sind diese Zahlen immer noch untertrieben. Das Wirtschaftsmagazin Capital vom Januar 1982 bezifferte allein den Wert der seit 1974 in Chile vorgenommenen bundesdeutschen Neuinvestitionen auf 73 Mio Dollar. Entsprechend zu niedrig angesetzt dürfte deshalb auch die statistisch ausgewiesene Zahl von 32 bundesdeutschen Unternehmensniederlassungen im Jahr 1981 in Chile sein. Immerhin sind demnach seit 1976 13 neue Unternehmen mit bundesdeutschem Kapital gegründet worden. Die Investorliste aus der Bundesrepublik wird angeführt von Konzernen wie Preussag, BASF, Hoechst, Bayer und Olympia-Werke.

Stärker noch als die Direktinvestitionen florierte in den letzten 10 Jahren der Handel zwischen der Bundesrepublik und Chile. Die Bundesrepublik ist nach wie vor der zweitwichtigste Handelspartner Chiles nach den USA. Im Jahre 1981 importierte sie Produkte im Wert von 379 Mio Dollar aus Chile, während die Ausfuhr nach Chile 350 Mio Dollar ausmachte. Über mehrere Jahre war die Bundesrepublik für die chilenische Wirtschaft, besonders für die Kupferwirtschaft, sogar der größte Absatzmarkt im Ausland.

Der „freie Austausch von Waren“ mit der Diktatur in Santiago betrifft schließlich auch den Handel mit todbringendem Kriegsgüter. Dabei geht es nicht nur um die geplante Auslieferung zweier U-Boote des Typs 209/3, die A. Pinochet schon 1980 bei den Howaldtwerken-Deutsche Werft in Kiel bestellte. Aus der Liste der Geschäfte auf diesem Sektor ragen heraus:

- die Lieferung von 4.000 Gewehren des Typs HK 33 (5,56 mm) durch die Firma Heckler und Koch über ihre Lizenzfirma in Thailand im Jahre 1975;
- die Lieferung von 1.900 Panzerabwehrraketen vom Typ „Mamba“ durch den Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (40% Bundesbesitz) über Italien und Argentinien im Jahre 1977; und
- die Lieferung von sechs Kampfhubschraubern des Typs BO 105 durch Messerschmidt-Bölkow-Blohm über die Schweiz im Jahre 1976.

nicht nur die bisher schon beachtenswerte praktische Solidaritätshilfe fortgesetzt und erhöht wird, sondern daß – ausgehend von den realen Kräfteverhältnissen in der Widerstandsbewegung Chiles – der politische Formungsprozeß der Opposition wirksam unterstützt wird.

Es ist einfach die Dialektik der Prozesse, die man sehen muß, wenn man sich ein wirklichkeitsnahes Bild von der Situation in Chile machen will. Schon die heftige Reaktion der Pinochet-Regierung auf die Propagierung des Pliego Nacional gegenüber der CNS (Verhaftung, Ausweisung, Einleitung von Prozessen, Verleumdungskampagnen usw.)³ hat nur deren Massenwirksamkeit erhöht. Neue ähnliche Forderungskataloge entstanden, und neue Organisationsformen auf noch breiterer Basis wurden entwickelt, wie z.B. das aktuelle Nationale Kommando der Arbeiter (CNT).

Eine breite Solidarisierungswelle in allen oppositionellen Kreisen entstand für die CNS, war die Voraussetzung für die gegenwärtig noch breitere Solidarisierungswelle mit den verhafteten aktiven Gewerkschaftern. Natürlich nahmen auch die Abgrenzungs- und Ausgrenzungsversuche zu. Aber es ist schwer, die inhaltlichen Forderungen des Pliego Nacional, insbesondere seine Stoßrichtung auf Wiederherstellung der Demokratie, zu übernehmen und zu propagieren und gleichzeitig Kommunisten und Mitglieder der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) aus dem demokratischen Spektrum auszuschließen.

Schon 1980/81 (während meines Aufenthaltes in Santiago) wurde die Tätigkeit der CNS von Regierungsseite her als Provokation empfunden. Seither hat sie die Repression erhöht.

Eine scheinlegale Basis für die Unterdrückungsmaßnahmen stellt die am 11. März 1981 in Kraft getretene Verfassung dar. In ihr werden unter Mißachtung grundlegender Menschenrechte weitreichende Beschränkungen und Strafmaßnahmen festgelegt. Sie zementiert die Machtkonzentration in den Händen der Streitkräfte und der Junta-Regierung zugunsten der Justizgewalt. Innerhalb der Junta gibt die Verfassung dem Präsidenten politische und administrative Macht. Selbst die formell von anderen Junta-Mitgliedern ausgeübte legislative Gewalt befindet sich jetzt in den Händen Pinochets, der sich zu einem wahren Despoten entwickelt hat.

Bleibende bundesdeutsche Verantwortung

Die Gerichte sind auch weiterhin nicht in der Lage, Schutz gegen Übergriffe wie Mord und Folter zu bieten. Die Militärgerichte – und nicht die Zivilgerichte – haben nach wie vor weitgehende Machtbefugnisse.

Alle humanitären Organisationen sind sich einig, daß die Lage der Menschenrechte 1982 und 1983 schlechter geworden ist. Nach der Statistik des Solidaritätsvikariats wurden 1982 1.213 Personen gegenüber 1981 909 Personen wegen politischer Motive verhaftet. Die UNO-Menschenrechtskonvention und auch die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta kommen zu noch höheren Zahlen.

Was bleibt uns zu tun in der Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik?

Wir können uns kaum der Verantwortung entziehen, denn nach wie vor bestehen die traditionell als gut bezeichneten deutsch-chilenischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen fort. Schon bei der Destabilisierung der Regierung Allende wirkten bundesrepublikanische Institutionen mit, und dies waren nicht nur solche Institutionen wie die Hans-Seidel-Stiftung (CSU-nah; d. Red.). Die sozialliberale Koalition – man kann diese geschichtliche Wahrheit nicht übergehen – tat wenig zur ökonomischen Stabilisierung der Regierung

Allende, wenigstens bei weitem nicht das, was sie später für das Pinochet-Regime tat (Beispiele: Umschuldung, Waffenexport usw.).

Nach den USA ist die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner Chiles. Allein das Handelsvolumen von 729 Mio DM und der hohe Hermes-Absicherungsrahmen von 2,5 Mrd DM sprechen eine deutliche Sprache.

Relevante politische Gruppierungen, repräsentiert durch Personen wie Strauß und Dregger, stützen nicht nur verbal das Pinochet-Regime. Beträchtliche materielle Mittel, andere Unterstützungsarten wie Ausbildungshilfe für regimetreue Lehrer und Gewerkschafter werden durch die den Parteien nahestehenden Stiftungen gewährt.

War also schon die sozialliberale Koalition zögerlich, teilweise offen abstützend, bestenfalls hinter den Kulissen humanitär tätig in einzelnen Fällen, wird man jetzt kaum von einer qualitativen Wende sprechen können, jedoch von einer Verschärfung und konsequenten Durchführung des Kurses, wie er im Strauß-Papier (veröffentlicht Ende März d.J.; d. Red.) und in der Regierungserklärung (Bundeskanzler H. Kohls vom 4.5.1983; d. Red.) angekündigt ist.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben bleibt nach wie vor die Information und Aufklärung über diese Machenschaften bis hin zu den konkreten Forderungen, keine U-Boote an Chile zu liefern.

Wir treten zwar für einen Handel ohne politische Bedingungen ein, aber dies kann kein Handel auf dem Rücken der Menschen sein. Ökonomische Beziehungen, die Repression zur Voraussetzung haben und diese zur Absicherung brauchen, können von uns nicht geduldet werden, ganz sicher dann nicht, wenn es sich um massenhafte und systematische, völkerrechtlich einwandfrei sowohl formal wie materiellrechtlich festgestellte Unterdrückungspraktiken handelt wie im Falle Chile.

Jede Regierung wird zur Komplizin, die solche wirtschaftlichen Beziehungen politisch und diplomatisch fördert. Sie ist nach dem Völkerrecht verantwortlich, ebenso wie jeder einzelne Staatsmann persönlich, seitdem es die Nürnberger Prinzipien⁴ gibt.

Unsere Forderungen auch an die neue Bundesregierung bestehen nach wie vor fort:

- Klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Chile in allen UNO-Gremien;
- Stopp der Waffenlieferungen, insbesondere der U-Boote, ebenso wie der Hilfe zur Militärausbildung;
- Ökonomischer Boykott, zumindest Einstellung staatlicher Hilfe für den Export militärischer oder zur Repression verwendbarer Güter;
- Verwirklichung des Asylrechts entsprechend dem Art. 16 Absatz 2 des Grundgesetzes.

In diesen Forderungen nicht nachzulassen, scheint mir der wirksamste Beitrag von unserer Seite zum Widerstand des chilenischen Volkes zu sein. .

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Siehe den Erfahrungsbericht der dritten Chile-Reise von G. Stuby/R. Feicht in: AIB 1/1982, S. 10-13
- 2) Zum Konzept der „Chicago-Boys“, seiner Anwendung in Chile und den Folgeerscheinungen siehe die Aufsätze von R.E. Cole und H. Fazio in: G. Stuby/E. Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile, Köln 1977, S. 148 ff und AIB 9/1981, S. 10-13
- 3) Im Sommer 1981 waren 10 CNS-Führungsmitglieder verhaftet, der CNS-Vorsitzende Manuel Bustos und CNS-Generalsekretär Alamiro Guzman bis 1982 hinter Gitter gehalten worden. Im Dezember 1982 verwies das Regime M. Bustos und den CNS-Führer Hector Cuevas, Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft, des Landes.
- 4) Prinzipien, die in Anklage und Urteil des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher des Hitler-Regimes nach dem 2. Weltkrieg formuliert wurden. Im Detail siehe in: G. Stuby/E. Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen..., a.a.O., S. 18 ff.



Heinz O. Vetter mit Hortensia Bussi de Allende auf dem Podium des Münsteraner Kongresses

Heinz Oskar Vetter

Das Lehrstück Chile

Heinz Oskar Vetter, langjähriger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zählte auf dem Münsteraner Kongreß „Für Chiles Freiheit“ zu den prominentesten Rednern. Aus seinem Eröffnungsreferat bringen wir Auszüge.

Es gibt in diesem unserem Land Politiker, die nicht nur klammheimlich Freude verspürten, als die Faschisten in Chile mit der Ermordung Salvador Allendes die Ergebnisse demokratischer Wahlen in ihr Gegenteil verkehrten. Diese Politiker posierten zusammen mit dem Exponenten der reaktionären Militärs auf Gruppenfotos. Sie machten aus den Masseninternierungen im Stadion von Santiago einen unbeschwerten Freizeitaufenthalt. Und die liberale Wirtschaftspresse der Bundesrepublik Deutschland erklärte Chile zum Wirtschaftswunderland Lateinamerikas. Zum Modell Deutschland sozusagen.

Die Regierung Allende – eine Wegmarke

Was ich mit all dem sagen will, ist dies: Die Ereignisse in Chile vor zehn Jahren und die Entwicklung in diesem lateinamerikanischen Land markiert auch eine innere Demarkationslinie bei uns. Chile hat uns immer nahegelegen. Die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes ist keine unbedeutende Fußnote der lateinamerikanischen Geschichte. Sie ist eine unauslöschbare Wegmarke der Kämpfe der lateinamerikanischen Völker um Unabhängigkeit und Emanzipation. Und eben weil die Politik Allendes der Ver-

such war, den Teufelskreis der Abhängigkeit nach außen und der Einmischung nach innen zu durchbrechen, einen eigenen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung zu gehen – deshalb wurde vor zehn Jahren die chilenische Demokratie umgebracht und deshalb mußte Salvador Allende sterben. Und heute erleben wir, daß dieser Kampf (der Widerstand des chilenischen Volkes im Lande und im Exil) seine Früchte trägt. Das Regime kommt in Bedrängnis. Es sieht sich einer breiten populären Opposition gegenüber, die stärker sein wird als die Militanz des Regimes und die Stärke der ausländischen Bündnispartner dieser Junta, die sich Regierung nennt.

Das Lehrstück Chile heißt: Niemand kann auf Dauer gegen ein ganzes Volk Gewalt ausüben.

Es gab eine Zeit, liebe Freunde, in der diejenigen jubelten, die nichts sehnlicher herbeiwünschten als ein anderes Lehrstück: Das Lehrstück davon, wie man ein Volk befrieden kann, wenn wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstand bei gleichzeitiger Unterdrückung und bei Abschaffung aller demokratischen Rechte durchgesetzt werden könnten. Ich habe nicht vergessen, wie eine gewisse Sorte Presse in Westeuropa die trügerischen Anfangserfolge des Pinochet-Regimes als Beweis für die Richtigkeit dieses Lehrstücks feierte.

Was geschah in Chile in Wirklichkeit? Die führenden Theoretiker des Monetarismus mißbrauchten die chilenische Wirtschaft als Laboratorium. Sie wollten beweisen, daß sie Recht hatten. Sie wollten in Chile beweisen, daß man mit wirtschaftlichem Aufschwung einem Volk die demokratische Seele abkaufen kann. Und sie wollten beweisen, daß

der Weg des Monetarismus – vor allem dann, wenn man ihn ungehindert von Demokratien und freien Gewerkschaften durchführen kann – der Weg aus der Krise ist.

Das Ergebnis kennen wir: Wenn irgendwo in der Welt ein Beweis erbracht werden muß darüber, welche verheerenden Folgen die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Monetaristen hat, dann ist er in Chile erbracht worden. Der hemmungslose Liberalismus in der Wirtschaft bei hemmungsloser Unterdrückung im Innern führte zu riesigen Inflationsraten, zu Massenarbeitslosigkeit und zu Massenelend. Und selbst die Schichten der Bevölkerung, die zunächst von dieser Politik profitierten, gehören heute zu ihren Opfern: Das chilenische Bürgertum, der chilenische Mittelstand haben erfahren müssen, daß auch sie keine Vorteile auf Dauer von einer solchen Politik zu erwarten haben.

Gewerkschaften – Kopf des Widerstandes

Die anderen, die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Armen, die, die in Selbsthilfe Volksspeisungen organisierten, um die bitterste und unmittelbarste Not zu lindern – die wußten es schon vorher. Man kann ein Land wie Chile nicht ungestraft einer Roßkur aussetzen, die selbst hochentwickelte Industrieländer nicht aushalten.

Was sich in diesen Tagen in Chile, in Santiago, in den Kupferbergwerken, in den Vierteln der Armen, in den Kirchen, in den demokratischen Parteien und vor allem in den Gewerkschaften abspielt – das gibt Chile und der Welt neue Hoffnung. Der gewerkschaftliche Kampf – das zeigt sich in Chile und anderswo in der Welt – unter autoritären Regimes ist nicht nur ein Kampf für ein besseres materielles Leben. Der gewerkschaftliche Kampf unter den Bedingungen der Diktatur ist auch ein Kampf für die Wiedergewinnung der Freiheit und der demokratischen Grundrechte. Der Generalstreik in Chile ist auch ein politischer Kampf.

Heute wissen wir noch nicht, ob dieser Kampf das Pinochet-Regime beiseite fegen wird. Es ist zu fürchten, daß das Regime alle Mittel der Gewalt, des staatlich organisierten Terrors einsetzen wird, um die Herrschaft über das Volk zu erhalten. In Chile findet nicht ein Aufstand des Volkes gegen die Regierung statt. In Chile putscht das Militär gegen das Volk. Der Terror findet nicht von unten nach oben statt – er verläuft genau umgekehrt.

Die Führung der chilenischen Gewerkschaften, die Sprecher des Nationalen Kommandos der Arbeiter, zeichnen sich durch Klugheit und Besonnenheit aus. Sie wollen mit den Mitteln des gewaltlosen Widerstand, mit den klassischen Mitteln der Gewerkschaften, mit dem Mittel des Generalstreiks eine Wende zum Besseren herbeiführen. Ich weiß, liebe Freunde, daß ich in Eurem Namen spreche, wenn ich sage: Wir alle wünschen dem chilenischen Volk, den chilenischen Arbeitern, den kämpfenden Demokraten in diesem Land nichts sehnlicher, als daß dieser Weg des gewaltlosen Widerstands zum Erfolg führen möge.

Das Regime reagiert wie alle Terrorregime in dieser Welt: Mit Verhaftungen von Gewerkschaftern, mit Internierung von Oppositionellen, mit Unterdrückung von Intellektuellen, mit Ausweisungen, mit Folter und mit Prügel. Rodolfo Seguel, einer der Führer des Nationalen Kommandos der Arbeiter ist verhaftet worden. Hunderte von Gewerkschaftern sind interniert. Tausende von Arbeitern sind entlassen worden.

Das Regime regiert in Chile wie eine Besatzungsarmee in einem fremden Land. Aber es soll sich nicht täuschen: Wer glaubt, er könne einer so breiten und vielgestalteten Bewegung wie dem chilenischen Widerstand dadurch den Garaus machen, daß er ihm den Kopf abschlägt, der täuscht sich.

Eine Bewegung, die in zehn Jahren nicht aufgegeben hat, die sich neu konstituiert hat und die heute die übergroße Mehrheit des chilenischen Volkes hinter sich weiß, eine solche Bewegung läßt sich nicht einfach umbringen.

Der größte Teil der Kirche Chiles steht an der Seite des Volkes. Der Diktator und die ihm herzlich verbundene Oligarchie stehen vor dem Bankrott – wenn nicht morgen, dann übermorgen.

Die Chilenen wollen nicht, daß an die Stelle der totalen Repression ein anderes, halb autoritäres Regime tritt. Sie wollen Demokratie. Aber keine gelenkte Demokratie nach türkischem oder argentinischem Muster.

Ich richte dies an die Adresse derer, denen ich zutraue, daß sie einen Rückzug auf Raten für den taktisch klügsten Weg halten. Ein kleiner Hauch von Argentinien jedenfalls ist schon zu spüren, wenn man in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Kommentar liest, der mit dem Satz endet: „Ob das chilenische Militär angesichts der Unruhen den Präsidenten fallen lassen könnte, um einen flexibleren Mann an die Spitze des Staates zu stellen, bleibt abzuwarten.“

Die Tragik Chiles seit dem Putsch gegen die Regierung Salvador Allendes ist, daß dieses Land im Einflußbereich einer Weltmacht liegt, der es offensichtlich nicht, wie sie immer behauptet, auf die Unterstützung der Demokratie in der Welt ankommt, sondern auf die Festigung ihrer Einflüsse in der Welt. Die Militärpolitik der Vereinigten Staaten, die Politik der wirtschaftlichen Daumenschrauben in Lateinamerika beweist dies.

Ich weiß aber auch, daß es in den USA, im Senat und im Repräsentantenhaus Frauen und Männer gibt, die dieser verhängnisvollen Politik ein Ende machen wollen. Sie müssen jetzt handeln. Die chilenischen Demokraten brauchen ihre Unterstützung.

Das Regime steht vor seinem Ende. Wenn nicht heute, dann morgen. Dieser zehnte Jahrestag des Putsches der Militärs und der Oligarchie gegen ein ganzes Volk gibt uns allen Hoffnung. Das chilenische Volk, alle Demokraten in diesem Land und im Exil haben Anspruch auf unsere Solidarität. Auf Solidarität mit Worten und mit Taten. Chile lebt. Es lebe das freie und demokratische Chile.



Keine
U-Boote für die
Militärdiktatur
in **Chile**
Solidarität
mit dem
chilenischen Volk **!**

Abschlußerklärung des Münsteraner Chile-Kongresses

Zehn Jahre Militärdiktatur in Chile. Zehnter Jahrestag des Putsches gegen die Demokratie und des Todes von Salvador Allende. Die Bewegung der internationalen Solidarität mit Chile in der BRD ist anlässlich dieses Datums zu einem „Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika“ zusammengekommen.

Grund unseres Treffens ist Erinnerung

Erinnerung an die Zeit der Regierung der Volkseinheit und ihres Präsidenten Salvador Allende in den Jahren 1970-73. Die Zeit, in der das chilenische Volk daran ging, seine wirkliche Unabhängigkeit von den Zentren des Imperialismus zu erkämpfen, daran ging, endlich ein Leben „frei von Furcht und Not“ zu führen. Die Zeit, in der dieses Volk allen Völkern der sog. „Dritten Welt“ die Perspektive eines historischen neuen Weges zur Errichtung einer menschlichen, gerechten, demokratischen und freien, einer sozialistischen Gesellschaft aufzeigte.

Grund unseres Treffens ist Trauer

Wir trauern um den Genossen Salvador Allende, den bis heute letzten demokratisch legitimierten Präsidenten der Republik Chile. Wir trauern um tausende Opfer des Putsches, um unzählige verschwundene politische Gefangene, um die Opfer staatlichen Terrors der vergangenen 10 Jahre, um die vielen chilenischen Demokraten, die im Exil sterben mußten. Wir trauern um den ermordeten Sänger des ganzen Amerika, „unseres Amerika“, Victor Jara.

Grund unseres Treffens ist Anklage

Die chilenischen Verantwortlichen für den Putsch und für die Opfer der Diktatur sind bekannt. Allen voran der Hochverräter Pinochet, der noch im August 1973 als Oberbefehlshaber der Streitkräfte den Treueid auf das demokratische Chile schwor. Die führenden Repräsentanten der chilenischen Streitkräfte, der Sicherheitsdienst und der nationalen Großbourgeoisie sind die Verantwortlichen für Leid und Elend des chilenischen Volkes.

Zur Aufrechterhaltung der Diktatur mußte und muß das Regime der Menschenrechte mit voller Absicht systematisch verletzen. Die Form der Menschenrechtsverletzungen in Chile haben sich im Verlauf der Jahre verändert – nicht jedoch ihre terroristische Substanz. Der Preis der von der Diktatur im Bündnis mit dem Finanzkapital durchgesetzten liberal-kapitalistischen Wirtschaftspolitik bestand – auch schon lange vor der heutigen Wirtschaftskrise – für das Volk nur in Elend und Hunger in einer für Chile historisch unbekannt Dimension. Trauer und Repression, der Krieg gegen das eigene Volk, sind für das Überleben der Diktatur notwendig. Ohne die Unterstützung der Diktatur durch den Imperialismus der USA ist dieses Überleben jedoch auch nicht möglich. Nicht einmal der Putsch vom 11. September 1973 wäre ohne die in den vorhergehenden Jahren von den USA in Chile betriebene Destabilisierungspolitik möglich gewesen. Ohne die tägliche und langjährig politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Militärdiktaturen Lateinamerikas – nicht nur der in Chile – durch die USA, wäre keine dieser Diktaturen existenzfähig.

Desungeachtet ist es jedoch nicht so, daß die Verantwortlichen für die Unterdrückung in Chile und Lateinamerika nur in den USA zu suchen sind. Transnationale Konzerne nicht nur der USA, sondern auch Japans, der BRD und anderer Länder nutzen gemeinsam das „günstige Investitionsklima“ in großen Teilen Lateinamerikas, d.h. die Ausbeutung der dort lebenden Völker.

Zu viele Politiker unseres Landes schweigen zu den Vorgängen in Chile wie auch in Zentralamerika. Viele legitimierten den Putsch von 1973 und stützen den andauernden Terror der Diktatur. Im 50. Jahr nachdem die deutsche Rechte die politische Macht an Hitler übergeben hat, weisen wir daraufhin, daß die, die heute zu Lateinamerika schweigen, im Zweifelsfalle nicht das Grundgesetz unserer Republik achten werden.

Grund unseres Treffens ist Aufruf zur Solidarität mit den Völkern Zentralamerikas (...)

Die Solidaritätsbewegung in der BRD muß die Revolution in Nicaragua mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Sie muß dies tun nicht nur im Interesse des nikaraguanischen Volkes, sondern mittelbar auch im Interesse der Völker El Salvadors und Guatemalas. Die chilenische Erfahrung lehrt, daß Niederlagen der revolutionären Bewegung ihren langfristigen Preis haben. Die Unterstützung der Revolution in Nicaragua ist in der Solidaritätsbewegung der BRD nicht unumstritten. Ungeachtet legitimer und notwendiger Diskussionen über Entwicklungen in Nicaragua bleibt festzuhalten, daß das Überleben der Revolution in Nicaragua elementare Voraussetzung der Befreiung Zentralamerikas ist. Gleiches gilt bei allen Unterschieden auch für Kuba.

Grund unseres Treffens ist Hoffnung

Die Diktatur zerstörte das demokratische Chile. Sie konnte jedoch nicht in den vergangenen 10 Jahren das demokratische Bewußtsein und den Widerstand des chilenischen Volkes zerstören. Terror und Angst vermochten allenfalls einzuschüchtern. Über lange Jahre sollte das Wort des im September 1973 gestorbenen Pablo Neruda seine bittere Berechtigung behalten: „Chile – ein stilles Vietnam“.

Heute, fast 10 Jahre später ist diese Stille durchbrochen. Die erfolgreich durchgeführten nationalen Ausstände und Protestaktionen am 11. Mai und am 14. Juni 1983, der am 23. Juni begonnene unbefristete Generalstreik bedeuten eine grundsätzlich neue Qualität im Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie: die Diktatur ist in der Defensive; sie klammert sich an die ihr verbliebene militärische Macht. Das Volk hingegen hat seine Angst überwunden, kämpft wieder auf der Straße.

Diese Entwicklung hat eine langjährige Geschichte und ist nicht nur mit Verweis auf die katastrophale Wirtschaftslage zu erklären. Ebenso wenig kann in dem Wechsel großer Teile des Bürgertums in das Lager der Opposition die alleinige Ursache gesehen werden. Im Blick auf die verbotenen Parteien, auf Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kulturgruppen, Organisationen der Obdachlosen, Menschenrechtsgruppen etc. hat ein zehnjähriger Kampf zur „Rückeroberung Chiles“ (J. Cortázar) stattgefunden, in dem die Bedingungen für die heutigen Kampfformen erst schrittweise geschaffen wurden.

Grund unseres Treffens ist Verpflichtung

Keine demokratisch legitimierte Regierung dieser Welt könnte sich angesichts der vollständigen politischen und ökonomischen Zerrütung eines ganzen Landes, so wie sie heute in Chile zu Tage liegt, auch nur eine Woche lang im Amt halten. Daß Pinochets Macht bis heute besteht, hat drei entscheidende Gründe:

1. Noch verfügt die Diktatur über die breite Unterstützung der Streitkräfte.
2. Die Diktatur verfügt über eine starke Unterstützung der USA.
3. Der Einigungsprozeß der demokratischen Opposition hat trotz aller sichtbaren Fortschritte noch nicht zur Herausbildung einer überzeugenden politischen Alternative geführt.

Auch noch nach 10 Jahren besteht die dringende Notwendigkeit der internationalen Solidarität mit Chile.

Die Teilnehmer des Kongresses „Für Chiles Freiheit!“ grüßen das um seine Freiheit und Demokratie kämpfende chilenische Volk und erklären ihre uneingeschränkte Solidarität. Unsere besondere Solidarität gilt dem „Nationalen Kommando der Arbeiter“, in dem wir den fortgeschrittensten Ausdruck des Einigungsprozesses innerhalb der Opposition erkennen.

Von der chilenischen Regierung fordern wir:

- die sofortige Freilassung von Rodolfo Seguel!
- die sofortige Freilassung aller am 14. Juni und später Verhafteten!
- Freilassung aller politischen Gefangenen!
- Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen Kupferarbeiter!
- Aufhebung aller Verbannungen und Ausweisungen!
- Bedingungslose Rückkehrmöglichkeit aller Exilierten!
- Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen!

Die Bundesregierung fordern wir auf:

- sich in ihrer Politik gegenüber Chile die vorgenannten Positionen zu eigen zu machen und diese auch in internationalen Gremien, vor allem auf der Ebene der Vereinten Nationen deutlich zu machen;
 - jegliche politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Diktatur zu unterlassen, d.h. vor allem die vorgesehene Lieferung von zwei U-Booten an Chile zu unterbinden;
 - das im Grundgesetz verankerte Asylrecht, welches zahllosen Chile- nern seit 10 Jahren lebenswichtig war und ist, zu wahren.
- Den Deutschen Gewerkschaftsbund sowie alle Einzelgewerkschaften rufen wir auf, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Unterstützung der chilenischen Arbeiterbewegung und insbesondere des „Nationalen Kommandos der Arbeiter“ verstärkt einzusetzen. Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik rufen wir auf, die Solidarität mit Chile politisch und materiell erneut zu beleben und zu verstärken.

Als Träger der Chile-Solidaritätsbewegung in der BRD erklären die Teilnehmer des Kongresses ihren Willen, die auf diesem Kongreß verwirklichte Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Solidaritätsgruppen auch in Zukunft fortzusetzen.

FÜR CHILES FREIHEIT!

FÜR DIE FREIHEIT DER VÖLKER LATEINAMERIKAS!

Münster, 26. Juni 1983

Internationales Ferienlager Salvador Allende

Die Koordination der Chilenischen Linken in der Bundesrepublik und der Arbeitskreis Chile-Solidarität Kiel führte in der Zeit vom 22.-31. Juli 1983 in Noer bei Kiel das Internationale Sommerlager Salvador Allende durch. Daran nahmen etwa 200 Menschen teil, die Hälfte von ihnen Exil-Chilenen aus der BRD und Westberlin.

Kiel war als Veranstaltungsort gewählt worden, weil sich diese Stadt in den letzten Jahren zu einem Tummelplatz hunderter Militärs aus Lateinamerika und der zugehörigen Geheimdienste entwickelt hat. Hier werden auf der Howaldtswerft (HDW) Kriegsschiffe, vor allem U-Boote, für Diktaturen in aller Welt hergestellt. Seit 3 Jahren werden zwei U-Boote für das faschistische chilenische Militärregime gebaut und die chilenische Marine unterhält ein Büro in Kiel. Außer den Chilenen werden zur Zeit Militärs aus Kolumbien, Peru und Ecuador ausgebildet.

Die Schaffung von Kapazitäten in der Kriegsproduktion hat bei der HDW „Sachzwänge“ geschaffen: Nur durch immer neue Rüstungsaufträge können angeblich die Arbeitsplätze gesichert werden. Gleichzeitig gibt es im zivilen Schiffbau Massenentlassungen. Das Vorstandskonzept des bundeseigenen Konzerns sieht die Entlassung von 4.000 Beschäftigten vor, die restlichen 3.000 Arbeiter und Angestellten sollen dann ausschließlich profitable Kriegsschiffe bauen.

Der Zusammenhang zwischen der Unterstützung faschistischer Regimes, verstärkter Kriegsproduktion und der dadurch verursachten Vernichtung von Arbeitsplätzen liegt in Kiel auf der Hand.

Mit dem Internationalen Sommerlager sollte versucht werden, gemeinsame Aktionen von Solidaritäts- und Friedensbewegung an dem konkreten Projekt „Keine U-Boote für Chile“ durchzuführen.

10 Tage lang haben 200 Deutsche und Chilenen sehr eng miteinander gelernt, zusammen gebadet, gegessen, getanzt und diskutiert. Die Form des Zeltlagers ermöglichte z.B. die Teilnahme von mehr als 50 Kindern mit ihren Eltern, d.h. es waren viele Leute in Kiel, die bei anderen Aktionen meistens zu Hause bleiben müssen. Die solidarischen Atmosphäre, die sich dabei trotz vieler organisatorischer Mängel und der sehr unterschiedlichen politischen Standpunkte entwickelte, ist aus unserer Sicht ein Erfolg des Lagers.

Kiel – Zentrum des Rüstungsexports

Auf dieser Basis war es dann möglich, zwei im wesentlichen gelungene Aktionstage durchzuführen. Für beide Tage hatten wir uns den rund um die HDW gelegenen Arbeiterstadtteil ausgesucht (bundesweit berücksichtigt durch den 10%-Stimmenanteil der Nazi-Liste „Ausländer-Stop“ bei den Kommunalwahlen).

Am Aktionstag „Gegen NATO-Raketen – für Abrüstung in Ost und West“ wurden den ganzen Tag über vor der Werft und im Stadtteil Flugblätter verteilt. Zum Abschluß des Tages führten wir dann vor dem Werfttor mit 150 Teilnehmern einen „Menschenteppich“ durch und informierten über die Folgen eines Atomkrieges für das Rüstungszentrum Kiel. Überraschend war für uns in den vorbereitenden Diskussionen im Lager, daß die Zusammenhänge zwischen Friedens- und Solidaritätsaktionen nicht von allen gesehen wurden.

Politischer Höhepunkt war dann der Aktionstag „Keine U-Boote für Chile – Gegen Kriegsproduktion und Massenentlassungen“. Begleitet von Flugblatt-Aktionen, Info-Ständen und Straßentheater, führten wir mit nahezu allen Lagerteilnehmern eine einstündige Blockade der Abteilung Kriegsschiffbau durch.

Trotz eines direkten Zusammentreffens mit Angehörigen der chilenischen Marine während der Blockade gelang es, die Aktion friedlich und so wie geplant zu beenden. Die Aktionsform der Blockade war von uns bewußt im Hinblick auf die Herbstaktionen der Friedensbewegung gewählt worden.

Wir haben den Verlauf insgesamt als Erfolg eingeschätzt. Das gilt vor allem für die Teilnehmer selbst; für fast alle war es eine neue Erfahrung. Da es an den meisten möglichen Blockadepunkten wenig direktes Publikum gibt, weil sie außerhalb von Städten oder Industriegebieten liegen, ist das politische Ergebnis überwiegend von der Haltung der Presse abhängig. Hier liegt die wesentliche Schwäche von Blockaden – wahrscheinlich wird es notwendig sein, für den Herbst intensiver über Aktionsformen nachzudenken, die dort durchführbar sind, wo wir viele Menschen erreichen.

In dieser Hinsicht waren z.B. die anschließende Chile-Demonstration in die Innenstadt und die Aktionen der Straßentheatergruppe wirksamer als die Blockade. Vom politischen Programm zu erwähnen sind noch die beiden Solidaritätsveranstaltungen: das Abschlußfestival mit Kinderfest in Kiel und das Meeting anläßlich des 30. Jahrestages des Sturms auf die Moncada-Kaserne in Kuba am 26. Juli.

Neben der aktuellen Situation in Chile stand vor allem die Solidarität



Blockadeaktion im Juli d. J. in Kiel

mit den Völkern Mittelamerikas im Vordergrund. Eine Spendensammlung für das Volk Nikaraguas brachte 300 DM.

Wir haben 6 Monate an der Vorbereitung gearbeitet. Unserer Meinung nach ist ein örtliches Komitee durch ein Projekt dieser Größe überfordert. Die zahlreichen Pannen in der Organisation zeigen, daß es notwendig wäre, mehr Leute und Gruppen an der Durchführung zu beteiligen.

Viele gute Ideen und Vorschläge blieben ungenutzt, weil die Sicherung von Verpflegung, Unterbringung und Finanzierung den größten Teil der Zeit beansprucht hat.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß es sich insgesamt lohnt hat. Die Kombination von Erholung und Politik bietet Möglichkeiten, die wir nutzen sollten. Die Diskussion darüber, ob, wo und mit welchem Schwerpunkt das nächste Sommerlager der Solidaritätsbewegung stattfindet, sollte im Herbst beginnen – wir werden uns daran beteiligen.

Die Teilnehmer am Internationalen Sommerlager Salvador Allende haben die Frage schon beantwortet – 33 Leute haben sich als Helfer für das nächste Jahr angemeldet.

Detlef Jordan

Anklage wegen U-Boot-Besetzung erhoben Chile-U-Boote – ein befriedetes Besitztum?

„Am 4. September 1982 erstiegen 23 Personen, von der Seeseite her auf Segelyachten kommend, das zum Werk Süd der HDW gehörende U-Boot-Dock. Auf diesem wurden weithin sichtbare Spruchbänder mit den nachfolgenden Aufschriften entrollt:

- Keine U-Boote für Chile
- Rüstungsexport – Beihilfe zum Mord
- Arbeit schaffen ohne Waffen

(...) Das U-Boot-Dock stellt befriedetes Besitztum im Sinne von § 123 StGB dar.“

So steht es in 11 Anklageschriften gegen je 2 Teilnehmer an der symbolischen Besetzung. Im Werk Süd der Howaldtswerft (HDW) werden Waffen für terroristische Regimes in der ganzen Welt hergestellt, obwohl das Grundgesetz jede Handlung unter Strafe stellt, die das friedliche Zusammenleben der Völker gefährdet.

Wenn sich die Justiz um den angeblichen Hausfrieden von Waffenhändlern, nicht aber um deren kriminelle Geschäfte kümmert, ist es notwendig, alle Formen des Protestes dagegen zu nützen.

Wir fordern deshalb insbesondere die Friedensbewegung auf, in den Herbstaktionen den Kampf gegen die Raketenstationierung mit Aktionen gegen die Ausweitung des Rüstungsexports zu verbinden.

Wir bitten um Unterstützung bei den auf uns zukommenden Prozessen, nicht zuletzt um materielle Solidarität. Spenden-Konto: Chile-Solidarität/BfG-Kiel, Konto-Nr. 1055350300.

Arbeitskreis Chile Solidarität Kiel

Detlef Jordan, Schoolkamp 47, 23 Kiel 14; Tel.: 0431-712098

Aktionsmöglichkeiten und Materialtips

Seit dem blutigen Militärputsch am 11. September 1973 organisiert ein Netz von Chile-Komitees in bundesdeutschen Städten die Solidaritätsarbeit mit dem chilenischen Volk. Von Anfang an sah das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) für Afrika, Asien und Lateinamerika eine seiner Hauptaufgaben in der wirksamen Unterstützung und Koordination dieser Arbeit. Später entstand die Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (IICCS) und die hauptsächlich vor Ort arbeitende Kinderhilfe Chile. Um das Los der politischen Gefangenen in Chile kümmerte sich auch Amnesty International. Die Chile-Solidaritätsbewegung wirkt in Abstimmung mit der Koordination der chilenischen Linken in der Bundesrepublik.

Adressen:

- ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1
- Sonderkonto Prof. Wulff, Konto-Nr. 527055-602, Postscheckamt Frankfurt/M., Kennwort: Chile
- IICCS, c/o H. Werner, Elsa-Brandström-Str. 4, 6500 Mainz
- Koordination der chilenischen Linken in der Bundesrepublik, c/o Kulturreis Pablo Neruda, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

U-Boot-Boycott

Seit zwei Jahren kämpft die Solidaritätsbewegung gegen die geplante Lieferung zweier U-Boote der Kieler Howaldtwerke-Deutsche Werft (HDW) nach Chile.

Einige dieser Aktivitäten sind dokumentiert in der Broschüre „2 Jahre U-Boot-Bau für Chiles Faschisten in Kiel“, die der Chile-Arbeitskreis, c/o Pumpe, Haßstr. 22, 2300 Kiel 1, erstellt hat. Plakate, Aufkleber, Protest-Postkarten, Informationsbroschüren und eine Materialliste zu dieser Kampagne können bezogen werden über:
Solidaritätsshop 3. Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

Helft den Verschwundenen!

Eine wichtige Arbeit zahlreicher Chile-Komitees besteht in der Durchführung von Nachforschungsaktionen nach Regimegegnern, die verschleppt worden sind. Zahlreiche Patenschaften mit solchen Verschwundenen wurden organisiert. Eine Broschüre „Donde estan? Wo sind sie?“ (68 S., 3 DM) doku-

mentiert die mustergültige Arbeit der Marburger Chile-Komitees auf diesem Gebiet. Bezugsadresse: W. Weber, Buchenweg 14, 3556 Weimar 4

Rückkehrrecht für Chilenen

Vermehrte Anstrengungen sollen in nächster Zeit unternommen werden, um die politischen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit für die Exil-Chilenen das Recht zur Rückkehr in ihr Land geschaffen wird. Ein bundesweites Komitee zur Sicherung des Rechts der Chilenen, in ihrer Heimat zu leben, befindet sich im Prozeß der Gründung.

Materialien

Der Solidaritätsshop 3. Welt hat zur Zeit sechs Chile-Plakate in seinem Sortiment, die teilweise mit Eindrucksmöglichkeiten, auch in größerer Auflage geliefert werden können (Preis zwischen 1 und 3 DM). Das neueste Plakat trägt die Aufschrift „Chile wird wieder Chile“.

Drei Aufkleber und drei Buttons mit unterschiedlichen Motiven und Schriftzügen können ebenfalls über den Solidaritätsshop bezogen werden. Darüber hinaus kann eine Dia-Serie ausgeliehen werden.

Soeben erschien auch eine Kurzbroschüre mit dem Titel „Chile – 10 Jahre nach dem Putsch“, die wichtige Grundinformationen vermittelt (Preis 1,50 DM). Vollständige Bestellliste anfordern bei: Solidaritätsshop 3. Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1

Ein grafischer Leckerbissen ist die Plakatmappe „Chile kämpft – Nicaragua lebt“, die beim Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen, herausgekommen ist (Preis 48 DM). Die Mappe enthält mehrfarbige Nachdrucke von Plakaten aus Nicaragua (18 Stück) und Chile (21 Stück) in den Formaten DIN à 1 und 2; dazu 16 Textblätter mit Informationen und ein Serviceheft mit Erläuterungen für die Durchführung von Ausstellungen.

Über 20 Chile-Filme aus den Jahren zwischen 1971 und 1980 sind im Verleih der UNIDOC-Film GmbH zu haben. Eine vollständige Liste mit Inhaltsbeschreibungen kann bezogen werden bei: UNIDOC, Dantestr. 29, 8000 München 19. Zwei weitere Chile-Filme hat

der CON-Film-Verleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen, im Programm.

Die demokratische Musikkultur Chiles hat viel zur Verbreiterung der Solidaritätsbewegung beigetragen. Die meisten chilenischen Musikgruppen, darunter die weltberühmten Inti-Ilumani und Quilapayun, sind in der Bundesrepublik im Verlag Pläne (Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund) verlegt worden. Neben Pläne ist auch die Agentur topas (Hedwig-Str. 32, 4300 Essen 1) bei der Vermittlung von Musikgruppen für Auftritte im Rahmen von Solidaritätskonzerten behilflich.

Buchhinweise

Rechtzeitig zum 10. Jahrestag des Putsches hat der Pahl-Rugenstein Verlag das großformatige Werk

Chile – Ein Schwarzbuch, Hrsg. v. H.W. Bartsch, M. Buschmann, G. Stuby, E. Wulff, Köln 1983, 230 S., 14 DM

in neuer Auflage herausgebracht. Das mit vielen Fotos ausgestattete Schwarzbuch behandelt die Regierungsphase der Unidad Popular Anfang der 70er Jahre und zeichnet die Geschichte des Militärputsches von 1973 nach. Einen anschaulichen Eindruck der jüngsten Ereignisse in Lateinamerika gibt der aus Fotos von Koen Wessing und einem Text von Eduardo Galeano bestehende Großformatband:

Von Chile bis Guatemala. Zehn Jahre Lateinamerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 18,80 DM.

Das Buch behandelt Ursachen der Unterentwicklung, schildert Einkommensverteilung, Repression, Menschenrechtsverletzungen und geht auf das Problem der kulturellen Identität des Subkontinents ein, in dem die herrschende Kultur ein billiger Abklatsch US-amerikanischer und europäischer Konsumideologie ist.

Drei weitere Neuerscheinungen sind:

Romeo Rey, Zehn Jahre Grausamkeit oder die Erdrosselung Lateinamerikas, rororo-aktuell 5252, Reinbek bei Hamburg 1983, 311 S., 10,80 DM;

Wilfried Huismann, Dieser Augenblick rückt näher. Reportagen aus Chile, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983, 190 S., 14,80 DM;

Ruth Sborowitz, Zwei Abschiede, eine Hoffnung, Verlag Frauenoffensive, München 1983, 152 S., 19,50 DM.

Romeo Rey, Lateinamerika-Korrespondent der Frankfurter Rundschau und des Tages-Anzeiger (Zürich) hat Reportagen, Essays und Analysen der letzten 10 Jahre neu zusammengestellt. Es entsteht so – ausgehend von dem chilenischen Militärputsch – ein lebendiges Bild der Gesamtentwicklung auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Wilfried Huismanns Reportagenbuch beschränkt sich demgegenüber auf die aktuelle Lage in Chile. Sein Hauptaugenmerk gilt der Situation und den Perspektiven des Widerstands. Der Autor lebte mehrere Monate lang mit dem Volk in den Elendsquartieren, sprach mit Oppositionsführern und Stadtguerilleros und war bei dem großen Streik der Kohlearbeiter in Lota dabei. Herausgekommen ist dabei ein Buch, das teilweise auf Widerspruch stoßen dürfte, „weil es sorgsam gepflegte Vorstellungen in Frage stellen könnte“.



äußerst knapper Zeitraum, der den Parteien kaum die Möglichkeit läßt, die Auflage zu erfüllen. Aber dies ist nur von zweitrangiger Bedeutung.

Die Junta-Generäle lassen ohnehin keinen Zweifel aufkommen, wer im zu wählenden Parlament das Sagen haben wird. Bis zum 8. Juli 1983 haben die Militärs lediglich drei Parteien zugelassen: die Nationalistische Demokratie-Partei (MDP) des pensionierten Generals Turgut Sunalp, die Vaterlandspartei (Anap) des einstigen Weltbankdirektors Turgut Özal und die Volkspartei (HP) des ehemaligen Provinzgouverneurs Necdet Calp.

Sowohl die MDP als auch die HP sind nichts weiter als „Muvazaa Partisi“, d.h. Parteien, die nur zum Schein eigenständig auftreten, in Wahrheit aber Strohmannorganisationen der regierenden Junta sind. Die MDP ist als Regierungspartei vorgesehen, während der HP die Rolle der Opposition zufällt.

Damit die Rechnung General Evrens aufgeht, müssen Parteien, die trotz aller Repressalien bei der Bevölkerung Aussicht auf Erfolg haben könnten, ausgeschaltet werden. Ein Musterbeispiel dafür bietet die Groß-Türkei-Partei. Ihr konnte die Junta Beziehungen zum ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Süleiman Demirel „nachweisen“ und bezeichnet sie dementsprechend als Nachfolgeorganisation der früheren Gerechtigkeitspartei (AP). Damit dieses wichtige Wählerpotential der AP den Juntaparteien nicht verlorengeht, wurde die Groß-Türkei-Partei verboten, ihre Gründungsmitglieder sowie weitere 8.000 Personen – meistens Vorstände der Provinzorganisationen – gemäß dem Dekret 79 von der Wahlkandidatur ausgeschlossen.

Auch die gemäßigte rechte SODEP des Physikprofessors Erdal İnönü, die sich fast bis zur Selbstverleugnung alle Mühe gab, nicht den Argwohn der Militärs zu erregen, wurde – wie eine Reihe anderer Parteien – durch Namensstreichung aus der Gründerliste nicht zugelassen. General Evren ließ unterdessen verlauten, daß er gegen „zu viele“ Parteien sei.

Ein Parlament nach dem Geschmack der Generäle

Allzuviel wird das neue Parlament gegen den für die nächsten sieben Jahre gewählten Staatspräsidenten, General Evren, sowieso nicht ausrichten können: Der Staatspräsident hat ein Vetorecht gegen Entscheidungen der Abgeordneten, kann den Ministerpräsidenten und die Minister ernennen sowie einen Teil der Richter einsetzen.

Angesichts solcher Einschränkungen der politischen Grundrechte kann es sich die Junta erlauben, bei dem Wahlgesetz in zwei Punkten „großzügig“ zu verfahren: Jenen Bürgern, die sich nicht an der Abstimmung über das Verfassungsreferendum (am 7.11.1982) beteiligt hatten, wurde das auf 5 Jahre aberkannte Wahlrecht wieder zuerkannt. Auch das ursprünglich im Parteiengesetz verankerte Verbot öffentlicher Versammlungen wurde dahingehend modifiziert, daß lediglich „provokative“ Äußerungen über politische Gegner und jede Kritik am Militärputsch sowie an der Junta verboten sind. Allerdings behalten sich die Generäle das Recht vor, alle Kandidaten der Parteien, die ihnen nach eigenem Gutdünken nicht als Abgeordnete geeignet scheinen, abzulehnen. Die ca. 22 Mio Türken sind verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen. Nichtteilnahme kostet umgerechnet etwa 30 DM Geldstrafe.

Angesichts einer dermaßen offenkundigen Wahlfarce zeigte sich am 21.6.1983 selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung pikiert: „Die weitreichenden diktatorischen Kompetenzen, die sich die Generäle im Wahlgesetz zugeschanzt haben, zeigen an: Sie sind bestrebt, ein Parlament nach ihrem Geschmack zusammenzustellen.“

Politische Gefangene im Hungerstreik



Inhaftierte Gewerkschafter in Istanbul

2.500 politische Gefangene traten in der Türkei am 7. Juli 1983 in einen unbefristeten Hungerstreik, um die Verbesserung ihrer Haftbedingungen durchzusetzen. Bis Anfang August d.J. hatte sich die Hungerstreikbewegung, die von vier Istanbul Militärgefängnissen ihren Ausgang genommen hatte, auf die Gefängnisse in Izmir, Mamak, Canakkale, Bartın, Corum und Diyarbakır ausgeweitet und 3.000-4.000 Gefangene erfaßt. Der Hungerstreik dauerte bis zum 4. August an und wurde dann auf Druck der Militärverwaltung hin abgebrochen.

Anlaß für den Hungerstreik, in dessen Folge zahlreiche Inhaftierte in Gefängniskrankenhäuser eingeliefert werden mußten, war die Tatsache, daß man mehr und mehr Häftlinge in eigens errichtete Spezialgefängnisse mit Ein- bis Zwei-Mann-Zellen verlegte. „Eines dieser Zellengefängnisse wurde am 4. Juli 1983 in Sıgırcılar eröffnet“, heißt es in einer Erklärung der Hungerstreikenden. „Aus Militärgefängnissen ausgesiebte revolutionäre Inhaftierte wurden dorthin gebracht. Noch am Gefängnistor fing die Folter an. Nachdem der Inhaftierte bis zur Ohnmacht geprügelt wird, wird sein Kopf kahlgeschoren, und nach Einziehung seiner Zivilkleidung wird versucht, ihm die Anstaltskleidung anzuziehen. Danach dauern die Folter, die Schläge und die Verbote an, damit die Anstaltskleidung und die Zwangsmaßnahmen des Militärs akzeptiert werden.“

Trotz des Informationsverbots der Kriegsverwaltung konnten die Gefangenen ihre Forderungen an die Öffentlichkeit weiterleiten. Sie lauten:

- Aufhebung der Unterdrückung und Folter in den Gefängnissen,
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung,
- Möglichkeit zu unbeobachteten Gesprächen der Gefangenen mit ihren Anwälten und Familienangehörigen,
- Keine Einheitskleidung für politische Gefangene und Rückgabe der Zivilkleidung,
- Erlaubnis, Bücher und Zeitungen zu lesen, Schreibmaterial und Stifte zu besitzen.

Ein Unterstützungsauftrag zahlreicher türkischer Gewerkschaftsvertreter und weiterer Persönlichkeiten hat inzwischen auch in der Bundesrepublik zur Durchführung von Solidaritätshungerstreiks geführt.

Diese und andere Solidaritätsaktionen werfen ein grelles Licht auf die nach wie vor verheerende Menschenrechtssituation in der Türkei. Nach offiziellen Angaben, so Radio Ankara, wurden seit der Verhängung des Kriegsrechts im September 1980 insgesamt 32.671 Personen wegen politischer „Vergehen“, größtenteils durch Militärgerichte, abgeurteilt. Nach Informationen des Türkei-Infodienstes wurden bis Mitte Juli 1983 insgesamt 251 Todesurteile verhängt und davon 48 bereits vollstreckt.

Zahlreiche türkische Organisationen haben für den 10. September 1983, 10.30 Uhr, zu einer Demonstration in Köln aus Anlaß des 3. Jahrestages des Militärputsches aufgerufen.

Dietrich Schulze-Marmeling

Die NATO-Interventionsstrategie und der Part der BRD



V. l. n. r.: NATO-Oberbefehlshaber General Rogers; Bundesverteidigungsminister Wörner mit seinem US-Kollegen C. Weinberger im Manöver

Der Beitrag von Dietrich Schulze-Marmeling, Mitarbeiter beim Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen, knüpft unmittelbar an die bereits in AIB 7-8/1983 (S. 4-8) von W. Rätz und E. Thölke-Sommer aufgeworfene Fragestellung an, welcher Stellenwert der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles im Rahmen der westlichen Globalstrategie zukommt.

Im Jahr 1980 erfuhr die US-Globalstrategie eine bedeutende politische und militär-strategische Modifizierung (Veränderung; d. Red.): An die Stelle der bis dahin gültigen „Swing-Strategie“, die im wesentlichen eine Konzentration auf die „europäische Zentralfront“ beinhaltete, trat nun das Konzept der „globalen Herausforderung“.

Die „Swing-Strategie“ war noch „bescheiden“ von der Möglichkeit eines „ganzen“ Krieges in Europa, zuzüglich eines „halben“ in Übersee, ausgegangen. Die modifizierte Kriegsplanung hingegen zeichnete nun ein Szenario von „drei gleichzeitigen Kriegsschauplätzen“ in Europa, am Persischen Golf und in Fernost. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Komer begründete die Veränderung der US-Globalstrategie mit der „neu hinzugekommenen Verantwortung der USA im Persischen Golf und seinem Umkreis ... sowie Fernost, vor allem im Raum zwischen Korea und Vietnam“.¹

Die Abkehr von der „Swing-Strategie“ markierte in militär-strategischer Hinsicht das Ende der „Nach-Vietnam-Ära“, die eher von globalpolitischer „Zurückhaltung“ seitens der USA gekennzeichnet war, auf ökonomische Instrumentarien und den Aufbau regionaler „subimperialistischer Statthalter“ und „Gendarmen“ setzte.

Die militärischen Kräfte wurden vorrangig auf den Ausbau

der „europäischen Zentralfront“ konzentriert, mit dem Ziel, konventionelle Überlegenheit über die Kräfte des Warschauer Paktes zu erlangen. Die „Begleitmusik“ bestand in der Beschwörung der „russischen Panzerwalze“ und in der These von der angeblichen Fähigkeit der Sowjetunion zum „Blitzkrieg“ und „Blitzsieg“ in Mitteleuropa.

Noch bevor die neue Kriegsplanung in den Rang offizieller Militärpolitik erhoben wurde, hatte Präsident Carters Verteidigungsminister Harold Brown bereits verlauten lassen, daß im Gegensatz zu den vorausgegangenen drei Jahren, in denen der Schwerpunkt US-amerikanischer „Verteidigungs“-Anstrengungen im Ausbau der „Kampffähigkeit Europas“ gelegen habe, „wir dieses Jahr unsere Aufmerksamkeit und speziellen Geldmittel dafür verwandt haben, einen schnelleren Transport von Truppen und Material in die potentiellen Krisengebiete wie den Vorderen Orient, den Persischen Golf und das Arabische Meer zu ermöglichen.“ H. Brown konstatierte im Jahresbericht des Pentagon, daß die „internationalen Turbulenzen“ zugenommen hätten und damit „unser Verteidigungsestablishment ... durchaus mit einer bisher präzedenzlosen Zahl von Anforderungen konfrontiert wird“. „Die Turbulenzen, Drohungen mit Gewalt und der Einsatz von Streitkräften bleiben weit verbreitet...“

Diese Unruhen, so H. Brown weiter, „haben zahlreiche und verschiedenartige Ursachen“, u.a. auch die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, „die grundlegenden Bedürfnisse der Völker zu befriedigen und das explosive Gefälle zwischen Reichtum und Hunger zu verringern“. Die Sowjetunion habe sich diese Gegensätze zunutze gemacht und dadurch die globale Instabilität verstärkt. „Aber die Sowjetunion ist nur ein Teil des Problems“, genauso wichtig seien „die

Unterschiede bei der weltweiten Verteilung von Einkommen und Rohstoffen".

Beschwor bis dahin jeder Jahresbericht des Pentagon nahezu ausschließlich die sowjetische Bedrohung an der „europäischen Zentralfront“, so widmete nun H. Brown den größeren Teil seiner Ausführungen den Bedrohungen von seiten der Dritten Welt. Brown betonte, daß „ein internationales Wirtschaftschaos fast genauso schwerwiegend sein könnte wie eine militärische Bedrohung von seiten der Sowjetunion“.²

Der Jahresbericht des Pentagon von 1982 unterstreicht die bereits in der Ära Carter eingeleitete Rückkehr der USA zur Übernahme globaler Verantwortungen und die stärkere Orientierung auf tatsächliche und potentielle Krisenherde in der Dritten Welt. Er bestätigt, „daß der Jahrzehnte vorherrschende 'Euro-Zentrismus' der amerikanischen Strategie (sich) deutlich verlagert hat: Künftige Gebiete der Auseinandersetzung, etwa im Nahen Osten, in Südasiens oder in der Karibik, erhalten mindestens das gleiche politische und psychologische Gewicht wie die NATO-Zentralfront in Europa“.³

Und dennoch gibt es hier wesentliche Unterschiede zu den Ausführungen von H. Brown: Machte Brown noch indirekt den wachsenden Antagonismus zwischen Arm und Reich im globalen Maßstab für die „Turbulenzen“ in der Dritten Welt verantwortlich und betrachtete er die Sowjetunion eher als Nutznießer denn als Verursacher derselben, ordnet die geopolitisch orientierte außen- und „entwicklungs“politische Denkschule der Reagan-Administration diesen von H. Brown konstatierten „Nord-Süd-Konflikt“ der alles beherrschenden globalen Konfrontationspolitik mit der Sowjetunion unter.

Die Sowjetunion erscheint in den außenpolitischen Analysen der Reagan-Administration nicht mehr nur als „passiver Nutznießer“, sondern als „aktiver Verursacher“ der „Turbulenzen“ im internationalen System, dem offensiv rund um den Globus zu begegnen sei.

Die schrittweise Rückkehr zum offenen militärischen Interventionismus „rund um den Globus“ erfolgte in drei Etappen:

- Die **erste Etappe** bestand in der sog. Ölkrise 1973/74. Infolge des Oktoberkrieges 1973 stoppten die Staaten der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) den Ölfluß in die USA und die Niederlande. Diese Maßnahme wurde bewußt zur „Ölkrise“ hochgespielt, die angeblich den weiteren Bestand der vom Rohstoff Öl abhängigen westlichen industriellen Zentren in ihrer Substanz bedrohte.

Interventionismus „rund um den Globus“

Die bewußt geschürte „Belagerungsmentalität“ in den USA und den westeuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten mündete folgerichtig in der Propagierung des Einsatzes der gesamten NATO-Marine auf sämtlichen Weltmeeren zum Zwecke des Schutzes der Handels- und Ölrouden, der „Lebensadern“ der westlichen Welt. Der rechtsradikale Springer-Schreiberling Kremp erklärte den „gegenwärtigen Verteilungskampf um die Rohstoffe (zum) Vorläufer eines generellen Verteilungskampfes zwischen den industrialisierten Staaten der nördlichen Hemisphäre und den wesentlich weniger entwickelten Ländern der südlichen Zone“. Dieser Kampf würde „Züge eines Vernichtungskrieges“ tragen. Die gestellte „Machfrage“ müßten „die industrialisierten Systeme“ in „ihrem Sinne“ lösen.

Ein anderer Springer-Schreiberling namens Cykon beklagte die „Machtlosigkeit Westeuropas“, die „alle seine Bürger konsternieren müsse“. Schon „hundertmal“ seien „wirt-

schaftliche Kriegserklärungen mit militärischen beantwortet worden“. Zur „wirtschaftlichen Kriegserklärung“ der OPEC wäre es auch nicht gekommen, „wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden durch die Sowjetunion“. Statt „westlicher Schwäche“ brauche man „endlich die Milliarden“ für „Kolonnen neuer deutscher Panzer und Flugzeuge...“, französische und britische Kreuzer und Atomraketen“.⁵

Die USA probten auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit der OPEC in der kalifornischen Wüste die Besetzung eines Ölfeldes. Die 7. US-Flotte lief im Persischen Golf ein, und der Oman wurde um Erlaubnis für Landeübungen gebeten. Die Strategie war damals nicht, mit der gesamten NATO einen Kriegseinsatz anzudrohen, sondern mit den engsten Verbündeten in der Region, Israel und Iran. Erstmals wurde auch der Aufbau einer weltweit einsetzbaren „Feuerwehrtruppe“ gefordert.

- Die **zweite Etappe** wurde nach der Befreiung der ehemaligen portugiesischen Kolonien 1974/75 angegangen. US-Außenminister Henry Kissinger drohte, die USA würden „kein zweites Angola dulden“ und besonders kein weiteres kubanisches Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.⁶ Aufgrund der „Bedrohung“ der „lebenswichtigen“ Seerouten rund um das Kap durch den „sowjetischen Neokolonialismus“ forderte Hill Norten, der damalige Vorsitzende des NATO-Ausschusses, die Ausrufung einer „NATO-Interessenszone“ bzw. die ständige Stationierung von NATO-Flottenverbänden im Südatlantik.⁷

Geburt der Schnellen Eingreiftruppe

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) wußte am 5.2.1976 zu berichten, daß die Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten vom NATO-Oberkommando „seit mehreren Jahren ... mit einer Notfallplanung für den Einsatz eines national gemischten Flottenverbandes im Südatlantik beauftragt wurden“. Gemeinsame Flottenverbände wurden geplant, unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, der Niederlande, Norwegens und der BRD.

Desweiteren wurde die Ausdehnung des NATO-Geltungsbereiches über den nördlichen Wendekreis des Krebses hinaus diskutiert. Der britische General Ashmore schlug in diesem Zusammenhang vor, zwecks Sicherung des Südatlantiks die Ausdehnung der NATO bis nach Südamerika unter Einbeziehung Brasiliens zu betreiben.

In der Bundesrepublik fand im 2. Halbjahr 1977 eine Debatte über künftige Einsätze der Bundeswehr auf dem afrikanischen Kontinent statt, insbesondere nach der Intervention belgischer und französischer Truppen in der zairischen Kupferprovinz Shaba. H. Kissinger forderte eine stärkere auch militärische Arbeitsteilung im Bündnis.

- Die **dritte Etappe** wurde mit dem Sturz des Schah-Regimes eröffnet, der 1979 das Scheitern der Nixon-Doktrin offenkundig machte und die Befürworter der „Rückkehr“ zur Politik des offenen und direkten militärischen Interventionismus, nunmehr auf Basis des Konzeptes des „schnellen“ und „massiven“ Eingreifens, bestätigte.

Die antiamerikanische Eskalation im Iran und die sowjetische Invasion in Afghanistan nahm J. Carter Ende 1979 zum Anlaß, den Persischen Golf zur „amerikanischen Interessenszone“ zu erklären: „Ein Versuch irgendeiner auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Und solch ein Angriff wird unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen werden.“⁸ In seiner Ansprache „Zur Lage der Nation“ Anfang 1980 äußerte Carter desweiteren den Wunsch, mit den

Staaten des Nahen Ostens ein „Rahmenabkommen zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit“ gegen die „sowjetische Aggression“ abzuschließen.

Oman, Somalia und Kenia erklärten sich bereit, den USA Stützpunkte für die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) einzuräumen. Das Stützpunktabkommen mit der Türkei, das den USA die Benutzung von 26 Stützpunkten in der Türkei sicherte und das seit dem Zypernkrieg (vom Jahr 1974; d. Red.) in Frage gestellt war, wurde erneuert. Im Gegenzug erhielt die Türkei umfangreiche „Militärhilfe“. Der Ausbau des strategisch bedeutsamen „Super-Stützpunktes“ Diego Garcia im Indischen Ozean wurde beschleunigt.

Derweil wurde auch bereits der Ernstfall geprobt. Die Süddeutsche Zeitung vom 20.11.1981 kommentierte das im November 1981 an der ägyptischen Grenze zu Libyen abgehaltene RDF-Manöver „Bright Star II“ wie folgt: „Das Manöver 'Bright Star' läßt kaum noch Zweifel daran, daß die USA sich darauf vorbereiten, die Ölfelder und Ölrouten am Golf – auch ohne Hilferufe der Ölstaaten – militärisch zu sichern, wann immer sie dieses Nervenzentrum der westlichen Welt gefährdet sehen.“

Die Ereignisse im Iran und in Afghanistan boten nun den legitimatorischen Vorwand für die unverhohlene Propagierung des RDF-Projektes. Tatsächlich lassen sich die neueren Pläne für den Aufbau der RDF zumindest auf das Jahr 1977 zurückdatieren, in dem das Projekt quasi regierungsamtlich verkündet wurde. Genauer: Im August 1977 erließ die damals noch frisch des Amtes waltende Carter-Administration die „Präsidenten-Direktive 18“. Diese Direktive forderte den umgehenden Aufbau einer „quick-reaction“-Streitmacht und damit verbunden den umfassenden Ausbau der strategischen Luft- und Seetransportkapazitäten.⁹

Vorsichtige Distanz der SPD/FDP-Koalition

Im folgenden soll es nun um den Part der Bundesrepublik innerhalb der militärischen Arbeitsteilung der NATO bezüglich der Dritten Welt gehen. Dabei soll zunächst der „Status quo“, wie er noch zur Zeit der SPD/FDP-Regierung formuliert und auf verschiedenen NATO-Tagungen bestätigt wurde, referiert werden.

„Wir stehen ... keineswegs in der sicheren Nische, wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete vorsichtig sein müssen.“¹⁰ Diese keineswegs prinzipiell gehaltene Absage an ein Engagement von Bundeswehreinheiten außerhalb des NATO-Geltungsbereiches stammt von niemand Geringerem als dem ehemaligen Bundeskanzler und Weltpolitiker der SPD-geführten Bundesregierung, Helmut Schmidt.

Ein Gutachten des Auswärtigen Amtes aus dieser Zeit gelangte zu dem Ergebnis, daß sich die Bundeswehr „außer zu Transport- und ähnlichen Hilfszwecken“ nur dann an einer internationalen Interventionsstreitmacht beteiligen könnte, „wenn sie zur Abwehr einer Situation aufgestellt wird, die zugleich einen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Eine Unterbrechung der Ölzufuhr aus dem Persischen Golf würde zwar eine wirtschaftliche Spannung hervorbringen; ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland, der dieser ein individuelles Recht zur Selbstverteidigung geben würde, würde hierin jedoch nicht liegen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre daher im gegenwärtigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt. Dies ist die übereinstimmende Meinung der beteiligten Ressorts.“¹¹ Der Leser beachte auch hier das Wörtchen „gegenwärtig“.

Die „vorsichtig distanzierte“ Haltung der SPD/FDP-Regie-

rung in dieser heiklen Frage lag nicht nur in der (noch) gebotenen Opportunität vor der eigenen (kolonialen) Geschichte begründet. Sie korrespondierte auch mit der Strategie des BRD-Imperialismus, im vom Vorgehen her „positiven Kontrast“ zu den USA mit primär politischen und ökonomischen Instrumentarien Länder und Regionen „aufzuschließen“, die den USA als negative „Inkarnation metropolitane Imperialismus“ verschlossen blieben, eine Strategie, die im Verhältnis zu den USA von Konkurrenz wie arbeitsteiliger Kooperation gekennzeichnet war.

Als ein Beispiel sei hier nur der „europäisch-arabische Dialog“ angeführt, der zum Teil in offener Konfrontation zu den USA verfolgt wurde, mit dem Ziel, die militärische Hegemonialrolle der USA in der Ölregion durch den Aufbau gesonderter bilateraler Beziehungen zu den wichtigsten Ländern des arabischen Raumes zu unterlaufen.

Zusammengefaßt läßt sich die Politik der Bundesrepublik in den 70er und frühen 80er Jahren wie folgt deuten:

Einerseits kam aus Gründen der Wahrnehmung eigenständiger imperialistischer Interessen wie der Beibehaltung einer gewissen Form von Arbeitsteilung, in der die BRD die „eleganten, diplomatischen und wirtschaftlichen Aufgaben“ (H. Kissinger) übernimmt, ein direktes militärisches Engagement an der Seite der USA oder unter der Führung der USA außerhalb des NATO-Geltungsbereiches nicht in Frage. Dies galt insbesondere für den Nahen und Mittleren Osten, weniger für den afrikanischen Kontinent. Eher schon wurde ein militärisches „Hineinrutschen“ in die Krisenregionen an der Peripherie im unverfänglicheren und „neutralen“ Gewand etwa einer „bestellten“ UN-Friedenstruppe für möglich gehalten.

Andererseits erfolgte jedoch auch keine prinzipielle Festlegung auf die Wahrnehmung von ausschließlich und „nur“ regionalen Interessen und Aufgaben; die Option eines militärischen Engagements auch außerhalb des Geltungsbereiches der NATO sollte somit offen gehalten werden.

Dies wurde besonders deutlich, als die USA 1973 vor dem Hintergrund interner Auseinandersetzungen in der NATO, die aus der gewachsenen Bedeutung der europäischen Bündnispartner und der zunehmenden Auflösung der bipolaren Struktur des Weltsystems resultierten, das „Jahr Europas“ proklamierten. Die USA legten damals den Entwurf einer „Atlantik-Charta“ vor, die von Kissinger folgendermaßen interpretiert wurde: „Die Politik der USA hat globale Interessen und eine globale Verantwortung, unsere europäischen Verbündeten haben regionale Interessen.“¹² Diese Zurechtweisung scheiterte am brüskten Einspruch der Staaten der Europäischen Gemeinschaft; den USA blieb nichts anderes übrig, als die Charta fallen zu lassen.

RDF-Transitstelle und Nachschubbasis BRD

Vor diesem Hintergrund gestaltete und gestaltet sich der bundesrepublikanische Part innerhalb der imperialistischen Arbeitsteilung der NATO in militärischer Hinsicht zusammengefaßt folgendermaßen:

• Die BRD garantiert und finanziert die infrastrukturelle Instandsetzung und Indienststellung ihres Territoriums als Transitstelle für den Nachschub und die RDF-Einheiten der „zweiten“ und „dritten Welle“, die in „rückwärtigen Standorten in Europa und Amerika bereitgehalten werden müßten“.¹³

Erstmals auf der NATO-Frühjahrstagung 1981 garantierten die „europäischen Staaten, einschließlich der BRD“, den USA „Überflugrechte für US-Maschinen mit Kampftruppen zu gewähren, Flugplätze und Häfen für den Umschlag von Nachschub zur Verfügung zu stellen“ sowie „ihre Waffen- und Treibstoffdepots zu öffnen“. Im Rahmen des „dual

basing"-Systems wird militärisches Material auf dem Boden der Transitstelle BRD „voreingelagert“.

- Die Bundeswehr hat durch das Engagement von US-Truppen in außereuropäischen Regionen eventuell entstehende Lücken auszufüllen. Dies gilt insbesondere auch für die Bundesmarine. Der damalige Verteidigungsminister Apel sicherte seinem US-Kollegen G. Weinberger auf besagter NATO-Frühjahrstagung zu, daß die BRD ihre „Reservisten einberufen würde, wenn die US-Army Einheiten aus Europa zu anderen Kriegsschauplätzen abzieht“.¹⁴ Diskutiert wurde diesbezüglich auch schon einmal der Vorschlag, „Bundeswehr-Truppen in der Türkei und Italien zu stationieren, um dort abgezogene Streitkräfte zu ersetzen“.¹⁵

Daß die Ablehnung einer direkten Beteiligung an einer militärischen Intervention in der Dritten Welt keineswegs prinzipieller Natur, sondern eher taktisch bedingt war, verdeutlicht nicht nur die Äußerung H. Apels, derzufolge für die Bundeswehr auch in Afrika „Aktionen notwendig sein“¹⁶ könnten, sondern auch die praktische Ausdehnung des Aktionsradius der Bundeswehr, wie sie Schritt für Schritt in den 70er Jahren erfolgte:

- Als belgische und französische Truppen 1978 in Zaire intervenierten, hatte die BRD selbst Bundeswehroffiziere mitgeschickt und Transportunterstützung geleistet.

- Als die US-Interventionsvorbereitungen gegen den Iran auf Hochtouren liefen, entsandte die Marine die Zerstörer „Lüthjens“ und „Bayern“ in den Indischen Ozean. Bevor sie hier einliefen, hatten sie bereits umfangreiche NATO-Seekriegsmanöver im östlichen Mittelmeer hinter sich gebracht. Bestandteil dieser Übung („Dawn Patrol“), der sich gleich noch die Übung „Deterrent Force 1/80“ anschloß, waren Truppenlandungen auf Sardinien. Die Beteiligung an Manövern im Indischen Ozean wurde damals seitens der Bundesregierung heftigst dementiert.

- Noch unter der SPD/FDP-Regierung liefen zahlreiche Bemühungen, die Kapazität der Bundesmarine, als Kernstück einer irgendwann auch über den NATO-Geltungsbereich hinaus agierenden nationalen Streitmacht, erheblich auszubauen sowie ihr Einsatzgebiet auszuweiten (vorerst hauptsächlich in Richtung Norden). Am 19.6.1980 beschloß der Bundessicherheitsrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt, das Einsatzgebiet der Marine zukünftig über den 61. Breitengrad (Nordgrenze der Nordsee) hinaus bis nach



US-Flugzeugträger „New Orleans“ im Hafen von Mombasa/Kenia



RDF-Einheiten bei der Generalprobe zum Wüstenkrieg

Norwegen auszuweiten. Als Ersatz für teilweise abgezogene US- und britische Marine-Einheiten sollte die Bundeswehr zukünftig der sowjetischen Flotte die Zufahrtswege durch das Eismeer zum Atlantik versperren.

Nur wenig später hob der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) auf Initiative der Bundesregierung jegliche Beschränkung für den Bau von Kriegsschiffen auf. Die BRD erklärte sich im Gegenzug bereit, verteidigungspolitische Verantwortung für das Nordmeer zwischen Island, dem Polarkreis und dem Nordkap zu übernehmen und damit die Seestreitkräfte der USA und Großbritanniens für andere Aufgaben frei zu machen. Solche Aufgaben stellen sich im Persischen Golf und im Indischen Ozean.

1954 war die Aufnahme der BRD in die NATO noch u.a. mit der Auflage der Beschränkung der Marine auf den Binnenmeer- bzw. Küstenschutz in der Ostsee versehen worden. Diese Bestimmung wurde nach und nach gelockert. Seit 1973 operierte die Bundesmarine dann bereits schon bis zum 61. Breitengrad der Nordsee. Die Aufhebung der alten Tonnagebeschränkung bedeutete, daß die BRD nun auch Kriegsschiffe über 2.000 t (d.h. auch atomgetriebene und mit Atomraketen bestückte Schiffe, sowie U-Boote beliebiger Größe) bauen und exportieren durfte. Vorsorglich hatte sich die Bundesregierung noch vor der offiziellen Aufhebung der Tonnagebeschränkung bereits die Genehmigung für den Bau von 12 Fregatten erteilen lassen.¹⁷

Schon einzelne Autoren des bereits oben zitierten Gutachtens des Auswärtigen Amtes (AA) aus der Amtszeit der Schmidt/Genscher-Regierung wollten, wie das Protokoll der AA-Besprechung vom 18. November 1980 ausweist, einen Einsatz von Bundeswehr-Kontingenten etwa im Nahen und Mittleren Osten „zumindest dann nicht völlig ausschließen, wenn die Rohstoffzufuhr nicht durch das Lieferland..., sondern durch Drittländer unterbunden wird und dadurch be-

reits eine derartige Rohstoffverknappung eingetreten ist, daß die Streitkräfte etwa durch Treibstoffmängel praktisch entwaffnet werden und die Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages unmittelbar gefährdet ist“.

Der Spiegel resümierte damals: „Damit stünde im Notfall, sollte die Sowjetunion die Ölzufuhr abschneiden, dem Einsatz der Deutschen in Nahost nichts im Wege.“ Im Protokoll der AA-Sitzung ist zudem davon die Rede, daß „ausreichend Zeit“ verbleibe, „durch Verfassungsänderung die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für einen erforderlichen Einsatz der Streitkräfte zu schaffen“.¹⁸

Das Grundgesetz gestattet im Artikel 87a den Einsatz westdeutscher Soldaten ausschließlich zum Zwecke der Landesverteidigung. Die zeitgemäße extensive Weiterentwicklung der Bedrohungslüge, die geographische Ausdehnung ihres Anwendungsbereiches von der „europäischen Zentralfront“ bis an die strategisch wichtige Peripherie, die kolportierte Behauptung, daß die westeuropäischen NATO-Staaten auch durch eine Unterbrechung der „lebenswichtigen“ Rohstoffversorgung in ihrer Substanz angegriffen werden könnten, haben den Begriff der „Landesverteidigung“ in seiner ursprünglichen Interpretation aufgeweicht. „Landesverteidigung“ soll im öffentlichen Bewußtsein nicht nur an der Nahtstelle zwischen „Ost“ und „West“ in Mitteleuropa praktiziert werden, sondern gegebenenfalls viele tausend Kilometer von den nationalstaatlichen Grenzen entfernt.

NATO-Operationen im Südatlantik?

Namhafte CDU-Politiker haben in den letzten Jahren seit der Ölkrise wiederholt über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Geltungsbereiches laut nachgedacht. Das „liberale Nordlicht“ W. Leisler-Kiep forderte den Einsatz „deutscher Marineeinheiten“ nicht nur im Nordatlantik, sondern auch „im Mittelatlantik oder im Südatlantik oder am Kap“. Selbstverständlich „nur in extremen Situationen“.¹⁹

F.J. Strauß äußerte während der Doppelkrise im Nahen/Mittleren Osten Anfang 1980, „er habe nichts dagegen, ...wenn als Demonstration der Geschlossenheit auch einmal Schiffe der Bundesmarine 'Flagge im Indischen Ozean' zeigen“.²⁰

CDU-Rechtsaußen A. Dregger forderte seinerseits „den Aufbau einer militärischen Präsenz der NATO am Persischen Golf“, denn nur so sei „für den Westen die lebensnotwendige Energie-Zufuhr sicherzustellen“. Weitere neue Einsatzräume der NATO, so Dregger, könnten der Südatlantik und der Indische Ozean werden. Die westeuropäischen NATO-Staaten sollten, zusammen mit den USA, „in dieser Region eine gemeinsame Verantwortung übernehmen“,²¹ beispielsweise durch Beteiligung an der damals noch im Aufbau befindlichen „Rapid Deployment Force“.

M. Wörner beeilte sich zwar damals, einen „Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereiches“ für „gegenwärtig unangebracht“ zu erklären, hielt seinem stürmischen Parteifreund jedoch zugute, daß dessen Überlegungen „sicher auf sehr lange Zukunft als Eventualität gedacht“ gewesen seien. Gleichzeitig forderte er, daß die „Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung“ endlich zu einer „zentralen Aufgabe der NATO“ werden müßte. Die Begrenzung des Aufgabenbereiches der NATO auf Europa sei „überholt“.²²

Von einer diesbezüglichen Änderung des NATO-Vertrages wird allerdings allgemein abgeraten, mit Blick auf den „Sicherheitspolitischen Konsens“ in einigen westeuropäischen Mitgliedsstaaten (BRD, Niederlande), der durch eine förmliche Ausweitung des im Vertrag niedergeschriebenen Verantwortungsbereiches gefährdet werden könnte. „Ei-

ne förmliche Erweiterung ihres geographischen Verantwortungsbereiches würde eine grundlegende Veränderung des Vertrages und Ratifizierung in fünfzehn Parlamenten erforderlich machen. Eine solche Änderung würde höchst strittig sein.“²³

„Dem NATO-Befehlshaber Atlantik ist die Möglichkeit eingeräumt worden, potentielle Bedrohungen südlich des Wendekreises des Krebses zu untersuchen. Er hat allerdings keine Befugnis, Operationen im südlichen Atlantik vorzubereiten. Einzelne Verbündete mögen außerhalb des NATO-Gebietes zusammenarbeiten, das Bündnis selbst kann den eigenen Einsatzraum nicht über die vertraglich festgeschriebenen Grenzen ausweiten. Dafür gibt es viele Gründe. Die NATO ist zuvörderst ein Bündnis zur Aufrechterhaltung des europäischen Kräftegleichgewichtes im allgemeinen und zur Eindämmung der auf Mitteleuropa ausgerichteten sowjetischen Militärmacht im besonderen. Es besteht daher die Besorgnis in Europa, daß eine Aufsplitterung der Kräfte von der eigentlichen Aufgabe ablenken könnte. Zweitens haben sich die NATO-Partner nur selten auf eine gemeinsame Bestandsaufnahme einigen können, wie man auf Konflikte in der Dritten Welt – vor allem, wenn es sich um politische und soziale Veränderungsprozesse handelt – reagieren sollte. Obwohl die gemäßigte Linke Europas wesentlich zum Zustandekommen der NATO beigetragen hat, blieb sie immer mißtrauisch gegenüber der politischen Urteilsfähigkeit Amerikas im Hinblick auf Konflikte um soziale und wirtschaftliche Umwandlungsbestrebungen in der Dritten Welt.“²⁴

Günther Gillessen, FAZ-Journalist und wiederholt auch Autor in der NATO-Hauspostille NATO-Brief, ist der Auffassung, daß eine förmliche Vertragsänderung ohnehin überflüssig sei und von daher auch einem gemeinsamen Auftreten südlich des nördlichen Wendekreises des Krebses nichts im Wege stehe:

„Kein Wort im Vertrag verwehrt der NATO, als Allianz einer Gefahr zu begegnen, die sie außerhalb dieses Gebietes bedroht. Der Sinn des Artikel 6 war gewesen, die Allianz nicht dazu zu verpflichten, auch die damaligen Kolonien der Mitglieder zu schützen. Bei der Interpretation ist die historische Situation bei Vertragsabschluß vor über dreißig Jahren zu bedenken. Niemand erwartete damals, daß die großen Ozeane und Meere nicht weiterhin ausschließlich von den westlichen Seemächten kontrolliert würden. Heute macht weder der Wortlaut noch der Sinn des Artikels 6 es erforderlich, den Vertrag zu ändern, um als Allianz Ordnungsinteressen im Indischen Ozean wahrzunehmen. Es fehlt nichts als der Wille. Solange er fehlt, wird die amerikanische Strategie lediglich von den Streitkräften der Franzosen und Briten unterstützt.“²⁵

Krieg in Europa oder in der Dritten Welt?

Um die Antwort auf diese Frage vorweg zu nehmen: Sowohl als auch!

Es entspricht einer leider weit verbreiteten Unsitte am linken Flügel der Friedensbewegung, die Stationierung neuer eurostrategischer Waffensysteme in Westeuropa indirekt nur unter dem Aspekt der „Abschreckung“ zu sehen. In dem Sinne, daß mit der Aufstellung dieser Systeme einzig und allein intendiert sei, durch Drohung mit zum nuklearen Erstschatz geeigneten Waffen die Sowjetunion zur totalen Passivität außerhalb ihrer Paktgrenzen zu zwingen, um den USA die ungehinderte Durchsetzung der „Pax Americana“ an der Peripherie zu ermöglichen.

Als Reflex auf den in der Friedensbewegung zweifellos weit verbreiteten „Euro-Zentrismus“ ist diese Interpretation sicherlich allzu verständlich. Auch läßt sie sich nicht als

schlichtweg falsch denunzieren. Doch soll die Dislozierung der neuen Waffensysteme weit mehr bezwecken, als den USA von Westeuropa aus den Rücken für militärische Abenteuer an der Peripherie freizuhalten. Die neuen eurostrategischen Waffensysteme vom Typ Cruise Missile und Pershing II sind vielmehr Teil eines Konzeptes „integrierter konventioneller/nuklearer Vorverteidigung“²⁶, das die ehrgeizige Zielsetzung verfolgt, den weiteren Bestand der nunmehr 38 Jahre währenden Jalta-Ordnung in Europa offensiv in Frage zu stellen.

Der seitens der NATO als „aufgezwungen“ empfundene „Abschreckungsfrieden“ an der Nahtstelle zwischen den Blöcken mit seinen lähmenden Auswirkungen über den europäischen Kontinent hinaus soll noch gegen Ende der 90er Jahre aufgebrochen werden. Durch „Abmagerung“ bei den „unhandlichen“ und „kontraproduktiven“, weil „selbst-abschreckenden“, nuklearen Potentialen, bei gleichzeitigem Ausbau der konventionellen Schlagkraft soll der Krieg auch an der „europäischen Zentralfront“ wieder führbar und siegreich gestaltbar werden.

Der Weltherrschaftsanspruch der NATO macht auch vor der Jalta-Ordnung nicht halt. Der Übergang von der „Swing-Strategie“ zur Strategie der zweieinhalb oder drei Kriege bedeutete nicht den Austausch des potentiellen Kriegsschauplatzes Europa gegen einen potentiellen Kriegsschauplatz etwa im Nahen und Mittleren Osten, sondern nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr des Imperialismus zur Politik der globalen Konfrontation.²⁷

Hieraus erklärt sich auch die doppelte Aufgabe der Schnellen Eingreiftruppe, die nicht ausschließlich einem Kriegsschauplatz im Nahen und Mittleren Osten zugeordnet werden kann, und der ambivalente Charakter des „Wartime Host Nation Support Program“, das sowohl den transatlantischen Nachschub im Falle einer Krise an der „europäischen Zentralfront“ als auch den Beitrag der BRD im Falle einer US-Intervention im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika regelt.

In einem Interview mit dem Spiegel (Nr. 34/1982) äußerte NATO-Oberbefehlshaber General Rogers u.a.: „Kommt es zuerst zu einer Krise in Südwestasien, dann müssen einige der im 'Rapid Reinforcement Plan' (Schnellen Verstärkungsplan) des SACEUR (Obersten Alliierten Befehlshabers Europa) als schnelle Verstärkung für Westeuropa vorgesehenen Einheiten nach Südwestasien verlegt werden. Entwickelt sich zuerst in Europa eine kritische Lage, dann kommen sie zu uns.“

Es fehlt hier der Platz, diese Problematik eingehender zu erörtern. Das „Wartime Host Nation Support Programm“ (WHNSP) wurde seinerzeit von uns²⁸ ausschließlich unter dem Aspekt des damit im Zusammenhang stehenden bundesrepublikanischen Beitrages im Falle einer US-Intervention im Nahen Osten betrachtet. Diese verengte Sichtweise bedarf heute einer nachträglichen Korrektur.

Tatsächlich hat das WHNSP einen ausgesprochen ambivalenten Charakter, der sich aus der Vielzahl von Aufgaben der Schnellen Eingreiftruppe ergibt. Zudem sind die der RDF zugeordneten Kontingente weitgehend identisch mit den für den Krisenfall an der „europäischen Zentralfront“ vorgesehenen Verstärkungseinheiten. Die RDF ist, nach allen mir bislang diesbezüglich zugänglichen Informationen, abgesehen von kleineren Kontingenten mit speziellen regionalen Aufgabengebieten, eine „Feuerwehr“ mit tatsächlich weltweitem Einsatzgebiet.²⁹

Das Problem bundesrepublikanischer Politiker mit dem WHNSP resultiert genau aus diesem Charakter der RDF, der sich wiederum aus der Abkehr der USA von der „Swing-Strategie“ ergibt. Die RDF ist für den Einsatz an jedem möglichen Kriegsschauplatz rund um den Globus eingeplant,

inklusive der „europäischen Zentralfront“. Im Falle mehrerer Kriegsschauplätze (was ja die neue US-Strategie für durchaus erstrebenswert hält, nämlich regional begrenzte Konflikte horizontal zu eskalieren) bedeuten diese zusätzlichen Aufgaben eventuell eine Ausdünnung der US-Streitkräfte an der „europäischen Zentralfront“, was wiederum ein stärkeres Engagement der europäischen Verbündeten (und hier insbesondere der BRD) erforderlich machen würde.

Die Kontroverse zwischen den USA und der BRD besteht darin, daß die USA keine Garantie dafür abgeben können, daß nicht ein Teil ihrer für Europa vorgesehenen Verstärkungskräfte und ein Teil des bereits hier voreingelagerten Gerätes (wofür die BRD die Kosten übernimmt) im Falle eines außereuropäischen Konfliktes größeren Ausmaßes von der „Zentralfront“ abgezogen wird.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Die Welt, 3.6.1980
- 2) Zit. nach: M.T. Klare, Die Verteidigung der westlichen Interessen. Eine maßgerechte Interventionsstrategie gegen die Dritte Welt, in: Le Monde Diplomatique en Espanol, Mexiko-Stadt, April 1980
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 9.2.1982
- 4) Die Welt, 24.12.1973
- 5) Die Welt, 16.11.1973
- 6) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 27.3.1976
- 7) Vgl. Hannoveraner Allgemeine, 22.1.1976
- 8) Zit. nach: Europa-Archiv, Nr. 11/1980
- 9) Zur Schnellen Eingreiftruppe siehe auch: AIB 7-8/1983, S. 9-15; d. Red.
- 10) Zit. nach: Stern, 8.6.1978
- 11) Der Spiegel, Nr. 11/1981
- 12) Zit. nach: New York Times, New York, 29.5.1973
- 13) FAZ, 12.6.1981
- 14) Der Spiegel, Nr. 21/1981
- 15) diskofo, Nr. 41; zum Beitrag der Bundesrepublik in der imperialistischen Arbeitsteilung der NATO siehe auch: Mohl/Schmitt/Schulz/Schulze-Marmeling, Krieg und Frieden und Startbahn West, in: Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln, Offenbach 1982
- 16) Informationen für die Truppe, Nr. 8/1978
- 17) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 23.7.1980
- 18) Der Spiegel, Nr. 11/1981
- 19) Zit. nach: Der Spiegel, 21.7.1980
- 20) Zit. nach: Unsere Zeit, 10.4.1980
- 21) Zit. nach: FR, 10.1.1980
- 22) Zit. nach: FR, 12.1.1980
- 23) Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn 1981. Die Autoren dieser halb-offiziellen Studie empfehlen dem Bündnis „eine arbeitsteilige Politik...“, mit der Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Fall Frankreichs und Großbritanniens), und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden.“
- 24) J.J. Holst, Bedrohung außerhalb des NATO-Gebietes. Strategische Interessen und innenpolitische Zwänge des Bündnisses, in: Europa-Archiv, Nr. 21/1982
- 25) FAZ, 3.7.1982
- 26) Siehe dazu u.a.: D.R. Cotter, Eine moderne integrierte Konzeption für die Vorverteidigung Westeuropas, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 1/1983
- 27) Schon gegen Ende der 50er Jahre beklagte Henry Kissinger die „lähmenden Auswirkungen“ des „Abschreckungsfriedens“ an der „europäischen Zentralfront“. Aus dem Dilemma der „Niederlage mit oder ohne Krieg“ entwickelten die USA die Strategie des „begrenzten Krieges“. H. Kissingers 1957 verfaßte Analyse des „strategischen Patts“ (vgl. H. Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1974) erscheint allerdings heute in mehrfacher Hinsicht als revisionsbedürftig.
- 28) Vgl. Krieg und Frieden und Startbahn West, a.a.O.
- 29) Hier täuscht sich T. Horlohe, der in den blättern des iz3w (Nr. 110/Juni 1983) etwas kritiklos unsere veraltete Analyse übernimmt.

Peter Garcia

Das Varieté der Manipulationen

CIA-Mann McGhee nach 25 Jahren Agententätigkeit: „Wo die notwendigen Bedingungen und Vorwände für die nord-amerikanische Intervention fehlen, werden die geeigneten Situationen vom CIA geschaffen, oder er erfindet sie und verbreitet sie weltweit über ihre Kontaktstellen in den Massenmedien.“¹

Das sieht konkret so aus:



Am 8. Oktober 1979 veröffentlichte der CIA-Agent Robert Moss einen Artikel im Londoner Daily Telegraph. Dort behauptete er, daß in Jamaika eine kubanische Geheimarmee von 5.000 Mann im Einsatz sei. Dieser Artikel wurde in der jamaikanischen Zeitung Daily Gleaner unter der Überschrift abgedruckt: „Fidel will aus Jamaika englischsprachiges Kuba machen.“

Am 10. Oktober 1981 schrieb Mr. Moss wieder einen Artikel im Daily Telegraph. Und wieder ging es um eine kubanische Geheimarmee. Ebenso unverändert blieb die Zahl von 5.000 Mann – nur daß sie diesmal in Nicaragua ihr Unwesen trieben.

R. Moss hatte sich schon vor 1979 mit Untergrundarmeen befaßt. Kurz vor dem Militärputsch in Uruguay 1973 entdeckte er dort die Existenz eines kubanischen Untergrundheeres. Nach dem Militärputsch behauptete er, in Chile gäbe es eine Geheimarmee von 14.000 linken Uruguayern, Bolivianern und Kubanern. Und nach dem Staatsstreich Augusto Pinochets am 11. September 1973 stach ihm eine Untergrundarmee chilenischer Linker in Portugal ins Auge.

Den Gipfel der Unverfrorenheit leistete sich Mr. Moss in dem von ihm mitverfaßten Buch „The Spike“ (Der Nagel). Dort beschuldigt er die Sowjetunion der Erfindung der Wahrheitsverfälschung!²

Unvergessen bleibt die Lügenkampagne der US-Massen-

medien zur Zeit der versuchten Invasion in der kubanischen Schweinebucht. Im CIA-Jargon werden total erfundene Informationen als „schwarz“ bezeichnet. Dieses Adjektiv dürfte für folgende Meldungen kaum noch ausreichen. Die US-amerikanische Presseagentur UPI am 17.4.1961: „Der Premierminister Fidel Castro ist geflohen und sein Bruder Raul wurde verhaftet.“ UPI am 18.4.1961: „Es wurde bestätigt, daß Fidel in Mexiko um Asyl gebeten hat.“ Was wohl nicht geklappt hat, denn am 20.4.1961 behauptete UPI: „Der Ministerpräsident Fidel Castro ist als Folge der Bombenabwürfe auf Havanna ... arbeitsunfähig.“ Den Vogel schoß diese Agentur dann am selben Tag mit der Verbreitung des Gerüchts ab, daß Che Guevara Selbstmord begangen hätte!³

Die Berichterstattung über die Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen zeichnet sich dadurch aus, daß sie sehr oft gar keine ist. Eine ganz besondere Perle ist folgende UPI-Story von der Konferenz 1976 in Sri Lanka:

„Ein westdeutscher Journalist las gerade gedankenversunken die englische Fassung eines Dokuments, als ein finster blickender Nordkoreaner mit Presseausweis ihn fragte, woher er es habe, und vergeblich versuchte, es ihm wegzureißen. Andere Nordkoreaner, vermutlich ebenfalls mit Presseausweisen, wurden im Pressezentrum beobachtet, wie sie über die Schultern von Reportern blickten, um zu sehen, was diese schrieben...“⁴

Ein intelligenter, weil englisch verstehender Westdeutscher, ein zum Wegreißen zu dummer Nordkoreaner, sowie seine ebenso dummen Landsleute, die – da sie nur vermutlich Presseausweise haben – sowieso keine Journalisten sind, ihre Informationen also von anderen abgucken müssen!

Haben die westlichen Massenmedien inzwischen dazugelernt? Die Berichterstattung zur Gipfelkonferenz in Delhi im März d.J. (siehe AIB 4/1983, S. 4-11) gibt kaum Anlaß zur Hoffnung. Ein Artikel in der International Herald Tribune (Zürich/Paris) vom 9.3.1983 läßt kurz ein paar lobende Worte über das Auftreten von Pérez de Cuéllar fallen – der UNO-Generalsekretär hatte angeblich gleiche Distanz vom Imperialismus und den sozialistischen Ländern gefordert – und legt dann in bestem Kolonialstil los:

„Berichte“ im Kolonialherrenton

„Die nichtpaktgebundenen Nationen haben ... ein 'Ich-bineiliger-als-Du'-Liedchen gespielt, das Ländern nicht ansteht, die vor eigenen Kriegen, Grenzstreitigkeiten, rassistischen Antagonismen und religiösen Verfolgungen nur so strotzen... Bei den Nichtpaktgebundenen gibt es immer noch zu viel ... Unfähigkeit. Sie brauchen zwei Dinge: Klare Selbstverständnis und gute Führung. Seit dem Tode Titos hat es in der Dritten Welt keine bedeutenden und allseitig anerkannten Führungspersönlichkeiten gegeben... Indira Gandhi hat in der Außenpolitik keine glückliche Hand gezeigt. In den Fragen Afghanistan und Kampuchea hat sie

sich Fehlritte geleistet... Trotzdem scheint sie dazuzuleren..."

Mit gleicher Arroganz folgt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) auf den Fuß. Nachdem sie ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die Nichtpaktgebundenen mit dem Gipfel in Delhi gleichen Abstand zu den Großmächten anstern, schreibt sie: „Dann wären die Blockfreien genau dort, wo sie hingehören... Der früher auftrumpfend vorgebrachte Anspruch auf eine 'Neue Weltwirtschaftsordnung' klingt leiser, obwohl er noch nicht aufgegeben ist..."

Man schaue genau hin: **Noch nicht aufgegeben!** Und warum ist sich die FAZ so sicher, daß der Zeitpunkt kommen muß, an dem die nichtpaktgebundenen Länder die Forderung nach einer Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen ganz fallenlassen? „Die meisten brauchen den 'Norden', um ständig aufs neue Schulden bei ihm machen zu können und sie danach wieder von ihm gestrichen zu bekommen",⁵ erklärte das Organ der bundesdeutschen Wirtschaft – und verlor damit endgültig seinen Anspruch auf „Zeitung für kluge Köpfe“.

Wie ein Staatsoberhaupt zum Terroristen wird...

UPI August 1976. Zitiert wird M. el-Ghaddafi, der sich gegen die Diffamierung der Befreiungsbewegungen als „Terroristen“ wendet: „Wenn der Kampf des Volkes von Zimbabwe Terrorismus ist, dann stehen wir auf der Seite des Terrorismus, erklärte Lybiens Führer Ghaddafi, der beschuldigt wird, umstürzlerische Bewegungen auf den Philippinen, in Nordirland und im Sudan zu unterstützen, und dem man die Sabotageakte in Ägypten und Entführungen und Terrorangriffe in zahlreichen Ländern zuschreibt, und er sagte, daß Lybien bereit ist, dafür geradzustehen.“⁶

M. el-Ghaddafi hat lediglich gesagt, daß er den Kampf der Befreiungsbewegungen unterstützt. Alles andere wurde mit der eindeutigen Absicht hinzugefügt, um den Leser zu täuschen und ihn glauben zu machen, Ghaddafi hätte die ihm vorgeworfenen Terrorakte eingestanden.

Was man Ghaddafi angedichtet hat, verschweigt man bei einem anderen Mann – und verdeutlicht so das bürgerliche Konzept von ausgewogener Berichterstattung. Am 17.3.1983 veröffentlichte der Stern eine Rühr-Story vom „kubanischen Dichter Armando Valladares, der im Dezember 1960 ... ohne Beweise zu 30 Jahren Haft verurteilt“ worden sei. Kein Wort davon, daß der frühere Batista-Polizist Valladares aktives Mitglied der Attentäter-Bande Oliver Obregóns war, die an Orten mit starkem Publikumsverkehr selbstgebastelte Bomben hinterlegten. Diese Sprengstoffpakete explodierten bei der leisesten Berührung. Unter den unschuldigen Opfern der Bande befanden sich Frauen und Kinder.⁷

Bei seiner Schweigekampagne leisten dem Stern Gesellschaft: Le Monde (Paris), El País (Madrid) sowie die Nachrichtenagenturen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritannien, Spaniens und der USA. Um das revolutionäre Kuba zu verleumden, waschen die westlichen Massenmedien das Blut von den Händen eines wirklichen Terroristen.

Im November 1982 nahm die UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit eine Grundsatzklärung von 15 Entwicklungsländern an, die das Recht bekräftigt, ausländische Direktfernsehsendungen über Satellit innerhalb der eigenen Landesgrenzen verbieten zu können. Die sozialistischen Länder stimmten mit den Staaten der Dritten Welt. Insgesamt gab es ganze 15 Gegenstimmen aus dem westlichen Lager.

Dazu schrieb die International Herald Tribune am 24.11.1982: „Außerdem versuchen die Dritte-Welt-Sowjet-Prinzipien, den Inhalt ausländischer Programme zu kontrol-

lieren...“ Ein kleiner Kunstgriff – der Zusatz des Wortes „Sowjet“ – und schon hofft man, beim Leser eine sofortige Ablehnung der Forderungen der Dritten Welt zu erreichen. Um diesen faulen Trick noch glaubwürdiger zu machen, zitiert man anschließend den sowjetischen Delegierten: „Yuri M. Kolosov argumentierte, daß Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen zur Erhaltung des Friedens beiträgt...“

Und damit der Leser ja keine falschen Schlüsse aus diesem Satz zieht, wird gleich seine Deutung hintenangehängt: „...eine Sprachregelung, die Moskaus Besorgnis über ausländische Sendungen widerspiegelt“. Wenn man nicht einmal seinen eigenen Lesern trauen kann...

Im Handbuch für psychologische Operationen der US-Armee sind 142 Symbole aufgeführt, die als Wort oder Abbildung Empfindungsketten auslösen können, und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Für Lateinamerikas Katholiken sind positive Auslöser das Kreuz, die Jungfrau Maria usw..

Die konterrevolutionäre nikaraguanische Zeitung La Prensa hat alle diese Symbole gegen die Sandinistas eingesetzt, bis hin zu einer Marienerscheinung, die vor den „kommunistischen“ Sandinistas warnte. Der Daily Gleaner Jamaikas veröffentlichte zur Regierungszeit Präsident Manleys das Foto einer Bibel, die von einer „kommunistischen Kugel“ durchbohrt worden sei.

Negative Symbole sind besonders bei abergläubigen Menschen Fotos von Krankheiten, toten Tieren sowie Schilderungen unheimlicher Erscheinungen. Der Daily Gleaner zeigte ein Ei mit einem schwarzen Fleck, der die Form der Sowjetunion hatte. Mit diesem Ei wollte Gott das Volk Jamaikas vor den Kommunisten warnen – wobei die Idee dazu wohl aus „God's own country“, den USA, kam.

Der chilenische El Mercurio brachte im Putschjahr 1973 wiederholt Farbfotos von bei Operationen geöffneten Herzen neben dem Foto Salvador Allendes.⁸

Eine andere Variante der psychologischen Manipulation ist die räumliche Verknüpfung von Fotos der in Frage kommenden Personen mit Schlagzeilen, die einen negativen Symbolwert haben, aber mit dem Foto in keinem Zusammenhang stehen. Drei Jahre lang wurde Salvador Allendes Bild im El Mercurio nur neben Schlagzeilen veröffentlicht, die Worte wie Gewalt und Mord enthielten oder den Sozialismus verleumdeten. Der Wirtschaftsminister der Allende-Regierung wurde neben Schlagzeilen wie „Er wollte ihn erwürgen“ und „Mutter vergewaltigt und ermordet“ abgebildet.

Nikaraguas La Prensa schließlich veröffentlichte ein Bild von Verteidigungsminister Humberto Ortega unter dem Foto einer verstümmelten Leiche – beide noch zusätzlich durch die Ablichtung eines sandinistischen Polizeiausweises verbunden, der angeblich in der Nähe der Leiche gefunden worden sei.⁹

Einer der Architekten des Kalten Krieges, der damalige US-Außenminister John Foster Dulles, ließ verlauten: „Wenn ich nur ein einziges Prinzip unserer Außenpolitik wählen könnte, und kein weiteres – ich würde mich für den freien Informationsfluß entscheiden.“¹⁰ 'Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Information' – bliebe noch hinzuzufügen.

Anmerkungen:

- 1) The Nation, New York, 11.4.1981
- 2) Diálogo Social, Panamá, Nr. 151/1982
- 3) Granma, Havanna, 19.4.1981
- 4) NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 4/1982
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.3.1983
- 6) NACLA, a.a.O.
- 7) Voz Proletaria, Bogotá, 11.11.1982
- 8) Diálogo Social, a.a.O.
- 9) Granma, 28.11.1982
- 10) Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 43/1982

Lateinamerika-Wochen in Wien

„Bindet Goliath die Hände, denn er ist im Begriff, verrückt zu werden.“ Das waren die Worte von Ernesto Cardenal, nikaraguanischer Priester und Kulturminister, bei der Eröffnung der Wiener Lateinamerika-Wochen im Mai/Juni dieses Jahres.

Nicht nur E. Cardenal sprach deutliche Worte zur Bedrohung durch den US-Imperialismus. Auch der uruguayische Historiker und Schriftsteller Eduardo Galeano, der ebenfalls nach Wien gekommen war und durch politische und rhetorische Brillanz faszinierte, griff dieses Thema auf:

„Eine Revolution wie die Nikaraguas ist gefährlich für die imperialistische Machtstruktur, weil sie eine Welt in Frage stellt, die in krimineller Weise organisiert ist. Und diese kriminelle Organisation der Welt ist ein Feind des echten Friedens, weil in ihr einige Länder meinen, die Herren über andere zu sein und bestimmen zu können, wer ein Recht auf Demokratie habe...“

„Der Kampf um den Frieden schließt Waffen nicht aus; das erscheint widersprüchlich und paradox. Aber ein Befreiungskampf, der den Willen der Mehrheit des Volkes ausdrückt und der das Resultat von jahrhundertelanger Erniedrigung und Verzweiflung ist, ist ein Krieg, der dem Frieden dient, weil er die Ursachen des Krieges bekämpft...“



Nikaraguas Kulturminister E. Cardenal (r.) mit dem uruguayischen Schriftsteller E. Galeano

Und mit den Worten: „Kein reicher Staat hat das Recht, einem armen Land die Prüfung in Sachen Demokratie vorzuschreiben“, gab er gleichzeitig Altbundeskanzler Kreisky – der auch Vorsitzender des Solidaritätskomitees für Nicaragua ist – eine Antwort.

Dieser hatte bei der Eröffnung der parallel zu den Lateinamerika-Wochen organisierten Nicaragua-Ausstellung naiver Bauernmalerei und Fotografien, an Cardenal gerichtet, gemeint: „Seid vorsichtig und behutsam mit den Werten, die die Demokratie dem Volk verspricht... Ich erwarte von unseren Freunden in Nicaragua, daß sie den Grundsätzen der Demokratie treu bleiben...“

Welchen Symbolwert eine Hängematte, die daraufhin von Cardenal an Kreisky als Geschenk überreicht wurde, denn nun wirklich hatte, blieb der schmunzelnden Phantasie des Publikums überlassen.

Lateinamerika-Wochen in Wien: In dieser Größenordnung, der Breite der Organisationen und Themenstellungen ein Novum für Österreich; gewaltiges Interesse von Anfang an; die „starke“ Eröffnung mit Cardenal und Galeano, mit Vertretern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Solidaritätskomitees brachte zwei Tage hintereinander je 1.200 Menschen in den Wiener Messepalast.

Jedoch sind solche Ereignisse nicht nur zu messen an Eröffnungen, sondern vor allem am „Alltag“ der Veranstaltungen. Und das Ziel war nicht niedrig gesteckt: 4 Wochen hindurch täglich Programm zu Lateinamerika zu machen – in Form von Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Filmen, Musikveranstaltungen, Lesungen, Fiestas, einer Mediathek, Kinderaktionen, sogar Gottesdiensten – und parallel dazu die Nicaragua-Ausstellung, ebenfalls im Messepalast untergebracht.

Organisiert wurden diese Wochen der Solidarität vom Solidaritätsforum Lateinamerika, in dem 8 Organisationen zusammengeschlossen sind: Die Arbeitsgruppe Christen für Chile, die Chile-Solidaritätsfront, das El-Salvador-Komitee, das Guatemala-Komitee, die Initiative für Amnestie in Uruguay, das Nicaragua-Komitee, die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft und das Paraguay-Komitee.

Überrascht waren alle Beteiligten. Nie hatte man mit soviel Interesse gerechnet (pro Abend kamen im Schnitt 200 Besucher). Skeptisch war man vorher, ob man ein so gewaltiges Programm überhaupt

Konzipiert waren anfangs, einige Monate vorher, Arbeitsgruppen, die – zusammengesetzt aus Mitgliedern der einzelnen Komitees und unterstützender Organisationen (so die Parteijugend von SPÖ, KPÖ, Gewerkschafts- und Frauenorganisationen, kirchliche, alternative und Dritte-Welt-Gruppen, an die 30 insgesamt) sich inhaltlich mit sechs Schwerpunktthemen befassen sollten: Frieden-Befreiung, US-Außenpolitik, Massenorganisationen und -kämpfe in Lateinamerika, Antifaschismus hier und dort, Frauen, Kirche.

Aus diesen Themen sollten – nicht länderspezifisch, sondern aus der Sicht des Zusammenhangs – Veranstaltungen „wachsen“. Dieses Konzept ließ sich allerdings, vor allem aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und des in diese Periode hineinfallenden Wahlkampfes, nicht durchgehend verwirklichen. Vieles mußte kurzfristig umdisponiert, ja improvisiert werden (in „gut“ österreichischer Manier). Doch die Dynamik und der Einsatz einzelner Gruppen und Komitees hielten der Improvisation stand.

Besonderer Schwerpunkt war naturgemäß das Verhältnis von Befreiungsbewegungen und hiesiger Friedensbewegung. Repräsentanten mehrerer lateinamerikanischer Organisationen legten ihre Standpunkte des Befreiungskampfes dar: neben Cardenal und Galeano auch F. Herrera/FMLN El Salvador, M.A. Albizures/CGUP Guatemala, Mireya Baltra/Arbeitsministerin der Regierung Allende, Oscar Collazos/Schriftsteller aus Kolumbien, Ofelia Fernandez und Mario Jaunarena/Frente Amplio Uruguay, Renato Artias/Brasilien u.a.

Deren Ausführungen führten nicht nur bei einem Großteil der Besucher zu einem neuen Verständnis, sondern mündeten auch in konkrete Aktionen: so z.B. zu einer Demonstration anlässlich des 2. nationalen Protesttages in Chile, zu einer Delegation in die uruguayische Botschaft anlässlich des 10. Jahrestages des Putsches, zu Unterschriftensammlungen für das Recht der Exilchilenen auf Rückkehr in ihre Heimat oder zum Linzer Friedensappell.

Da der Diskussionsstand über das Verhältnis der Befreiungsbewegung (bzw. der antiimperialistischen Komitees) zur Friedensbewegung in Österreich noch eher unterentwickelt ist, wurde auch diesem Aspekt Rechnung getragen: so legte u.a. Wolfram Brönner vom AIB im Rahmen einer Podiumsdiskussion seine Gedanken und die bundesdeutschen Erfahrungen zu dieser Fragestellung dar.

Die Erfahrungen aus diesen Lateinamerika-Wochen waren insgesamt durchaus positiv und ermutigend: Es ist nicht nur gelungen, ein „neues“ Publikum anzusprechen, sondern auch fast das gesamte Spektrum der österreichischen und teilweise auch ausländischen Presse zu interessieren. Und erfreulich ist auch, daß durch die praktische Zusammenarbeit der einzelnen Komitees eine Konsolidierung des Zusammenschlusses im Solidaritätsforum Lateinamerika stattgefunden hat.

Wie ist der Stand der Solidaritätsbewegung in Österreich?

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen gegründet worden: vielfältig im Ansatz und Anspruch, Ausdruck eines größeren Verständnisses für Probleme der sog. Dritten Welt, insgesamt sicher ein Fortschritt.

Trotzdem gibt es Probleme, die wahrscheinlich auch anderswo bekannt sind: Positionen der „kritischen“ (oder relativen) stehen denen der „unkritischen“ (oder absoluten) Solidaritätsbewegung gegenüber und finden ihren Ausdruck in der Form der Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen und auch mit politischen Bündnispartnern im eigenen Land. Dies läßt naturgemäß nur eine punktuelle Zusammenarbeit, vor allem was konkrete Aktionen anlangt, zu.

Aufgrund jahrelanger Auseinandersetzungen und Erfahrungen ist es schließlich nicht zu einem breiten Bündnis aller Gruppierungen und Komitees gekommen, sondern zum breitestmöglichen, das seinen konkreten Ausdruck in einer gemeinsamen Willenserklärung und dem Zusammenschluß der genannten Komitees im Solidaritätsforum Lateinamerika geführt hat.

Dazu kommt eine weitere, für die Situation in Österreich typische Schwierigkeit: Wien ist die Zentrale aller nationalen Solidaritätskomitees, während in den Bundesländern kaum mit diesen in Verbindung stehende, sondern eher autonome Gruppen existieren. Nur, was Zentralamerika anlangt, gibt es periodische Treffen aller Gruppen, die jedoch noch nicht zu einer qualitativen Stärkung der Zusammenarbeit geführt haben.

An diesen Schwächen zu arbeiten, mit dem Ziel, das Informationsmonopol der Massenmedien wenigstens teilweise zu durchbrechen, um in der Bevölkerung für die Solidarität mit den um ihre Freiheit ringenden Völkern zu werben, wird die Solidaritätsbewegung auch in Österreich gemessen.

Peter Reimair

Hunger und Waffen



M. Kidron/R. Segal, Hunger und Waffen. Ein politischer Weltatlas zu den Krisen der 80er Jahre, rororo-aktuell 4726, Reinbek bei Hamburg 1981, 25 DM

Das Buch ist ein politischer Atlas, der mit grafischen Mitteln (Karten, Farben, Symbole) statistische Merkmale deutlich machen will. Die Kapitel: Der aggressive Staat, Waffen und Staat, Vorräte der Natur, Wirtschaft, Regierungen, Geist im Griff, Geschäft, Arbeit, Gesellschaft, Umwelt, Krisenanzeichen, Konflikte. Dazu in Welt- und Ausschnittskarten 65 Unterthemen. Die Erläuterungen stehen am Buchende. Da darf man gespannt sein.

Aber: Die Aussagekraft vieler Darstellungen tendiert gegen Null. Beispiele: Es fehlen meist die Quellenangaben mit Bezugsnachweisen, nahezu alle absoluten Zahlenangaben und Berechnungsmethoden. Manche Daten sind aus den 60er Jahren. Die Daten beruhen häufig auf bezweifelbaren Regierungsangaben (Militärausgaben). Unvergleichbares wird gleichgesetzt (China hat zahlenmäßig fast gleichviel „Kampfflugzeuge“ wie die USA); Verzerrungen durch Mittelwertbildungen werden ohne Erläuterung akzeptiert (Ausweis zu hoher Pro-Kopf-Einkommen in Ländern großer Reich-Arm-Unterschiede) und übliche Meßmethoden kaum oder unkommentiert übernommen (das Bruttosozialprodukt bevorzugt Länder mit hohem Fremdarbeiteranteil).

Auch Fehler sind zu finden (beim Pro-Kopf-Kalorien-Verbrauch gibt es zwar „orange“ – Südafrika und Schweden gleich!? – aber keine statistische Größenklasse dazu), Ungereimtheiten (in Uganda hat die Stadtbevölkerung um das Vierfache zugenommen, Slums aber gibt es keine) und Unglaubwürdiges (Krankenhausbettenanzahl in Namibia und der BRD in gleicher Größenklasse). Es wäre Aufgabe eines solchen Bandes, von den Autoren nicht zu verantwortende statistische Ungenauigkeiten ausführlich zu erklären – andere dürfte es nicht geben!

Erhebliche inhaltliche Mängel kommen hinzu: Zu Hunger/Unterentwicklung fehlen wesentliche Sozialindikatoren, so z.B. die Bodenbesitzverhältnisse! Unter „Konflikte“ gibt es zwar reißerische Karten („Rußlands unvereinigte Republiken“ und „Studentenbewegung 1968“), Ursachen von zwischenstaatlichen Kriegen werden aber nirgends gezeigt. Und sozialökonomisch begründete Bürgerkriege gibt es gar nicht.

Da wird Zusammengehöriges getrennt (Nahrungsmittelüberschußproduktion unter „Nahrung“, aber im gleichen Land anzutreffender Kalorienbedarf unter „Unser täglich Brot“ etwa 40 Seiten später; Chile und Indien sind „Inseln der Glückseligkeit“ (weil steuerfreie Produktion möglich); und die ideologischen Scheuklappen wirken schon manchmal lächerlich („Herrschaftsreligionen“ neben Christentum auch: „Marxismus-Leninismus“ nach „Moskauer Zweig“, „Pekinger Zweig“ und „Moskauer Richtung“).

In der halben Welt gibt es keine oder keine freien Gewerkschaften – natürlich besonders im Osten; Quelle: „Gespräche mit führenden Funktionären internationaler Gewerkschaftsorganisationen“ (Wer? Welche Organisationen? Welche Fragen und Antworten? Wann? Anzahl der Befragten?). Und was sagen schon hohe Zahlen von polizeilich verfolgten Verbrechen (ohne Verkehrsdelikte) pro 100.000 Einwohner aus? Strenge Gesetze, hohe Qualität der Polizei, „Unmoral“ der Bevölkerung? (Die ausnahmsweise zu findenden Einschränkungen der Autoren treffen hier den Kern nicht.)

In der Einführung heißt es, der Atlas sei wahrhaft international, da er die Hauptsorge aller Staaten offenlege, nämlich sich auszubreiten und Konflikte auszutragen. Konsequenterweise werden unter „Der aggressive Staat“ auch die Unabhängigkeitsbestrebungen ehemals kolonialer Gebiete aufgeführt!

Gewollt oder ungewollt leistet das Buch undifferenzierten Argumenten, Vorurteilen also, Vorschub. Ich kann es nur als negatives Beispiel empfehlen.

H. Paschla

Zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung 1983:

1.2.3. Welt



Frieden und Selbstbestimmung

Hrsg. vom Koordinationskreis 3. Welt (KK3W)

Mit folgenden Themen:

Mittelstreckenraketen und Dritte Welt • Die Rolle der BRD in der NATO-Gesamtstrategie • NATO-Strategie und Militarisierung im Südlichen Afrika • Frieden und bewaffneter Befreiungskampf am Beispiel Südafrika • US-Intervention in Mittelamerika • Soziale Entwicklung Nicaraguas seit der Revolution • Die Mittelamerika-politik der Bundesrepublik • Fotodokumentation: Die Zerstörung Westbeiruts • Atomwaffen im Südpazifik • Munitionstransporte durch die BRD

36 Seiten

DM 3,-

Die Broschüre kann bezogen werden über: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1 (ab 10 Ex. 33% Rabatt). Bitte die Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Friedensbewegung nach Krefeld

Weder Einschüchterungsmaßnahmen wie die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts noch die nach dem Besuch von US-Vizepräsident Bush in Krefeld am 25.6.1983 entbrannte Diskussion um Sinn und Zweck gewaltfreier Aktionen haben die Friedensbewegung in ihrer Vorbereitung auf die Herbstaktionen bremsen können. Mit einer Fülle von Aktivitäten (Blockaden, Fastenaktionen, Friedensmärschen, Hungerstaffeten, Kampagnen für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden usw.) bekam die Bewegung gegen die US-Atomraketen während der Sommermonate neuen Schwung.

Am 14. Juli d.J. gab der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung den Beginn einer Kampagne für eine Volksbefragung über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles bekannt. Gleichzeitig wird die Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell fortgesetzt, deren Initiatoren für den 17.9.1983 das 3. Krefelder Forum nach Bad Godesberg einberiefen. Zu den Volksversammlungen für den Frieden am 22. Oktober 1983 in Bonn und Stuttgart hat inzwischen auch der Deutsche Gewerkschaftsbund aufgerufen.

Die Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung plant im Rahmen der Aktionswoche im kommenden Oktober eine Reihe von eigenständigen Aktivitäten, so z.B. Aktionen gegen Rüstungsexporte am „Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität“ (18.10.) und am „Tag der Betriebe“ (19.10.) (Kontaktadresse: Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport“, c/o Junge Europäische Föderalisten, Berliner Platz 1, 5300 Bonn). Für den „Tag der Ministerien“ (21.10.) ist eine große Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geplant (den Aufruf zu dieser Blockadeaktion veröffentlichen wir in AIB 10/1983). Kontaktadresse: W. Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 5300 Bonn 3.

Das Koordinationsbüro Herbst '83, in dem auch Vertreter des Koordinationskreises 3. Welt arbeiten, stellt allen Interessierten eine Fülle von Materialien (Aufrufe, Plakate, Spuckzettel, Buttons, Unterschriftenlisten, Rundbriefe usw.) zur Verfügung. Anfragen sind zu richten an: Koordinationsbüro Herbst 83, Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/678231/2.

Nikaragua-Aktionen

Angesichts des militärischen Aufmarsches der USA gegen Nicaragua riefen das Informationsbüro Nicaragua, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) u.a. zu vielfältigen Solidaritätsaktionen für das freie Nicaragua auf. Das ASK schlug lokale Demonstrationen (wie z.B. am 13. August d.J. in Frankfurt), Mahnwachen und/oder Hungerstreiks, Protestschreiben an die Botschaften der USA und Honduras, Distanzierungsaufforderungen an die Bundesregierung und Großaktionen im September d.J. vor. Das Informationsbüro Nicaragua initiierte einen Aufruf, mit dem bundesweit zu fünf regionalen Demonstrationen am 10. September d.J. in Hamburg, Essen, Mainz, Stuttgart und Westberlin mobilisiert werden soll. Ihr Hauptanliegen: „Stoppt die US-Aggression gegen Nicaragua!“

52

Paraguay: Stroessner-Förderer

Ein „Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH – Idpa“ wurde in Stuttgart von CSU-MdB Heinz G. Aigner, einem Freund des Diktators Stroessner, aus der Taufe gehoben. Das Institut setzt sich zum Ziel, das schlechte Image des Stroessner-Regimes in den hiesigen Medien aufzupolieren, bundesdeutsche Investitionen in Paraguay gezielt zu fördern und einen Staatsbesuch Stroessners in der BRD vorzubereiten.

Gegen diese Fördertätigkeit der Idpa und den geplanten Staatsbesuch Stroessners wendet sich die Paraguay-Arbeitsgemeinschaft in einer Unterschriftenaktion, die bis zum 30.9.1983 abgeschlossen werden soll. Anschrift zum Anfordern und Einsenden von Unterschriftenlisten: Paraguay AG, Margerthenstr. 11, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 02161-22394

BRD-Rüstungsexport

Eine Broschüre zum Thema Die gesetzlichen Bestimmungen für den Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland, 72 S., 2,50 DM hat die Anti-Apartheid-Bewegung herausgebracht. Darin werden die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie das UN-Waffenembargo gegen Südafrika von 1977 einerseits sowie die rüstungsexportpolitische Praxis der Bundesrepublik andererseits untersucht. Ein Anhang enthält zahlreiche Dokumente. Den Verfassern gelingt der Nachweis, daß Wort und Tat der Bundesregierung in Sachen Rüstungsexport seit Jahren nicht übereinstimmen. Bestelladresse: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Hamburg – Dritte Welt

Welche Dritte-Welt-Gruppe hätte sich nicht schon einmal den Kopf darüber zerbrochen, wie ein direkter Bezug ihres Themas zur wirtschaftlich-politischen Situation „vor Ort“ am besten hergestellt werden kann, wenn man Aktionen startet? Die Arbeitsgruppe Hamburg-Dritte Welt ist solchen Fakten, die eine unmittelbare Betroffenheit auslösen können, nachgegangen und hat ihre Recherchen in einem

Schwarzbuch Hamburg – Dritte Welt, 148



Seiten, 5 DM

zusammengefaßt. Das Schwarzbuch untersucht die Bedeutung von Hamburger Firmen im Handel mit der Dritten Welt sowie die Rolle des Hafens, über den diese Geschäfte abgewickelt werden. Dabei geht es u.a. um Kaffee aus El Salvador, das Südfrüchte-Monopol von Hamburger Importfirmen, Futtermittelimporte und Pestizidexporte, Hamburger Rüstungshandel, Gefängnisbauteile für lateinamerikanische Folterkammern, Frauenhandel und Gastarbeiterprobleme. An Hand solcher inhaltlicher Verknüpfungen werden schließlich Aktionsbeispiele entwickelt und vorgestellt.

Bestelladresse: S. Schmidt, Turnerstr. 7, 2000 Hamburg 6

Buchtips zur Türkei



Rainer Werle, „Modell“ TÜRKEI – Ein Land wird kaputtsaniert, Junius Verlag, Hamburg 1983, 209 S.

versucht am Beispiel Türkei, die wirtschaftlichen Veränderungen nachzuzeichnen, die den Monetarismus in Theorie und Praxis „an die Macht“ gelangen ließen. Es untersucht die Hintergründe des Militärputsches vom September 1980 und die Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Die materialreiche Untersuchung gliedert sich in drei Hauptkapitel. Im 1. Kapitel wird dargestellt, wie die türkische Wirtschaft seit dem 2. Weltkrieg in immer stärkere Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern gerät. Das 2. Kapitel zeigt auf, welche Vorstellungen der Monetarismus beinhaltet. Im 3. Kapitel werden Veränderungen der türkischen Wirtschaft untersucht, die die monetaristische Politik bewirkt hat.

Plastische Eindrücke und Erlebnisse der Allgegenwart des türkischen Militärs vermittelt das Reportagen-Buch von:

W. Albrecht/B. Hoffmann, Kalter Wind am Bosphorus – Reise in eine unbekanntere Türkei, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1983, 196 S.

Die Bekanntschaft der Autoren mit türkischen Demokraten in Westberlin hat ihnen in der Türkei Türen geöffnet und eine Intensität persönlicher Kontakte ermöglicht, die sonst kaum möglich gewesen wären. Die Fülle der Informationen über die Auswirkungen der Politik der Evren-Junta auf den Alltag der Bevölkerung machen diesen engagierten Reisebericht zu einem lesenswerten Buch.

Tschad



„Es leben die französischen Exporte“

Die USA, Frankreich und Zaïre haben ihre militärische Unterstützung für den Machthaber im Tschad, Hissène Habré, verstärkt. H. Habré war am 7. Juni 1982 an die Macht gekommen, nachdem er mit ägyptischer, sudanesischer und US-Unterstützung die Streitkräfte der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukouni Oueddei geschlagen hatte (vgl. AIB 1/1982, S.59; AIB 3/1983, S. 36f.; AIB 7-8/1982, S.82). Nach ihrer Reorganisation gelang es den Truppen G. Oueddeis jedoch, mit militärischer Unterstützung Libyens die strategisch wichtigen Städte Faya-Largeau im Norden und Abéché im Osten und insgesamt ein Drittel des Landes zu erobern.

Frankreich, das 1982 die damalige Regierung unter G. Oueddei im Stich gelassen hatte, eilte diesmal den bedrängten Truppen H. Habrés sofort zu Hilfe und schickte sowohl schwere Waffen als auch Militärberater. In Abstimmung mit Frankreich und den USA stellte Zaïre 2.000 Soldaten und sechs Kampfflugzeuge zur Verfügung. Dadurch gelang es bis zum 30. Juli d.J., die beiden Städte zurückzuerobern.

Ein Aufruf der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 17. Juli, der sich gegen jede äußere Einmischung wandte und die kämpfenden Parteien zu Verhandlungen aufrief, wurde von H. Habré abgelehnt.

Behauptete Angriffe libyscher Kampfflugzeuge gegen die Truppen H. Habrés in Faya-Largeau ab dem 30. Juli, die von libyscher Seite strikt dementiert werden, nahmen die USA, Frankreich und Zaïre zum Anlaß, ihr militärisches Engagement erneut zu verstärken. Zaïre schickte weitere 700 Soldaten, 500 französische Fallschirmjäger wurden aus der Zentralafrikanischen Republik in den Tschad geflogen. Die USA erhöhten ihre bereits gewährten Waffenlieferungen von 10 Mio Dollar auf 25 Mio Dollar. Zwei AWACS-Frühwarnflugzeuge, die von acht F-15-Abfangjägern begleitet wurden, überwachten den Luftraum über dem Tschad und Libyen. Parallel dazu fanden Manöver der US-Marine vor der libyschen Küste und Übungen der Schnellen Eingreiftruppe in Ägypten, Sudan, Somalia und Oman statt. Trotzdem konnte die erneute Eroberung Faya-Largeaus durch die Armee der GUNT am 10. August d.J. nicht verhindert werden.

Westsahara

Marokkos König Hassan II. versagte einem Treffen zwischen Vertretern seiner Regierung und der westsaharaischen Befreiungsbewegung Frente POLISARIO seine Zustimmung. Damit scheint der von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juni d.J. vereinbarte Prozeß in Richtung eines Referendums (siehe AIB 11-12/1982, S.75) erst einmal blockiert.

Dem OAU-Entscheid zufolge sollten direkte Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien im Rahmen eines „Durchführungsausschusses“ bis zum 20. Juli 1983 aufgenommen werden. Der Ausschuß sollte u.a. die „Einhaltung der Waffenruhe“ sichern und die Modalitäten „der Abhaltung des Referendums im Dezember 1983“ über die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara ausarbeiten.

Anstatt zu einer Waffenruhe kam es nun zu einer Neubelebung der militärischen Auseinandersetzungen. Im Juli/August d.J. führte die POLISARIO mehrere Angriffe auf marokkanische Stellungen in der Region Lemseyed durch. Nach Angaben der Frente wurden dabei bis zum 2. August über 700 marokkanische Militärs getötet.

Südafrika

Anläßlich der geplanten Verfassungsänderung in Südafrika formiert sich seitens der schwarzen Bevölkerung verstärkter Widerstand. Am 21.5.1983 bildete sich die Vereinigte Demokratische Front (UDF), bestehend aus mehr als 100 Gewerkschafts-, Studenten-, Frauen- und kirchlichen Organisationen. Sie beruft sich auf die 1955 verabschiedete Freiheitscharta und fordert einen nicht-rassistischen Staat, in dem alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt sind, die Aufhebung der jetzigen politischen Justiz und die Verwirklichung elementarer Menschenrechte. Am 11./12.6.1983 wurde eine zweite Bündnisorganisation, die Nationale Front (NF), gegründet, die sich auf Positionen des Schwarzen Selbstbewußtseins stützt und im Gegensatz zur UDF jede Zusammenarbeit mit Weißen ablehnt.

Auf die neue Formierung der Opposition reagierte die südafrikanische Regierung mit neuen Verhaftungen und Bannungen, von denen auch Winnie Mandela, die Ehefrau des ANC-Präsidenten Mandela, betroffen ist.

Kapverden

Mit der Annahme eines neuen Programms und Statuts sowie weiterer Grundsatzdokumente über die Aufgaben des Staates, der Wirtschaft und des Bildungswesens wurde am 27.6.1983 der 2. Parteitag der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei der Kapverden (PAICV) beendet.

Im Zentrum der Diskussionen stand die Landwirtschaft. Derzeit können nur rund 42.000 ha landwirtschaftlich genutzt werden, wovon nicht einmal 2.000 ha bewässert und der Rest von den in der Sahel-Zone spärlichen Regenfällen abhängig ist. Der Bau tausender kleiner Dämme und die Erschließung von Grundwasservorräten sollen die Ernten sichern; ein großes Wiederaufforstungsprogramm soll die fortschreitende Erosion der Böden stoppen.

Mit der zügigen Durchführung der 1982 vom Parlament beschlossenen Agrarreform sollen die archaischen Besitzverhältnisse aufgebrochen werden. Demzufolge wird schrittweise gegen Entschädigung alles von den Besitzern nicht selbst bearbeitete Land über 1 ha (bewässert) bzw. 5 ha (unbewässert) in genossenschaftliches Eigentum der bisher abhängigen Landarbeiter und Pächter überführt werden.

Libanon

Im Widerspruch zum libanesisch-israelischen Abkommen vom 17.5.1983 (siehe AIB 7-8/1983, S. 30ff.) entschied sich die Regierung Begin einseitig zu einer teilweisen Rückverlagerung ihrer Truppen auf die Linie des Awali-Flusses im Herbst d.J. Demnach werden die Besatzer 50-60 km nördlich der israelischen Grenze Stellung beziehen und sich – so Verteidigungsminister Arens – möglicherweise für Jahre dort einrichten.

Selbst Libanons Präsident Amin Gemayel sah darin einen Schritt hin zur faktischen Teilung des Landes zwischen Israel und Syrien. Er suchte Ende Juli d.J. bei einem Besuch in Washington um dessen Gegendruck auf M. Begin nach. Offenbar vergeblich, denn US-Außenminister G. Shultz hieß am 28.7.1983 die israelische Frontbegradigung als richtigen „Schritt in Richtung eines totalen Abzugs“ gut.

Israels bevorstehender Abzug aus der Umgebung Beiruts und des Schufgebirges löste eine Neubelebung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Phalange-Milizen und von ihnen dominierten Armee-Einheiten einerseits und oppositionellen Milizen des Drusenführers Walid Djoublatt andererseits aus.

W. Djoublatt gab am 23.7.1983 in Baalbeck die Gründung einer Front der Nationalen Rettung bekannt, der Ex-Präsident Franjeh, Ex-Premierminister Karameh, der Nationale Block des R. Eddé und die Gesamtheit der libanesischen Linken angehören. Sie wollen sich dem Abkommen vom Mai d.J. und der beabsichtigten Ausdehnung der phalangistischen Vormacht auf sämtliche Landesteile vereint widersetzen. Die Front will laut W. Djoublatt in den von ihr dominierten Gebieten – so im Norden, im Osten oder im drusischen Siedlungsgebiet des Schuf – die Verwaltung selbst in die Hand nehmen. Und sie will dem Vorrücken der Armee bewaffneten Widerstand leisten, solange eine nationale Verständigung nicht erreicht sei.

Osttimor

Anfang Juli 1983 fand in Lissabon ein Treffen zwischen Vertretern der Revolutionären Front zur Befreiung Osttimors (FRETILIN) und einer indonesischen Delegation statt. Anschließend forderte die FRETILIN auf einer Pressekonferenz den bedingungslosen Abzug der indonesischen Besatzungstruppen und die Einrichtung einer UN-Friedenstruppe. Die FRETILIN gab bekannt, daß seit dem 23.3.1983 in Osttimor erstmals seit 8 Jahren Waffenstillstand herrsche, der nach Verhandlungen zwischen Vertretern der indonesischen Militärs unter Oberst Purwanto und der FRETILIN in den befreiten Gebieten zustande gekommen sei.

Diese Verhandlungen wurden von der FRETILIN als Erfolg ihres Widerstandes gegen die indonesische Annexion gewertet. Die indonesische Regierung spricht allerdings nur von Beratungen, um die FRETILIN nicht als verhandlungsberechtigt anerkennen zu müssen. Über die Punkte der Verhandlungen soll – so die FRETILIN – die indonesische Regierung die Vereinten Nationen informieren. Es handelt sich dabei um den Abzug der indonesischen Truppen, die Einrichtung einer Friedenstruppe, die Durchführung einer Volksbefragung über die weitere Zugehörigkeit zu Indonesien und ein Weiterbestehen bewaffneter Einheiten der FRETILIN zum Schutz der Bevölkerung. Ob die Verhandlungsbereitschaft Indonesiens echt ist oder nur ein kosmetischer Schachzug, um einer neuerlichen Verurteilung durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen zu entgehen, müssen die nächsten Wochen zeigen.

Sri Lanka

Bei den von der Regierung unterstützten Gewaltakten der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit gegen die tamilische Minderheit kamen auf Sri Lanka im Juli/August d.J. mehr als 200 Menschen ums Leben. Ca. 80.000 Tamilen wurden durch Brandstiftung obdachlos und binnen weniger Tage zu Flüchtlingen.

Diese Ausschreitungen hatten mit der Erschießung von 13 singhalesischen Soldaten durch tamilische Guerilleros und nachfolgenden Massakern an tamilischen Gefängnisinsassen durch singhalesische Mitgefangene ihren Anfang genommen. Präsident Jayewardene, der sich erst Ende Dezember 1982 unter Umgehung demokratischer Wahlen bis 1989 als Staatschef „bestätigen“ ließ, nahm diese Ereignisse zum Anlaß, um in einem Frontalangriff gegen die politische Opposition im Lande vorzugehen. Die zweitstärkste Partei im Parlament, die Vereinigte Tamilische Befreiungsfront (TULF), wurde verboten. Ebenso drei linke Parteien, darunter die Kommunistische Partei Sri Lankas.

Die etwa 3,5 Mio Menschen zählende Bevölkerungsminderheit der Tamilen wird seit Jahren in Sri Lanka als Bürger 2. Klasse behandelt. Organisationen der Tamilen werfen der Regierung Jayewardene vor, ein Regime des Rassenhasses installiert zu haben, um damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Inselstaates zu überdecken. Da die singhalesische Mehrheit alle wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Positionen fest in ihrer Hand hält und die vor allem im Norden und Osten des Landes lebenden Ta-



Bettelende Tamilen auf Sri Lanka

milien in allen Belangen kraß benachteiligt werden, wird deren Streben nach einer eigenen Regierung, einem eigenen Staat „Eelam“, immer größer. Für Ministerpräsident Jayewardene ist dies ein willkommenes Anlaß, die buddistisch-singhalesische Bevölkerungsmehrheit gegen die hinduistisch-islamischen, aus Südbindien stammenden Tamilen auszuspielen.

Indien

Im Juli 1983 publizierten indische Tageszeitungen in großer Aufmachung Dokumente, die eine Unterstützung der nationalistischen Bewegung der Sikhs durch die USA belegen. Danach fördert Washington den Schmuggel von automatischen Waffen sowie von Karabinern und Sprengstoff über Pakistan nach Indien und finanziert Ausbildungslager der Sikhs auf pakistanischem Boden.

Etwa zeitgleich intensivierten die Sikhs im Bundesstaat Punjab ihre gewaltsame Kampagne für einen separaten Staat „Khalistan“. Nach einem aufsehenerregenden Mord an einem indischen Polizeioffizier im Goldenen Tempel, dem großen Sikh-Heiligtum, trugen Bombenanschläge auf Busse und Eisenbahnen zu weiterer Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Uruguay

10 Jahre nach dem Putsch der Militärs sah sich das Regime General Gregorio Alvarez durch den zunehmenden Widerstand der Opposition gezwungen, politische Zugeständnisse zu machen und den bürgerlichen Parteien einen gewissen Spielraum einzuräumen (vgl. AIB 1/1983, S. 18-21). Doch kaum hatte der „Dialog“ zwischen den Militärs und den erst im Juni d.J. wieder zugelassenen Parteien (Blancos, Colorados und Union) begonnen (siehe AIB 7-8/1983, S. 74), da wurde er am 5. Juli d.J. wieder abgebrochen.

Unter dem Vorwand der Eindämmung „einer marxistischen Gefahr“ beschränkte das Regime in einem Dekret vom 6.8.1983 die Aktivitäten der drei Parteien. Die Schließung der oppositionellen Zeitung La Democracia der Mehrheit der Nationalpartei (Blancos), die Verhaftung ihres Führers Carmillo Mederos, das Verbot gewerkschaftlicher und politischer Versammlungen und die Verhaftung einiger Kundgebungsteilnehmer kündigen einen härteren Kurs der Militärs an.

Brasilien

Ende Juli d.J. kamen die Verhandlungen Brasiliens mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) über die Auszahlung der zweiten Rate (411 Mio Dollar) eines 5-Mrd-Dollar-Kredites zum Abschluß. Als Vorbedingung verlangte der IMF eine drastische Reduzierung des brasilianischen Haushaltsdefizites. Dies sollte vor allem durch eine Erhöhung des Benzinpreises um 45%, Kürzungen bei den Subventionen für Stahl, Strom, Weizen und Milch, durch Steuererhöhungen und durch eine Verteuerung der Kredite an die Landwirtschaft erreicht werden.

Angesichts dieser Maßnahmen und einer für 1983 erwarteten Preissteigerungsrate von 120% erklärten zuerst die Erdölarbeiter Sao Paulos den Streik, gefolgt von 70.000 Metallarbeitern der Region, die für vier Tage die Arbeit niederlegten. Für den 21. Juli d.J. schließlich war von 137 Gewerkschaften zum landesweiten Generalstreik aufgerufen worden, der jedoch nur in einigen Großstädten befolgt wurde. Während in Sao Paulo 400.000 Arbeiter streikten, nahmen in Rio de Janeiro 50.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Wirtschaftspolitik des Regimes teil.

Maßgeblich für die nur teilweise Befolgung des Generalstreikaufrufs war der massive Einsatz der Polizei und des in Alarmbereitschaft versetzten Militärs.

Guatemala

Am 8. August wurde durch einen Militärputsch unter Führung des früheren Verteidigungsministers, General Oscar Mejia Victores, der bisherige Präsident, General Rios Montt, gestürzt.

Der neue Staatschef, der als „harter Konservativer“ gilt, kündigte einen „Kampf gegen die Korruption“, die Rückkehr zur „Verfassungsmäßigkeit“ im Geiste einer „nationalistischen Demokratie“, Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im Juli 1984 und die Auflösung der von Rios Montt geschaffenen geheimen Sondermilitärgerichte an. Gleichzeitig bekräftigte Oscar Mejia seine Entschlossenheit, den Kampf gegen die „marxistisch-leninistische Subversion“, d.h. gegen die Befreiungsbewegung, fortzusetzen. Oscar Mejias Hauptinteresse gilt der Verbesserung der Beziehungen zu den USA, von wo aus in jüngster Zeit vermehrt Kritik daran laut geworden war, daß Rios Montt sich nicht entschlossen genug in die aggressive Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration einfügte. Konsequenterweise griff Mejia auf seiner ersten Pressekonferenz Nikaragua als den „Hauptschuldigen“ der Mittelamerikakrise an und lehnte die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe entschieden ab.

Für die Annahme, Oscar Mejia habe für seinen Putschplan grünes Licht aus Washington erhalten, spricht, daß er erst am 6. August d.J. mit dem Chef des in Panama stationierten Südkommandos der US-Armee, General Paul Gorman, zusammengetroffen war. Der US-Botschafter in Guatemala, Chapin, war bei den Putschverhandlungen des guatemaltekischen Offizierskorps im Präsidentenpalast zeitweise anwesend. Und wenige Tage vor dem Putsch war Oscar Mejia auch mit einem Vertreter des US-Außenministeriums, McCormack, zusammengetroffen.

FRIEDENSBEWEGUNG KONKRET*: ALLES ÜBER DEN ATOMKRIEG UND SEINEN OBERSTEN KRIEGSHERRN. JETZT AN ALLEN KIOSKEN

*Das Wichtigste aus KONKRET

SONDERHEFT
Konkret **ATOMKRIEG** 1. MAI 1983



Vor dem heißen Herbst:
Alles, was Sie schon immer über den nächsten Weltkrieg wissen wollten!

Mit der KONKRET Karte über Atomwaffen in der BRD

11 **COUPON KONKRET ATOMKRIEG** frei Haus
Der bequemste Weg zu diesem Heft: 5 Mark als Schein,
Scheck oder in Briefmarken an KONKRET, Osterstraße 124, 2 Hamburg 19

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

Unterschrift

Datum

2V 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Unser aktuelles Buchgeschenk

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert. Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Für's AIB werben lohnt sich!